

LEIPZIGER ZUSTÄNDE

DEZ2012

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig



**chronik.LE - DOKUMENTATION & ANALYSE FASCHISTISCHER, RASSISTISCHER
UND DISKRIMINIERENDER EREIGNISSE IN UND UM LEIPZIG**

01 RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

- 04 Editorial**
An unsere Leser_innen
- 06 Der schmale Grad zwischen Stimmungsmache und Gewalt**
Leipzig rassistisch – von den 1990er Jahren bis zur Gegenwart *Von der Kampagne Rassismus Tötet*
- 11 „Die Leute standen hinter uns“**
Zum Angriff auf Asylsuchende in Wurzen und Leisnig im August 1991 *Von chronik.LE*
- 12 Geschlossene Gesellschaft**
Die Leipziger Asyldebatte *Von Initiativkreis: Menschen. Würdig.*
- 18 Leipzigs lokale Kämpfe zwischen Rassifizierung und (De-)Klassifizierung**
Zur Auseinandersetzung um die dezentrale Asylunterbringung in Leipzig *Von Forum Kritische Rechts extremismusforschung*
- 21 Unsere gemeinsame postkoloniale Welt?**
Kolonialismus, Rassismus und Mehrheitsgesellschaft *Von Stefan Kausch und Karolin Reinhold / AG Postkolonial*
- 24 Am Rande des Landkreises**
Zur Situation von Asylsuchenden in Nordsachsen *Von chronik.LE*
- 26 Islamfeindlichkeit als Türöffner**
Antimuslimischer Rassismus ist inzwischen konsensfähig *Von Netzwerk gegen Islamophobie und Rassismus (NIR)*
- 30 Rassismus in „uns“**
Warum wir uns so schwer damit tun, uns mit eigenem Rassismus zu beschäftigen *Von Anja Treichel, Verband binationaler Familien und Partnerschaften*
- 34 Rassismusfreie und machtkritische Kinderbücher sind Mangelware**
„Würden sie dieses Buch einem schwarzen Kind vorlesen?“ *Von Madeleine Rau*
- 37 Fight for your right to party**
Rassismus im Leipziger Nachtleben *Von Daniel Bartel, Antidiskriminierungsbüro Leipzig*
- 40 Offener Brief an die Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration**
Eine Rechnungsstellung für Rassismusaufklärung *Von Meena Ka.*
- 42 Schwarzsein als Corpus Delicti?**
Über die polizeiliche Praxis des „Racist Profiling“ *Von Katja Sternberger*

02 NEONAZISMUS

- 46 „Hinterm eisernen Vorhang“**
Zum Stand der Dinge in der Odermannstraße 8 *Von chronik.LE*
- 48 „Die Reihen fest geschlossen“**
Nazistrukturen in Nordsachsen *Von chronik.LE*
- 52 Leipziger Traditionen**
Neonazis in der Fanszene des 1. FC LOK Leipzig *Von chronik.LE*

03 ZUSTÄNDE

- 58 Obdachlose als Opfer...**
...sozialdarwinistischer Gewalt *Von Lucius Teidelbaum*
- 61 Was ist Antiziganismus?**
Ein kulturell tief verankertes Ressentiment im Aufwind *Von Lucius Teidelbaum*
- 62 Es ist immer noch deutsch in Kaltland**
Zur Verdrängung Wohnungsloser in Leipzig *Von der AG Sozialdarwinismus*
- 65 Eine Schnittstelle zwischen rechtem Rand und Mainstream**
Verschwörungstheoretisches Denken auf dem Vormarsch *Von Tilmann Loos*
- 68 chronik 2012**
Eine Auswahl der auf www.chronikLE.org dokumentierten Ereignisse *Von chronik.LE*

05 SERVICE

- 74 Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Diskriminierung und Gewalt**
RAA und ADB stellen sich vor
- 75 Weitere Informationen**
Webhinweise, Impressum und Informationen über „Nordsächsische Zustände“

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

seit 2008 dokumentieren wir, die Redaktion von CHRONIK.LE, Ereignisse mit neonazistischem und menschenverachtendem Hintergrund in Leipzig und den umliegenden Landkreisen. Schon damals wurde schnell klar: Eine reine Auflistung von Ereignissen reicht nicht, um die komplexen Problemlagen zu erfassen. Da wir uns – anders als beispielsweise der Verfassungsschutz – intensiv mit Einstellungen und Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen beschäftigen, sind wir bemüht, über sichtbar werdende Ereignislagen hinaus „hinter die Kulissen“ zu schauen. Das tun wir freilich nicht allein. Diese Broschüre versammelt Beiträge von verschiedenen Leipziger Initiativen und Einzelpersonen. Als Betroffene und/oder als Engagierte gegen Diskriminierung, Rassismus und Neonazismus beschreiben sie ein umfangreiches Bild der „Leipziger Zustände“.

Nachdem 2009 und 2010 bereits zwei Ausgaben der Broschüre erschienen sind, kommt es im Jahr 2012 gleich doppelt: Im Oktober 2012 wurden die „NORDSÄCHSISCHEN ZUSTÄNDE“ veröffentlicht, gefördert durch den „LOKALEN AKTIONSPLAN NORDSACHSEN“ und die HANS BÖCKLER STIFTUNG. Nun folgt die dritte Ausgabe der „LEIPZIGER ZUSTÄNDE“. Diese wurde gefördert im Rahmen der „KOMMUNALEN GESAMTSTRATEGIE FÜR VIELFALT UND DEMOKRATIE“. Während des Projekts ist nicht nur diese Broschüre entstanden. Seit September gibt es einmal monatlich die Rubrik „chronik.LE-Radio“ auf Radio Blau zu hören. Ebenso wurde die Website www.chronikle.org überarbeitet und auch TWITTER sowie FACEBOOK werden zur Verbreitung der Dokumentation und Analysen mit eingebunden. Zudem wurde der CHRONIK.LE-Vorstellungsflyer und die Vorstellung auf der Website in insgesamt neun Sprachen übersetzt. Diese Flyer sollen ermöglichen, das Projekt auch in nicht-deutschsprachigen Zusammenhängen bekannter zu machen.

Ähnlich wie 2010 bildet der Teil Rassismus und Diskriminierung den Schwerpunkt dieser Broschüre. 20 Jahre nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Mölln werfen wir einen Blick in die Region: Auch in Leipzig und im Umland gab es zu Anfang der 90er Jahre Angriffe auf Asylsuchenden-Heime. Damals wie heute gilt: Der Grat zwischen rassistischer Stimmungsmache und Gewalt ist ein schmaler. So haben wir auch die Debatten aufgearbeitet, die es 2012 in Leipzig um die sogenannte dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden gab. Oft genug gehört: „Ich habe nichts gegen Flüchtlinge / Ausländer / ...“. Doch wendet man den Blick bei der Beschäftigung mit Rassismus auf diejenigen, die urteilen (weg von denjenigen, die beurteilt werden), nämlich weiße Menschen, dann bleibt festzuhalten: ein gewisser Rassismus ist in „uns“ allen. Nur auf dieser Erkenntnis kann eine selbstkritische Auseinandersetzung aufbauen.

Im Teil „Neonazismus“ werfen wir einen Blick auf die aktuellen Entwicklungen der Naziszene in Leipzig und Nord-sachsen. Ein weiterer Fokus liegt auf der Thematik Sozialdarwinismus. So werden im Teil „Zustände“ die Morde an den Obdachlosen André K. (Ende Mai 2011, Oschatz) und Karl-Heinz T. (August 2008, Leipzig) näher betrachtet. Die Texte gehen auf die Ideologie der Täter ein sowie auf eine sich ent-solidarisierende Gesellschaft, die diese Taten und Ideologien erst ermöglicht. Daran knüpft der Artikel der AG SOZIALDARWINISMUS an, in dem versucht wird, ein Zusammenhang zwischen Stadtplanung, der unkritischen Affirmation von Konsum, gesellschaftlichen Normierungen und daraus resultierenden Verdrängungs- sowie Ausschlussmechanismen und den vorher dargestellten Morden aufzuzeigen.

Zusätzlich zur gedruckten Broschüre gibt es den bereits von der letzten Ausgabe bekannten und erweiterten „Theorieeinleger“ auf unserer Webseite www.chronikle.org. Dort finden Sie auch diese wie alle anderen „Zustände“ in digitaler Form.

Wir wünschen unseren Leser_innen eine erkenntnisreiche Lektüre und die Einsicht, dass die aufgegriffenen Themen für die Betroffenen konkrete Nachteile, Einschränkungen und Leid bedeuten. Daran wird sich nur dann etwas ändern, wenn viele Leute bereit sind, Menschenfeindlichkeit keinen Platz mehr in unserer Gesellschaft einzuräumen. Ebenso sollen die gewählten Themen als Anregung zum Weiterlesen und Kritisieren sowie als Möglichkeit der Selbstreflektion dienen.

Die CHRONIK.LE-Redaktion

Wir danken allen Menschen, die auf vielfältige Weise zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben. Insbesondere den zahlreichen Gruppen, Initiativen und Einzelautor_innen, die diese Broschüre mit ihren Texten bereichert haben. Darüber hinaus ein großer Dank an alle Diskutant_innen, Fürsprecher_innen und Spender_innen, Redakteur_innen, Fotograf_innen, Layouter_innen und Lektor_innen.

Übrigens haben wir uns bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt durch die deutsche Grammatik nur Männer anzusprechen oder das beschränkte Mann-Frau-Schema zu bemühen. Daher verwenden die Autor_innen die Schreibweise „_innen“. Falls Sie beim Lesen darüber stolpern sollten, war das unsere Absicht. Diese Schreibweise wenden wir bei den Personen nicht an, die auf den patriarchalen Vorstellungen der Geschlechter beharren.

photo: CC Flickr by Elias Wollfang



01 KAPITEL

RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG



photo: Leipzig ganz rechts

DER SCHMALE GRAT ZWISCHEN STIMMUNGSMACHE UND GEWALT

Leipzig rassistisch – Von den 1990er Jahren bis in die Gegenwart

Von der Kampagne „RASSISMUS TÖTET!“

Viel wurde im Jahr 2012 über die rassistischen Pogrome der 1990er Jahre im wiedervereinigten Deutschland geredet. Erinnerung und Gedenken an Ereignisse von 1991/1992 trieben dabei sonderbare Stilblüten wie die Pflanzung einer deutschen Eiche vor dem Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen. Von den krassen Auswirkungen der damaligen rassistischen Erhebungen sprach von den offiziellen Redner_innen jedoch niemand: der faktischen Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl durch die Änderung des Artikel 16 GG, beschlossen mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD im Mai 1993. Trotzdem die Zahl der Menschen, die in Deutschland um Asyl bitten, nach diesem heftigsten Einschnitt in die deutsche Asylpolitik rapide gesunken ist, sind Stimmungsmache und Gewalt gegen geflüchtete Menschen in der Gegenwart wieder verstärkt wahrnehmbar.

In der gesamten Bundesrepublik hetzen Bürger_innen und Nazis gegen die Errichtung von Unterkünften für Asylsuchende. Der Bundesinnenminister redet, wie in den 90er Jahren, von angeblichem „Asylmissbrauch“ und behauptet, dass die infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes angehobenen Leistungen für Asylsuchende auf Hartz-IV-Niveau „Wirtschaftsflüchtlinge“ anziehen würden.^[1] Nazimobs ziehen prügeln und mordend durchs Land. Vieles erinnert an die 1990er Jahre auch die in Leipzig im Sommer 2012 ausgebrochene Stimmungsmache gegen Unterkünfte für Flüchtlinge, angeheizt und flankiert durch Teile der lokalen Medien.

Doch nicht erst die jüngsten Ereignisse zeigen, dass Leipzig nicht die Insel der Weltoffenheit und Toleranz ist, wie Medien es gern darstellen und wie es auch von der Stadt selbst gern propagiert wird. Auch in Leipzig herrsch(t)en „ganz normale“ deutsche Zustände. So kam es auch in Leipzig seit Beginn der 1990er Jahre zu einer Vielzahl von rassistischen und rechts motivierten Übergriffen, Gewalttaten und Morden. Die pogromartigen Ausbrüche in Rostock 1992 waren dabei sowohl Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Stimmung,

die auch in Leipzig präsent war, als auch Motivation für Nachfolgetaten von Neonazis.

Rückblick: die rechte Szene und deren gesellschaftliche Einbettung in Leipzig Anfang der 1990er Jahre

Im Zuge der politischen Wende 1989 erstarkte die rechte Szene in ganz Ostdeutschland und somit ebenfalls in Leipzig. Rechte Parteien aus Westdeutschland begannen umgehend damit, im Osten auf Stimmenfang zu gehen. Die westdeutschen Nazis fanden schnell Unterstützer_innen in Ostdeutschland und fingen unverzüglich an, Strukturen auf- und auszubauen, welche teilweise noch bis heute existieren. DVU und FAP buhlten um Anhänger_innen und konnten vor allem in Grünau organisierte Strukturen etablieren. Leipzig hatte lange Zeit den größten Kreisverband der NPD. Sachsen ist auch heute das wichtigste Bundesland für die bedeutendste neonazistische Partei nach 1945, die hier erstmalig in ihrer Geschichte zwei Mal hintereinander (2004 und 2009) den Einzug in ein Landesparlament schaffte. Die DSU als Partei in der Grauzone zwischen rechtskonservativer CDU und neonazistischer NPD war zwischen 1999 und 2009 mit einem Abgeordneten im Leipziger Stadtrat vertreten.

Vor allem die Leipziger Montagsdemonstrationen für die Wiedervereinigung 1989/90 wurden immer mehr zur Bühne für nationalistisches und neonazistisches Gedankengut. Die Republikaner starteten zu dieser Zeit eine Werbeoffensive und verteilten mehr als 15.000 Flyer in Leipzig. „Die Massen [haben denen] das Zeug nur so aus den Händen gerissen, weil sie so unverblümt den Haß der Massen, die mittlerweile dazu gestoßen waren, rüberbrachten“ illustriert Conny M., regelmäßige Teilnehmerin der Montagsdemos zu dieser Zeit.^[2] Bei den letzten Montagsdemonstrationen bildeten Nazis zeitweise einen eigenen Block an der Spitze des Zuges und machten Jagd auf vermeintlich Linke und Migrant_innen. Auf Protest gegen dieses Auftreten wurde

Am 1. Mai 1990 zogen Neonazis durch die Innenstadt und griffen dutzende Menschen an.

[1] goo.gl/tZBWT und /ZCBtH

[2] Vgl.: Mareth, Connie ; Schneider, Ray: Haare auf Krawall : Jugendsubkultur in Leipzig 1980 bis 1991. Leipzig: Connewitzer Verlagsbuchhandlung, 2010.

von Seiten der demonstrierenden Bürger_innen mit Schmähungen und Gewalt reagiert.

Auch im Alltag transformierte sich die Deutschtümelei in gewaltsame Neonaziübergriffe. Immer wieder wurden Jugendclubs wie DER SACK, ein ehemaliges FDJ-Kulturhaus in Schönefeld, oder DIE VILLA, damals noch ansässig in der Karl-Tauchnitz-Straße im Zentrum, Ziel von Naziangriffen. Die Nazis kamen zu meist in Gruppen bis zu 30 AngreiferInnen, bewaffnet mit Steinen, Schlagstöcken, Totschlägern, Reizgas und auch Schusswaffen. In Connewitz, das sich damals zum links-alternativen Stadtteil zu entwickeln begann, war regelmäßig „Fascho-Alarm“, eine Art Frühwarnsystem, wenn ein Naziangriff auf besetzte Häuser oder Projekte bekannt wurde.

Die Aktionen der Neonazis häuften sich nicht nur, sondern sie wurden auch zunehmend militanter und gefährlicher. Als trauriges Indiz dafür können mehrere Angriffe auf Unterkünfte von Flüchtlingen in dieser Zeit gelten.

Solche rassistischen Angriffe hatten sich in jener Zeit bundesweit und auch in Leipzig zum „nationalen Volkssport“ entwickelt. So griffen beispielsweise am 4. Mai 1990 mehrere rechte Jugendliche das Wohnheim in der Liliensteinstraße im Stadtteil Leipzig-Grünau an. Sie zerstörten dabei Türen und Fensterscheiben. Fünf Tage später wurde das Flüchtlingsheim im Leipziger Vorort Liebertwolkwitz angegriffen. Bereits vorher hatte es innerhalb kurzer Zeit zwei Angriffe auf das Gebäude gegeben, ohne dass die Polizei ihren Schutz verstärkt und öffentlich Stellung dazu bezogen oder Initiative ergriffen hätte. Ein weiterer Überfall ereignete sich am 31. August 1991. An diesem Tag spielte die Naziband STÖRKRAFT im Grünauer Jugendclub ARENA. Im Anschluss griffen ca. 80 Nazis die nahe gelegene Unterkunft mit Steinen, Flaschen, Knüppeln und Brandsätzen an. Der Tod der darin lebenden Menschen wurde billigend in Kauf genommen. Die Polizei griff während des Überfalls nicht ein, sondern nahm im Nachgang nur vereinzelt Personalien auf. Die Täter_

nnen konnten sich der Unterstützung aus der Nachbarschaft des Plattenbauviertels gewiss sein. Ein Großteil der Bürger_innen nahmen die Täter_innen in Schutz und bestärkten diese somit in ihrem Handeln. In einer Reportage des ARD-Magazins MONITOR bekundeten auf der Straße befragte Grünauer_innen allen Alters, dass sie auf der Seite der Nazis stehen und sich möglicherweise an nächsten Angriffen sogar beteiligen würden. Bei der Frage nach Mitleid winkten die Befragten ab, wetterten stattdessen freimütig gegen die Asylsuchenden und schreckten auch vor Beschimpfungen wie „Viehzeug“ nicht zurück. Mit diesem Wissen planten die Neonazis direkt nach der Tat einen nochmaligen Angriff auf die Unterkunft, bekannten sich öffentlich im Fernsehen zu ihren rassistischen Einstellungen und auch den Tod der Bewohner_innen des Heims in Kauf zu nehmen.^[3] Die Bilder der MONITOR-Reportage bringen die rassistische Grundstimmung dieser Zeit sehr eindrücklich zutage: Nazis führten auch in Leipzig das aus, was ein großer Teil der Bevölkerung dachte und die Polizei ließ sie weitestgehend gewähren, ob aus Angst, wegen Personalmangels oder aufgrund stiller Zustimmung. Dass sowohl die soziale Betreuerin der Flüchtlinge als auch

[3] Vgl. Monitor: Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft in Leipzig 1991, www.youtube.com/watch?v=3PDMWrqgrqg

Die Kampagne „RASSISMUS TÖTET“

„RASSISMUS TÖTET“ Leipzig ist Teil der gleichnamigen bundesweiten Kampagne, die sich aus Anlass des 20. Jahrestages der rassistischen Pogrome in Rostock-Lichtenhagen gegründet hat, staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus gestern und heute zum Thema macht und bekämpft. Mit Veranstaltungen und Aktionen nahm und nimmt die Kampagne zudem Alltagsrassismus in Leipzig in den Fokus. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Aufarbeitung von und Erinnerung an rechts motivierte Morde in Leipzig und Umgebung.



die Redakteur_innen des Magazins selbst das Bild von „stehlenden, lauten und die Ordnung störenden“ Sinti und Roma und damit mehr oder weniger subtil Verständnis für die Abneigung gegenüber „Nicht-Deutschen“ wecken, macht das Bild komplett.

Vorbildwirkung und Folgen

Das erste rassistische Pogrom im wiedervereinigten Deutschland ereignete sich im September 1991 in Hoyerswerda. Neonazis griffen damals in der ost-sächsischen Stadt unter Mithilfe und Applaus vieler Bürger_innen zwei Wohnheime von Vertragsarbeiter_innen bzw. Asylsuchenden an. Mehrere hundert Menschen belagerten die Unterkünfte fünf Tage lang, bis schließlich alle Heimbewohner_innen aus der Stadt gebracht wurden. Die Ereignisse von Hoyerswerda verschärften die rassistische Stimmung nicht nur im Osten Deutschlands. In der Folge wurden bundesweit Wohnstätten von Migrant_innen angegriffen. In der Nacht des 2. August 1992 überfielen ca. 50 Nazis nach einem Disco-besuch das Flüchtlingslager im Leipziger Vorort Holzhausen. Sie verwüsteten es systematisch und schlugen zwei Menschen aus Rumänien zusammen, die sich ihnen entgegenstellten.

Die rassistische Hatz in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 stellte den vorläufigen Höhepunkt der Stimmung dieser Zeit dar. Rostock-Lichtenhagen war ein Pogrom und Ergebnis staatlichen Handelns. Denn die offiziellen Stellen hatten die Situation drastisch zuge-spitzt. Die Menschen, die vor Krieg und Not aus ihren

Herkunftsländern geflohen waren - dies waren damals vor allem Roma aus Südosteuropa - wurden von den zuständigen Behörden abgewiesen und sich selbst überlassen. Die CDU brachte in dieser Situation ihre bereits seit 1988 erhobene Forderung nach der Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl in Stellung. Hatten sich SPD und FDP anfangs dagegen gewehrt, war Rostock der Dammbruch für deren Umorientierung, so dass im Mai 1993 die Änderung des Grundgesetzes, Artikel 16, mit einer Zweidrittelmehrheit durch den Bundestag ging.

Das vollständige Versagen der Polizei, die in jenen Augusttagen in Rostock die Migrant_innen dem mordwilligen Mob überließ, und dass die Politik schließlich zugunsten dieses Mobs einlenkte, motivierte diesen noch weiter. Mit drastischen Konsequenzen: von Januar bis November 1992 zählt die Polizei 1.900 neonazistische Gewalttaten, darunter 608 Brandanschläge und 15 Sprengstoffattentate. 16 Menschen starben in dieser Zeit infolge von Anschlägen.

In den sieben Tagen nach den Ausschreitungen in Rostock gab es bundesweit mindestens 40 Anschläge auf Wohnheime von Flüchtlingen. Rostock diente dabei auch Leipziger Neonazis als Vorbild. Das Flüchtlingsheim in Markkleeberg wurde am 26. August 1992 in den frühen Morgenstunden von Neonazis angegriffen. Gezielt fuhren sie mit ihren Autos vor und warfen Brandsätze auf das Gelände. Dieses Szenario wiederholte sich in den folgenden Nächten, ohne dass die Polizei einschritt. Der 28. August 1992 wurde zur Horrornacht für Migrant_innen und Antifaschist_innen.



Im August 1991 berichtete ARD-„Monitor“ über die Stimmung in Leipzig - Grünau.



Etwa 80 Neonazis versuchten das Asylsuchendenheim zu stürmen.



Mit Pflastersteinen zerschmissen sie die Scheiben. Auch Brandsätze wurden geworfen.



In dem Heim leben vor allem Sinti und Roma-Familien.



Sie fürchten weitere, noch heftigere und besser organisierte Angriffe.

Zum an diesem Tag in Leipzig stattfindenden Fußballspiel des VFB LEIPZIG (1. FC LOK LEIPZIG) gegen Rostock luden Leipziger Nazis ihre Rostocker Kamerad_innen ein, mit ihnen ein Flüchtlingsheim zu überfallen. Engagierte Antifaschist_innen konnten dies zuerst verhindern, indem sie sich einer Gruppe Rostocker Nazi-Hools entgegenstellten. Wenig später gelang es etwa 100 Nazis nichtsdestotrotz das Flüchtlingsheim in Grünau anzugreifen. Mehrere Hundertschaften der Polizei konnten verhindern, dass Schlimmeres passiert, zumindest an diesem Ort. Doch die Nazis ließen nicht locker: wenig später in dieser Nacht brannten 30 Nazis das Flüchtlingslager in Holzhausen nieder und zündeten eine Handgranate. Die Flüchtlinge konnten entkommen und wurden von einigen Anwohner_innen versteckt. Die Nazis, unbehelligt von der Polizei, trafen sich nach diesen „Erfolgen“ an der Tankstelle in der Marschnerstraße, bewaffneten sich dort mit mit Benzin gefüllten Flaschen und fuhren im Konvoi in Richtung Connewitz. Diesmal war das Markleeberger Flüchtlingsheim Ziel der Brandsätze. Die Nacht wurde mit dem Wurf von Brandflaschen auf das Dach des Kulturzentrums Conne Island beendet. Das Feuer konnte rechtzeitig gelöscht werden.

Die Flüchtlinge aus dem Lager in Holzhausen wurden nach dem Überfall am 28. August 1992 in ein ehemaliges Kulturhaus in Lindenthal bei Wahren gebracht. Dort sammelten sich bereits am nächsten Tag wieder Nazis und warfen Steine gegen das Gebäude. Erst als das Auto eines Flüchtlings im Flammen aufging, vertrieb die Polizei die Angreifer_innen. Zwei Tage später

wurden die Flüchtlinge auch von dort weggebracht. Der damalige Leipziger Ordnungsdezernent Hans-Eberhard Gemkow zeigte sich entsetzt über die rassistisch aufgeladene Stimmung in der Stadt. Bei einem Besuch in Leipzig-Grünau aus Anlass der Angriffe in der August-Nacht, schlugen ihm Hass und Drohungen entgegen. „Ganz normale Bürger_innen“ bekundeten, dass sie selbst Hand anlegen würden, wenn die Flüchtlinge weiter in der Nachbarschaft verbleiben würden.

Step forward

Zwanzig Jahre danach hetzen Nazis, Bürger_innen und offizielle Politik bundesweit wieder und weiter gegen Flüchtlinge. Aktuell sind insbesondere in Sachsen verstärkt Mobilisierungen gegen die Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge festzustellen. Ob in Gröditz im Landkreis Meißen, wo die NPD Ideengeberin einer schließlich vom dortigen Stadtrat getragenen Unterschriftenkampagne gegen eine Asylsuchenden-Unterkunft war; ob in Chemnitz, wo Rechtspopulist_innen zu „Bürgerstreifen“ gegen die sächsische Erstaufnahmeeinrichtung für neu ankommende Asylsuchende aufrufen oder auch in Leipzig, wo es in einzelnen Stadtvierteln mobhafte Erhebungen gegen Unterkünfte für Asylsuchende gab und gibt - das Aggressionspotential wächst. Mit ihrer „Brandstifter“-Tour steuerte die NPD im November 2012 gezielt Unterkünfte für Asylsuchende in Sachsen an und versuchte die sowieso ablehnende Stimmung weiter aufzuheizen. Mit Blick auf Leipzig lässt sich allerdings konstatieren,

Zum weiterlesen:

Leipzig ganz rechts. Eine Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten in Leipzig 1989 - 1995, Antifaschistisches Broschürenkollektiv Leipzig 1995.



Die Meisten der Angreifer wohnen in der unmittelbaren Nachbarschaft.



Leipziger_innen äußern sich zu den Angriffen: „Nee, da hab ich kein Mitleid mit den Asylanten.“



„Alles Viehzeug!“



„Nein, ich würde niemanden, den ich erkannt habe, an die Polizei mitteilen, warum denn?“



„Ich würds vielleicht auch mitmachen, dass sag ich ihnen ganz ehrlich.“

screenshots: Monitor, siehe 21

dass die Bürger_innen, die sich seit dem Frühjahr gegen die Unterbringung von wenigen Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft engagieren, die NPD nicht brauchen und den öffentlichen Schulterchluss mit ihr vermeiden. Wie ehrlich die nominelle Abgrenzung angesichts des Bekenntnisses gegen „jeden Extremismus“ ist, sei dahingestellt. Es waren eben jene Bürger_innen, die dem NPD-Stadtrat Rudi Gerhardt für einen Redebeitrag in einer Ratsversammlung Applaus spendeten. Fakt ist, dass die eher besser gestellten Bürger_innen, insbesondere im Stadtteil Wahren, die rassistische Stimmungsmache selbst bestens beherrschen. Anstelle von realen Brandsätzen und Steinwürfen praktizieren sie geistige Brandstiftung par excellence. Mit propagandistisch vorgetragenen Unterstellungen vom „Anwachsen der Kriminalität und des Unsicherheitsgefühls für Frauen und Kinder, Drogen, Müll und der Wertminderung ihrer Grundstücke“ durch den Zuzug von Flüchtlingen haben Bürger_innen in Wahren, aber auch in Grünau und Portitz einen lupenreinen Rassismus zur Schau gestellt, der dem der NPD im Kern in nichts nachsteht.

Die Stimmung auf den zahlreichen Bürgeransammlungen im Sommer 2012 erinnerte an das progromhafte Klima der frühen 1990er Jahre. Die Differenz lässt sich in Art und Präsentation der vorgetragenen Argumente ausmachen. Von den Wortführer_innen der Engagierten v.a. in Wahren wird nicht offen gegen „Ausländer“ gehetzt, sondern mehr oder weniger subtil zwischen den Zeilen. Fadenscheinig bleibt allerdings auch ihre Parteinahme für die sonst von antirassistisch oder humanitär ausgerichteten Initiativen erhobene Forderung nach eigenen Wohnungen für alle Asylsuchenden („dezentrale Unterbringung“). Nicht Humanismus treibt sie an, sich der Forderung anzuschließen sondern die Hoffnung, das unerwünschte

„Elend“ dann nicht vor ihrer eigenen Haustür sehen müssen.

„Ein zweites Rostock wollen wir hier nicht“, war in einem der zahlreichen Protestbriefe an Stadt und Politik zu lesen. Doch „Rostock“ gilt den bürgerlichen Rassist_innen zwanzig Jahre danach als Sinnbild der Störung der öffentlichen Ordnung und nicht als drastisches Beispiel für die Bedrohung der Unversehrtheit und der Würde von Menschen. Flankiert wurden die jüngsten Aufwiegelungen gegen Flüchtlinge in Leipzig übrigens von der CDU. Dieselbe CDU, die die de-facto-Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl massiv vorangetrieben und schließlich mit Stimmen der FDP und SPD umgesetzt hat. Die CDU, die in persona des Bundesinnenministers Friedrich heute wieder gegen vermeintliche „Wirtschaftsflüchtlinge“ Stimmung macht. Mit solcherlei Argumentation steht die CDU allerdings nicht alleine da, sondern kann sich auf ein, bereits beschriebenes, gesellschaftliches Klima berufen. Personen des öffentlichen Lebens, wie der ehemalige Bundesbanker und Sozialdemokrat Thilo Sarrazin, welcher mit seinen rassistischen und sozialdarwinistischen Thesen eine ganze Zeit lang die öffentliche Debatte prägte, sprechen das aus, was viele Menschen in Deutschland denken. Dabei sind Benachteiligung und Diskriminierung von Asylsuchenden in Sammelslagern, das Aufrechterhalten der Residenzpflicht, Arbeitsverbote und minimale Sozialleistungen nach wie vor bittere Realität.

Der Grad zwischen rassistischen Einstellungen, menschenverachtender Politik und brachialer Gewalt ist auch in Leipzig nur sehr schmal.

Rassismus tötet! Leipzig
www.rassismus-toetet-leipzig.org



„Es waren so ziemlich alle Anwohner dafür, und die wollen beim nächsten mal auch mit anpacken.“



„Ja, mein Gott, mit Toten ist zu rechnen“, „Angst haben brauchen wir keine, die Anwohner sind alle auf unserer Seite.“



„Die kommen auf eigene Gefahr her! An uns liegts nicht, die haben angefangen, weil die hergekommen sind.“



„Das sind viel zu viele, da muss Null stehen! Da sollte Null Komma Null dastehen, echt!“



„Warum müssen sie schlagen und Ausländer töten? Das sind Barbaren!“

screenshots: Mentor Seite 121

„DIE LEUTE STANDEN HINTER UNS“

Zum Angriff auf Asylsuchende in Wurzen und Leisnig im August 1991

von chronik.LE

Im Jahr 2012 wurde vielfach an die Pogrome vor 20 bzw. 21 Jahren in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda erinnert. Neben diesen beiden, bis heute nicht vergessenen Ereignissen gab es kurz nach der „Wiedervereinigung“ an vielen weiteren Orten, vor allem in den „neuen Ländern“, Bedrohungen, Übergriffe und Anschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden, Vertragsarbeiter_innen und anderen „Ausländern“. So auch in Wurzen (heute: Landkreis Leipzig). Hier wurde in der Nacht vom 23. auf den 24. August 1991 – also noch vor den tagelangen Ausschreitungen im September 1991 in Hoyerswerda – das Flüchtlingsheim in der Albert-Kuntz-Straße von einer größeren, mit Pistolen, Baseballschlägern und Schlagringen bewaffneten und teilweise verummumten Gruppe Neonazis angegriffen.

Bereits im April 1991 hatte es entsprechende Drohungen gegeben. Die Bewohner_innen wurden damals kurzfristig in Privatwohnungen untergebracht – der Angriff blieb zunächst aus. Am 17. August wurde die Asylsuchendenunterkunft im nicht weit entfernten Leisnig bei Döbeln (heute: Landkreis Mittelsachsen) mit Brandsätzen beworfen. Ein Bewohner erlitt Verbrennungen.

Eine Woche später wurden die Bewohner_innen des Wurzener Heims zusammengeschlagen und zum Teil schwer verletzt, die Inneneinrichtung des Hauses zerstört. Auf der Straße postierte Wachen warnten die Angreifer vor der ca. zehn Minuten später anrückenden Polizei, die keinen der Schläger mehr antraf. An dem Überfall nahmen vermutlich Wurzener und auswärtige Nazis teil, die für die Aktion extra einen Bus angemietet hatten. Die vom Angriff Betroffenen flohen anschließend mit Unterstützung von Flüchtlingsgruppen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion nach Hessen. Am 28. August 1991 wurde gegen das bereits geräumte Flüchtlingsheim eine telefonische Bombendrohung ausgesprochen. Zwei Tage später ermittelte die Polizei einen 54-jährigen Wurzener als Täter.

Der Ordnungsamtsleiter des Landratsamtes erklärte den Überfall mit sozialen Problemen und der steigenden Arbeitslosigkeit. Ein an dem Übergriff beteiligter „Nationalist“ aus Wurzen erklärte neun Jahre später rückblickend gegenüber Journalisten: „Ich hatte damals schon den Eindruck, die Leute standen hinter uns und waren froh, dass wir die Reinigungsarbeiten übernommen haben.“ Das Radiofeature wurde am 24. März 2000 unter dem Titel „Das sind doch unsere Jungs. Rechtsextremismus und Alltagskultur“ im WDR ausgestrahlt.

Eine Unterkunft für Asylbewerber_innen gibt es in Wurzen seit dem Überfall vom August 1991 nicht mehr. Auf dem ehemaligen Standort in der Albert-Kuntz-Straße wurde bald darauf ein Altersheim neu errichtet.

In der offiziellen Chronik auf der Homepage der Stadt Wurzen werden für das Jahr 1991 zwei einschneidende Ereignisse genannt: „Die Molkereigenossenschaft e.G. ist als erster größerer Betrieb der Stadt in Konkurs gegangen. Etwa 100 Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz.“ Und: „Die ersten Asylbewerber kommen nach Wurzen.“ Warum diese bald wieder aus der Stadt fliehen mussten, wird verschwiegen.

Zum Weiterlesen und Hören:

- Chronik des NDK WURZEN (www.ndk-wurzen.de)
- Antifa-Broschüre „Wurzen - das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen. Entwicklung im Muldentalkreis 1991-1996“, Online: www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Regionen/Sachsen/wurzen_broschuere
- Hörfunkfeature „Das sind doch unsere Jungs. Rechtsextremismus und Alltagskultur“ von Bettina Rühl und Jürgen Salm (www.horizonte-journalisten.de)
- Chronik der Stadt Wurzen: www.wurzen.de/die-stadt-wurzen/stadtgeschichte.html

2012 jährte sich das rassistische Pogrom auf die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende in Rostock-Lichtenhagen zum 20. Mal.

Zur Erinnerung an die damaligen Ereignisse empfehlen wir den Film „The Truth lies in Rostock“, zu finden auf youtube.

Eine aktuelle Einschätzung des Pogroms liefert die Ausgabe #95 des Antifaschistischen Infoblatts (AIB): „Das Pogrom von Rostock - Reaktionen, Rückblicke, Reflexionen“, erschienen im Sommer 2012, aib.nadir.org.



photos: chronik.LE

GESCHLOSSENE GESELLSCHAFT

Die Leipziger Asyldebatte

Von Initiativkreis: Menschen. Würdig.

In Leipzig leben ungefähr 1100 Menschen (Stand Oktober 2012), die vom Asylbewerberleistungsgesetz betroffen sind. Das sind Menschen, die entweder gerade im Asylverfahren sind oder deren Antrag abgelehnt wurde und die geduldet werden, weil eine Abschiebung aus humanitären, gesundheitlichen oder sonstigen Gründen nicht stattfinden kann. Etwa 650 von ihnen wohnen in Wohnungen. Die übrigen 450 Menschen sind etwa zur Hälfte im Heim in Grünau, dort hauptsächlich Familien, und in einer ehemaligen Militärkasernen in der Torgauer Straße untergebracht. Diese Unterkunft liegt nahe der Autobahn. Dort müssen vor allem alleinstehende Männer leben.

Wie alles anfang

Im Jahr 2009 existierten in Leipzig zwei zentrale Heime für geflüchtete und asylsuchende Menschen, eines in der Torgauer Straße in Leipzig-Schönefeld, das andere in der Liliensteinstraße in Grünau. Doch dann bekundete der Versandwarenhändler Amazon Interesse an dem Grundstück in der Torgauer Straße, und die Stadt musste nach einem geeigneten Ersatzobjekt suchen. Nach ersten Vorschlägen sollte eine Containersiedlung in der Wodanstraße entstehen, die Platz für ca. 450 Geflüchtete bieten und an der Autobahn A14 am Stadtrand von Leipzig liegen sollte. Längerfristig sollten alle Asylsuchenden Leipzigs dort vereint untergebracht und die beiden Heime in der Torgauer Straße und der Liliensteinstraße geschlossen werden. Dieser Plan wurde am 17. Juni 2009 in der Stadtratssitzung mit 32 (CDU-, SPD- und FDP-)Stimmen gegen 28 Stimmen beschlossen^[1] – trotz massiver Proteste von Betroffenen und Initiativen.

Da Amazon sein Angebot zurückzog und die beteiligten Initiativen glaubhaft die sinnlosen Kosten darlegen konnten, die durch die Containersiedlung entstehen würden, kam ein Heim in dieser Form niemals zustande. Das Argument der Unmenschlichkeit zählte in der damaligen Stadtratsdebatte kaum. Dank der Protestwelle entspannt sich aber in der Öffentlichkeit

eine Diskussion darüber, wie Asylsuchende in Leipzig künftig wohnen sollen.

Nach einem weiteren Stadtratsbeschluss im Juni 2010 wurde das Sozialamt beauftragt, zu untersuchen, inwieweit eine dezentrale Unterbringung von Geflohenen in Leipzig umgesetzt werden könnte. Ein Antrag, Betroffene und Initiativen verbindlich in die Konzeptionierung einzubeziehen, erhielt jedoch keine Mehrheit im Stadtrat. Und so entwickelte das Sozialamt in den folgenden zwei Jahren seine eigene Auffassung von dezentraler Unterbringung – es entwickelte ein Konzept und veröffentlichte es im Mai 2012. Das Konzept sieht sieben neue Unterkünfte mit jeweils 30 bis 70 Plätzen vor. Das Heim in der Liliensteinstraße soll beibehalten, das in der Torgauer Straße geschlossen werden^[2].

Auch wenn die Stadt es „dezentral“ nennt – die Menschen sollen weiterhin in Sammelunterkünften leben. Die Unterbringung in Wohnungen mit nur einem Übergangsheim zur ersten Orientierung für Neuankommende, so wie es derzeit in Leverkusen praktiziert wird, wird offensichtlich nicht in Betracht gezogen. In dieser Angelegenheit verweist die Stadt jedoch auf landesweit gültiges Recht, welches die Heimunterbringung vorschreibt und die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden in Wohnungen nur in Ausnahmefällen zulässt.

Die Debatte nimmt ihren Lauf

Am 8. Mai 2012 lud das Sozialamt der Stadt Leipzig und Sozialbürgermeister Thomas Fabian zu einem Pressetermin ein, bei dem das Konzept ausführlich vorgestellt wurde^[3]. Es wurde verkündet, dass das Konzept in den betreffenden Stadtbezirksbeiräten zur Abstimmung gestellt werden solle, und der Stadtrat in seiner Juni-Sitzung über das Gesamtkonzept abstimmen werde. Die LVZ berichtete groß am nächsten Tag. Weitere öffentliche Reaktionen blieben zunächst aus. Doch im Umfeld der Cradefelder Straße in Portitz und der Pittlerstraße in Wahren, zwei der neuen Stand-

Kundgebung des Initiativkreis: Menschen. Würdig. vor dem Leipziger Rathaus.

[1] Dazu dokumentierte chronik.LE einen Textbeitrag im Conne-Island-newsflyer (Ausgabe 168): <http://www.chronikle.org/dossier/stadtrand-abgeschoben-neubauheims-asylbewerberinnen-leipziger-wodanstrasse>

[2] Vorlage samt Änderungsanträgen: <http://notes.leipzig.de/appl/laura/wp5/kais02.nsf/%28WebVorlagenAuswahl%29/0B185DEEF2854883C125795A002E9AC1?opendocument>

[3] <http://www.lvz-online.de/leipzig/citynews/stadt-leipzig-schliesst-umstrittenes-asylbewerberheim-fluechtlinge-dezentral-untergebracht/r-citynews-a-136028.html>

orte, rumorte es gewaltig. Im Mai erschien ein Bericht der MDR-Sendung *HIER AB VIER*^[4], in der Wahrener Bürger_innen offen ihren Unmut über die neue Unterbringung in der Pittlerstraße kundtaten.

Auch in den meisten der anderen Stadtteile, in denen Unterkünfte vorgesehen sind, fand eine starke Mobilisierung aufgebrachter Anwohner_innen statt: Sie gründeten eine Bürgerinitiative, veranstalteten Kundgebungen und betrieben eine aktive Pressearbeit. Bei den angesetzten Stadtbezirksbeiratssitzungen wurde aggressiv interveniert und auch nicht davor zurückgeschreckt, demokratische Abstimmungsprozesse zu manipulieren: Unter anderem wurden Stadtbezirksbeiräte bedroht um deren Abstimmungsverhalten zu beeinflussen, so ein Augenzeug_innenbericht.

Nach einer ersten Abstimmung über das Vorhaben der dezentralen Unterbringung in den Stadtbezirksbeiräten (SBB), lenkte die Stadt auf den Druck der Bürger_innen hin ein und veränderte das Konzept: Der geplante Standort in Grünau wurde gestrichen und die Anzahl der geplanten Bewohner_innen in Portitz und Wahren halbiert. So ging die inakzeptable Strategie der Einschüchterung, Bedrohung und Beschimpfung fatalerweise auf.

Auf die vielen Anwohner_innenanfragen an die Stadt reagierte diese gelassen. Sozialbürgermeister Fabian, der in unzähligen Sitzungen das Konzept und sich selbst verteidigen und sich dabei verhöhnen lassen musste, trat in der laufenden Debatte aggressiver auf und plädierte für eine humanistische Sicht auf Geflüchtete und das Thema Asyl.

Kurz vor der Entscheidung des Stadtrates brachten die Stadtratsfraktionen der SPD, GRÜNE und der Partei DIE LINKE gemeinsame Änderungsvorschläge zum ursprünglich vorgelegten Konzept ein^[5]. Konkret ging es um die Verringerung der Bewohner_innenzahlen für Portitz und Wahren, die Streichung des Standortes Weißdornstraße in Grünau und um die Erweiterung der Vorlage um Objekte in der Riebeckstraße. Wie zu erwarten, fanden diese Änderungsvorschläge eine

Mehrheit im Stadtrat. Auch wurde die Grundausrichtung des Konzepts durch den Stadtrat mehrheitlich bestätigt – inklusive aller geplanter Standorte^[6].

Auch die CDU-Fraktion brachte vor der Abstimmung noch einen Änderungsantrag ein, in dem sie die Streichung der Standorte Wahren und Portitz vorschlug. Dieser Antrag sowie Anträge der Linksfraktion und des Migrantenbeirats auf eine Mitbestimmung Asylsuchender in der Frage ihrer Unterbringung fanden keine Mehrheit. Für letzteren stimmten nur die Partei DIE LINKE und einzelne Vertreter_innen der GRÜENEN.

Die Akteur_innen in der Debatte

Aber wer sind/waren die Akteure der Debatte nun im Einzelnen? Diese sollen im kommenden Abschnitt ausführlicher beschrieben werden.

Die Stadt Leipzig hat als Kommune wie alle anderen Städte und Gemeinden die Aufgabe, Geflüchtete, die ihr nach einem Verteilungsschlüssel zugeteilt werden, unterzubringen. Dabei ist die Stadt der Weisung nach dazu angehalten, die Menschen in Heimen unterzubringen, sie kann jedoch auch das Wohnen in Wohnungen erlauben. Der letzte Stadtratsbeschluss vom Juni 2010 besagt, dass Geflohene in kleineren Einheiten als den großen Heimen untergebracht werden sollen. Der Oberbürgermeister Leipzigs, Burkhard Jung, schaltete sich erst sehr spät und auch dann nur mit Allgemeinplätzen in die Debatte ein^[7]. Zu fast allen Ereignissen, bei denen es um dieses Thema ging, äußerte sich Sozialbürgermeister Thomas Fabian.

In der Stadtverwaltung gibt es verschiedene Akteur_innen mit unterschiedlichen Interessen. Das Sozialamt, das für die Unterbringung Asylsuchender verantwortlich ist, erhebt Besitzansprüche an die Heime, will den rechtlichen Rahmen aus Angst vor Sanktionen der übergeordneten Behörde, dem Regierungspräsidium in Dresden, um jeden Preis einhalten und schließt in vorausweisendem Gehorsam Initiativen aus den Unterkünften aus. Dass hierdurch die Isolierung

[5] siehe Fußnote 2.

[6] Der Beschluss sowie die Voten: <http://tinyurl.com/d2tdnjq>

[7] <http://www.leipzig.de/buerger/politik/obm/Hier-schreibt-Oberbuergemeister-Burkhard-Jung-Gedanken-zur-Asyldebatte-Juni-2012-23247.shtml>, letzter Abruf 04.12.12, 9.40 Uhr.

[8] www.central-ls-w33.de/?p=584

[9] Konzeptkritik des Initiativkreises NoHeim: www.menschen-wuerdig.org/index.php/konzeptkritik

der Bewohner_innen noch verstärkt wird, nimmt das Sozialamt in Kauf.

Ein zentraler Kritikpunkt, den das Sozialamt sich gefallen lassen muss, ist die schlechte Informationspolitik. Für ein Thema, mit dem sich deutsche Bürger_innen bekanntermaßen schwer tun, veranschlagte es viel zu wenig Zeit für eine öffentliche Diskussion: Die Vorlage wurde Mitte Mai veröffentlicht und war für die Ratsitzung Mitte Juni zur Abstimmung geplant. Einige Bürger_innen beschwerten sich daraufhin, dass die Stadt die Vorlage an ihnen „vorbeischmuggeln“ wollte.

Im Leipziger Westen gründete sich im Umfeld des Standortes Markranstädter Straße die INITIATIVE OFFENE NACHBARSCHAFT^[8], vor allem aus Anwohner_innen des neuen Standorts, die im Gegensatz zu vielen anderen Anwohner_innen Menschen mit Flucht- und/oder Migrationsgeschichte ausdrücklich in ihrer Nachbarschaft begrüßten.

Das Engagement des INITIATIVKREIS: MENSCHEN. WÜRDIG.

Der INITIATIVKREIS MENSCHEN. WÜRDIG., ein Netzwerk aus Einzelpersonen und Gruppen, die teilweise schon seit Jahren zu den Themen Flucht, Asylrecht und Menschenrechte arbeiten oder sich aufgrund der Leipziger Debatte für das Thema interessieren, führte mehrere Kundgebungen zum Thema durch, verteilte Argumentationsflyer gegen rassistische Argumentationen in den Stadtbezirksbeiratssitzungen und organisierte eine Unterschriftenliste, die sich für eine Verbesserung des Wohnens Asylsuchender aussprach und den Rassismus



Auf www.menschen-wuerdig.org und in vielen Geschäften erfolgreich gesammelt.

und andere menschenverachtende Einstellungen kritisierte. Immerhin über 5.400 Menschen solidarisierten sich in dieser Debatte mit ihrer Unterschrift. Durch Pressemitteilungen und Präsenz in den Beiratssitzungen versuchte der INITIATIVKREIS, die

oft vorherrschende rassistische Grundstimmung aufzubrechen. Zur Abstimmung vor dem Stadtrat nahm der Initiativkreis eine zwiespältige Rolle ein, da er einerseits aus Protest gegen rassistische Bürger_innen der Stadt den Rücken stärken wollte und somit dazu beitrug, dass das Konzept beschlossen wurde, andererseits mit dem Konzept auch nicht einverstanden war. Kritikpunkte^[9] sind u.a. der private Wohnraum, der mit 7,5 Quadratmetern pro Person viel zu klein bemessen ist und auch die Sicherheitsdiskussion, die sich nicht an den Bedürfnissen der Bewohner_innen orientiert, sondern zu deren Kontrolle führt. Auch die Wahl einiger Standorte wird kritisiert, da die schlechte Verkehrsanbindung und die Lage am Stadtrand die zukünftigen Bewohner_innen weiter isoliert.

Gleichzeitig versuchte der INITIATIVKREIS, mit Betroffenen zu sprechen bzw. Betroffene hörbar zu machen, was sich schwierig gestaltete, da das Sozialamt unvorhersehbar Einzelpersonen und Gruppen, die gerne im Kontakt mit den Geflüchteten stehen wollten, den Zugang zum Heim verwehrte, indem es Hausverbote verhängte.

Der MIGRANTENBEIRAT brachte einen Antrag zum Konzept ins Verfahren ein, in dem die Information und Mitbestimmung Geflüchteter zum Konzept und ihren späteren Wohnorten formuliert wurde. Dieser Antrag, der auch vom INITIATIVKREIS NOHEIM, MENSCHEN.WÜRDIG. und der Linksfraktion des Stadtrates unterstützt wurde, fand keine Mehrheit in der Ratsabstimmung. Ein zweiter Antrag des Migrantenbeirates forderte, zusätzlich zur sozialen Betreuung, finanzielle Mittel für qualifizierte Sprach- und Kulturmittler_innen bereitzustellen und den Betreuer_innen ein Netzwerk bzw. Pools von Sprach- und Kulturmittler_innen zur Seite zu stellen.

Und was sag(t)en die Betroffenen?

Bei einer Veranstaltung des INITIATIVKREISES MENSCHEN.WÜRDIG. in der Torgauer Straße und bei persönlichen Gesprächen mit Heimbewohner_innen äußerte die überwiegende Mehrheit, dass sie in eigenen Wohnungen wohnen wolle. Allerdings haben viele ganz andere Probleme: Residenzpflicht, Arbeitsverbot und geringe Sozialleistungen (bei Redaktionsschluss am 30. November wird in Leipzig immer noch nicht der im Juli 2012 vom Bundesverfassungsgericht ge-



Bild.de-Bericht über die „Wutbürger“ in Grünau: Sie „kamen, um sich Luft zu machen.“ Kein Wort jedoch zu den rassistischen Ausfällen vor Ort.

forderte SGB II Satz an alle Asylsuchende gezahlt – Begründung: Umstellung im Computersystem). Weiterhin gibt es in Leipzig keine längeren kostenlosen Deutschkurse. Kettenuldungen – also Duldungen, die nur für mehrere Wochen gelten und nach Ablauf wahrscheinlich verlängert werden – führen zu großer Zukunftsunsicherheit und machen es fast unmöglich, langfristige Lebensperspektiven zu entwickeln. Der Zugang zur hiesigen Infrastruktur ist schlecht. Viel zu wenige Sozialarbeiter_innen können und dürfen über rechtliche Angelegenheiten informieren. Speziell über das Heim in der Torgauer Straße sagten Geflüchtete oft, dass es zu weit außerhalb liege und völlig marode und trostlos sei. Das Wohnen wird als sehr beengt wahrgenommen und die Umzäunung erinnere an ein Gefängnis. Diese Zustände werden seit Jahren von der Stadtverwaltung wissentlich so hingenommen, die Bewohner_innen als Menschen zweiter Klasse behandelt. Geflüchtete wurden und werden in der ganzen Debatte komplett übergangen. Die Heimbewohner_innen wurden erst im Nachhinein über den Stadtratsbeschluss informiert. Andererseits sind einige Bewohner_innen auf verschiedenen Kundgebungen aktiv und gaben Interviews für Zeitungen, Radios und Fernsehen.

Die antirassistischen, bzw. rassismuskritischen Initiativen, der Flüchtlingsrat Leipzig, Heimbewohner_innen, der Migrantenbeirat der Stadt und andere Akteur_innen der Zivilgesellschaft, wie Stadtratsmitglieder aber auch viele Bürger_innen, versuchten, in der Debatte eine humanistische Perspektive zu stärken. So thematisierten sie beispielsweise nicht nur die Wohnsituation Geflüchteter, sondern gingen auch auf Lebensumstände von Geflohenen ein. Oft wurde auch Kritik am städtischen „Dezentralisierungskonzept“ geäußert, da es sich bei dem neuen Entwurf wieder um

Wohnen im Wohnheim und nicht wie von Bewohner_innen gewünscht, um Leben in Wohnungen handelt.

Wie reagierte die Presse?

Die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG (LVZ) berichtete zunächst in sachlichen Artikeln über die Pläne des Sozialamtes. Nachdem die Proteste der Bürger_innen in Portitz, Wahren und Grünau lauter wurden, räumte die LVZ diesen Stimmen und Meinungen viel Raum ein und reproduzierte mit der unkritischen Übernahme die rassistische Haltung der Bürger_innen.

Eine Unterscheidung in LVZ-Print- und Online-Ausgabe ist jedoch sinnvoll: Während es auf den Online-Seiten der Zeitung immer wieder Beiträge über Befürworter_innen des städtischen Konzepts und Kritiker_innen des rassistischen Diskurses gab sowie über Aktionen der Befürworter_innen berichtet wurde, wurden diese Artikel nur sehr selten in der Printausgabe veröffentlicht. Eine Ausnahme war die Ausgabe am Tag nach der Entscheidung des Stadtrates für das Dezentralisierungskonzept: Es fand sich eine ausführliche Berichterstattung über die Entscheidung des Stadtrates und es wurde den Befürworter_innen des Konzeptes Raum gegeben. Im Nachgang der Debatte veröffentlichte die LVZ indes immer wieder Leser_innenbriefe von Gegner_innen des Konzepts, die vor allem aus Wahren kamen.

Im Printbereich gibt es in Leipzig, außer der Regionalausgabe der BILD-Zeitung, keine nennenswerte Alternative. In den letzten Jahren erlangte aber die nur Online verfügbare LEIPZIGER INTERNET ZEITUNG (L-IZ) etwas mehr Bedeutung. Diese verschlief die Debatte zunächst vollkommen. Erst kurz vor der Stadtratsentscheidung wurde die Berichterstattung intensiviert. Anders als die LVZ (Printausgabe) wurde in der L-IZ – durch Verweise auf Pressemitteilungen von Initiativen und Parteivertreter_innen – der rassistische Grundton der Debatte immer wieder angesprochen und es wurde ein pluralistischeres Bild gezeichnet. Die L-IZ blieb auch nach der Debatte am Thema dran und berichtete immer wieder über die Entwicklungen. Auch überregional erzeugte das Thema Aufmerksamkeit. Dabei wurde vor allem der Rassismus einiger Anwohner_innen skandalisiert und über die menschenverachtenden Unterkünfte berichtet.

>>>

Was bleibt?

Die eigentliche Debatte dauerte am Ende zwei Monate. Die intensive Auseinandersetzung endete nach dem Stadtratsbeschluss, danach war kaum mehr etwas darüber zu hören oder zu lesen. Am 1. November marschierte die NPD zu einer kurzen Kundgebung vor die zukünftige Unterkunft in Wahren auf, in der Hoffnung von den Anwohner_innen dort empfangen zu werden. Dies geschah jedoch nicht. Bis auf einige wenige beschränkten sich die Anwohner_innen auf die übliche Strategie im Umgang mit Nazis: Aktives Wegsehen. Die Planung der Stadt sah vor, das Heim in der Torgauer Straße bis Ende 2013 in Betrieb zu halten. Anfang Dezember soll als erstes neues Heim das Objekt in der Riebeckstraße für insgesamt 115 Menschen in Betrieb genommen werden, ebenso das Objekt in der Eythstraße für maximal 28 Menschen mit "erhöhtem Betreuungsbedarf". Die anderen Heime sollen im Laufe des Jahres 2013 eröffnet werden. Das Sozialamt steht jedoch weiter unter Druck, denn bis Jahresende werden zwischen 200 und 400 Menschen erwartet, für die es Unterkünfte finden muss. Um den Druck abzubauen, werden in der Spittastraße in Lindenau Gewährleistungswohnungen bereitgestellt, in denen nun insgesamt 42 Personen wohnen.

Durch die Reduzierung der Plätze in Wahren, Portitz und Grünau musste die Stadt jedoch weitere Standorte oder Wohnungen finden. Bis zum Redaktionsschluss schlug das Sozialamt drei weitere Standorte für Heime in Lindenau, Gohlis-Süd und Eutritzsch vor. Während in der Spittastraße explizit temporäre Notunterkünfte bereitgestellt werden, handelt es sich bei den drei neuen Objekten um vorerst dauerhafte, die in das Unterbringungskonzept implementiert werden. Mit einer sinkenden Zahl von Menschen, die aus ganz verschiedenen Gründen in Deutschland Asyl suchen, ist generell nicht zu rechnen.

Derzeit kommen viele Geflüchtete aus dem Sudan, Ruanda, Libyen, dem Balkan (vor allem Roma) und aus Syrien, Iran, Irak, den palästinensischen Gebieten und Indien an. Die zentrale Aufnahmestelle für Sachsen in

Chemnitz, die Geflohene in die Landkreise verteilt, ist überfüllt. Da beide Heime voll sind, könnte jetzt selbst die Stadt ohne größere Genehmigungsverfahren Menschen in Wohnungen unterbringen.

Der INITIATIVKREIS MENSCHEN.WÜRDIG. verfasst weiterhin Pressemitteilungen zum Thema dezentrale Unterbringung und zum Umgang der Stadt Leipzig mit Geflüchteten. Wir planen Veranstaltungen in den Stadtteilen, in denen rassistische Statements die Debatte dominierten. Wir beobachten weiterhin die Umsetzung des Konzepts der ‚dezentralen‘ Unterbringung bzw. versuchen im engen Kontakt mit den vom Asylbewerberleistungsgesetz Betroffenen die Umsetzung in einer von ihnen gewünschten Richtung zu beeinflussen. Wir möchten zusammen mit unseren Partner_inneninitiativen offene Angebote in den Heimen ausbauen und bessere Beratungsmöglichkeiten für Geflüchtete schaffen.

Dabei sind wir aber auf die Hilfe anderer angewiesen. Es ist wichtig, sich in die Debatten einzubringen, zum Beispiel durch Leser_innenbriefe. Es ist eine politische Strategie, das Thema Migration zu marginalisieren und Menschen mit Migrationshintergrund zu isolieren. Wer will, kann sich gerne mit uns in Verbindung setzen, um gemeinsam Veranstaltungen zu planen. Wir möchten gerne Asylsuchende in den Heimen besuchen und suchen Leute, die mit uns dazu Konzepte entwickeln, um auf möglichst gleichberechtigter Ebene mit den Betroffenen in Kontakt zu treten. Eigentlich ist es jederzeit möglich in die Heime zu gehen – ausgenommen für die Durchführung von rechtlichen Beratungen – und die Bewohner_innen oder die Sozialarbeiter_innen anzusprechen und mit ihnen etwas zu unternehmen. Es ist wichtig, die Grenze, welche der Staat zwischen Menschen anhand ihres Passes zieht, aufzubrechen und an Stelle dieser Grenze Verbindungen auf Augenhöhe aufzubauen.

www.menschen-wuerdig.org

RASSISTISCHE ÄUSSERUNGEN EN MASSE

Im Folgendem werden wir rassistische und andere menschenverachtende Zitate von Bürger_innen dokumentieren, die im Laufe der Debatte zu hören waren. Da dieser Absatz vor allem für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, verletzend wirken kann, ist es möglich, den Abschnitt zu überspringen. Wir sehen es aber als notwendig an, sich diese menschenverachtenden Einstellungen, die in der Debatte immer dominant waren, vor Auge zu halten.

Bei einer Bürger_innenversammlung in Wahren, kurz nach Veröffentlichung der Vorlage, machten sich die traditionsbewussten Bürger_innen Luft. Ein Wahrenere: „Meine Befürchtungen gehen dahinaus, dass der soziale Frieden in diesem Wohngebiet nicht mehr gewährleistet ist.“ Eine andere: „Unsere Lebensqualität wird gemindert!“ Uhlmann, der Vorsitzende der BI-WAHREN, verstand die Ängste der Anwohner_innenschaft: „Die Leute haben Angst um ihre Grundstücke, haben Angst, dass diese Grundstücke entwertet werden. Das ist die ökonomische Variante. Aber die größere Angst besteht noch darin: Zunahme der Kriminalität, Drogenkriminalität, Beschaffungskriminalität.“^[1]

Eine junge Wahrenerin meinte: „Die müssen ja nicht unbedingt hierhin, weil das ist ja ein Wohngebiet und das passt ja nicht hierher.“ Eine andere: „Man kann auch nicht 70 Mann auf einen Fleck in einem Wohngebiet eingliedern.“

Auf der SBB-Sitzung Nordost im Juni 2012 erläuterte eine Bürgerin: „Da ist eine Schule daneben. Das sind wahrscheinlich junge Männer, die da untergebracht werden und einfach nicht in so ein Siedlungsgebiet passen.“

Der Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft KONTAKT, ließ sich am 8. Juni mit folgenden Worten in der Bild zitieren: „Wir befürchten einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden. Im Umfeld des Gebäudes [gemeint ist Grünau] haben wir allein 900 Wohnungen. Um die Meinung unserer Mieter einzuholen, wurde eine Umfrage veranlasst. 400 Rückmeldungen kamen in wenigen Tagen. Nur zwei

haben kein Problem mit dem Asylbewerberheim. Alle anderen haben angegeben, dass sie überlegen, auszusziehen.“^[2]

Kurz vor der SBB-Sitzung in Grünau (11. Juni) wurden viele Plakate im Viertel verteilt, auf denen zusammen mit der Einladung zur Sitzung „Grünau = Kreuzberg; Wir Grünauer sagen NEIN!“ stand.

Dort gab es starken Andrang. Anwohner_innen riefen „Wir sind das Volk“ und sammelten Unterschriften gegen das Konzept. Offene rassistische Vorurteile brachen sich Bahn – Grünauer_innen bedienten das „Scheinasylanten-Vorurteil“.

Eine Besucherin der SBB-Sitzung in Grünau schimpfte: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber wir sind in unserem deutschen Land bald sehr allein.“ Es war das einzige Mal, dass die Moderation überhaupt einen rassistischen oder xenophoben Redebeitrag unterbrach und der Rednerin das Wort entzog. Es ging jedoch weiter, denn eine junge Frau sagte: „Ich habe nichts gegen die Ausländer – mich stört einfach die Zahl.“ Und ein älterer Mann beschwerte sich: „Da wird an kirchlichen Tagen da orientalische Musik abgeleiert da drüben.“ Womit er wohl das Heim in der Lilienstraße meinte. Ein älterer Anwohner äußerte schließlich: „Meine Frau muss oft abends spät nach Hause von der Straßenbahn die Allee hoch. Muss ich jeden Abend Angst haben, dass sie gesund nach Hause kommt?“^[3]

[1] <http://tinyurl.com/bqaejol>

[2] www.bild.de/regional/leipzig/asylrecht/asyl-irrsinnigenossenschafts-chef-wehrt-sich-gegen-megaheim-24540320.bild.html

[3] vgl. <http://agdezentralisierungjetzt.blogspot.eu/2012/06/13/bericht-von-der-stadtbezirksbeiratssitzung-west-grunau-am-11-juni-2012>



photo: chronik.LE

LEIPZIGS LOKALE KÄMPFE ZWISCHEN RASSIFIZIERUNGEN UND (DE-)KLASSIFIZIERUNGEN

Zur Auseinandersetzung um die dezentrale Asylunterbringung in Leipzig

Von Stefan Kausch, Alexander Stärck, Katja Sternberger
Forum für kritische Rechtsextremismusforschung

Der Unmut großer Teile der Leipziger Bevölkerung über eine geplante dezentrale Asylunterbringung äußerte sich 2012 in einem öffentlichen, auch überregional wahrnehmbaren Protest. Neben dem allgemein rassistischen Tenor, der die Debatte angestoßen hatte, unterschieden sich einige Beweggründe und Argumente wider die Asylunterkünfte allerdings deutlich voneinander.

Unterschiedliche Stadtteile – unterschiedliche rassistische Argumentationen^[1]

Dies lässt sich darauf zurückführen, dass sich die Auseinandersetzung in sowohl historisch als auch sozio-ökonomisch sehr unterschiedlich verfassten Stadtteilen Leipzigs entzündete. Um diesen konkreten sozial-räumlichen Settings als Ausgangspunkt für die differierten Rassismen in den Stadteilkontexten gerecht zu werden, versuchen wir als FKR^[2] die Auseinandersetzungen um die Neuordnung der Asylunterbringung zu analysieren. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf den Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Proteste in den für die Debatte zentralen Stadtteilen Grünau und Wahren und wird schließlich von einer Einbettung in die gesellschaftlichen Migrationsdiskurse abgerundet.

Grünau: The better Kreuzberg?

Anders als in anderen Stadtteilen existierte in Grünau bereits eine zentrale Sammelunterkunft für Asylsuchende, als das neue Stadtkonzept für den Bezirk eine weitere größere Unterbringungsmöglichkeit vorsah. Dies gab die Initialzündung für die Debatte in Grünau gegen die „unverhältnismäßig“ hohe Anzahl an Unterkünften.^[3] Der Erfolg dieses Arguments, das es schließlich schaffte Standort Nr. 2 zu Fall zu bringen, kommt nicht von ungefähr. Es liest sich als lokale Variante des Alarmismus vor Parallelgesellschaften, der Angst,

in lokal begrenzten Räumen schließlich in der „Unterzahl“ zu sein. So verwundert auch nicht die Mahnung eines Flugblattes, der Stadtteil Grünau dürfe nicht zu einem zweiten „Kreuzberg“^[4] werden – ist sie doch Teil dieser lokal angepassten rassistischen Erzählung „Made in Germany“. Der Stadtteil wird zum Verteidigungszentrum einer vermeintlich festgeschriebenen „deutschen Identität“, die nicht – wie in der Anrufung des Klischees von „Berlin-Kreuzberg“ – migrantisch überformt werden dürfe, da ihm sonst die Verschärfung sozialer Konfliktlinien drohe. Dass Grünau, wie Leipzig als Stadtgesellschaft insgesamt, längst von der Realität der Migration geprägt ist, wird dabei außer Acht gelassen. Die zentralen Argumente in der Auseinandersetzung sind Vorurteile, die auf ein rassistisches Wissen zurückgreifen, das seinen festen Platz in der Gesellschaft hat (siehe unten).

Wahren: In Verteidigung der Idylle

Gegenüber Grünau orientierten sich die Argumentationslinien im sozio-ökonomisch besser gestellten Wahren dagegen an einer privilegierten Position des Wohlstands. Neben der Angst der Stadtteilabwertung, bspw. durch fallende Grundstückspreise, wehrten sich die Bürger_innen gegen die Zerstörung ihrer scheinbar organisch gewachsenen „Idylle“. Ziel



[1] Wir bedanken uns ganz ausdrücklich bei Merle Tilk vom FKR für ihren Support bei der inhaltlichen und formellen Verbesserung der Lesbarkeit dieses Artikels.

[2] www.engagiertewissenschaft.de/de/inhalt/Banaler_Rassismus_und_die_Angst_vor_sozialer_Deklassierung, 15.11.2012

[3] vgl. www.lvz-online.de/leipzig/citynews/konzept-fuer-asylobewerber-unterkuenfte-in-leipzig-ueberarbeitet-weniger-plateenur-ein-heim-in-gruenau/r-citynews-a-144438.html, 21.11.2012

[4] So auf einem uns vorliegenden Flyer mit dem Titel „Grünau = Berlin Kreuzberg – Wir Grünauer sagen NEIN!“

[5] BI-Leipzig-Wahren: Brief an die Stadträte vom 10.07.2012, <http://jule.linxxnet.de/wp-content/uploads/2012/07/Brief-an-die-Stadtr%C3%A4te.pdf>, 15.11.2012

der neu gegründeten BÜRGERINITIATIVE LEIPZIG-WAHREN war es beispielsweise, sich „für den Erhalt Wahrens als historisch gewachsenes Wohngebiet mit homogener sozio-kultureller Bevölkerungsstruktur“ einzusetzen.^[5] So charakterisierte man „das tausend-jährige Wahren“ mit „einem malerischen alten Ortskern mit dörflichen Siedlungsstrukturen“, den es noch heute besäße (ebd.). In Statements wie diesen wird nicht nur ein statisches Bild Wahrens gezeichnet, gleichzeitig scheint Wahren als Dorf partikular gegenüber der umgrenzenden STADT LEIPZIG. Diese Vorstellung einer vermeintlichen Homogenität verweist auf ein implizites Wissen, das nicht mehr ausdrücklich untermauert werden muss. Es ist in seiner Selbstverständlichkeit und Banalität bereits in der Debatte um In- und Exklusion der „Neuen“ und „Anderen“, die Wahren mit der Asylunterkunft erwarten könnte, enthalten. In diesen Argumenten begegnet uns eine „vorgestellte Gemeinschaft“^[6] der Wahren_innen, die durch ihre Erzählung erst produziert wird. Die Wahren_innen sollen sich als eine Art „lokale Volksgemeinschaft“ fühlen, die sich auf eine jahrhundertalte Tradition beziehen kann. Diese Gemeinschaft scheint keine Migration zu kennen. Deshalb ist ein zentraler Zweck dieser Gemeinschaft, ihre aktuellen Privilegien und Sozialräume gegen neu zugezogene Menschen zu verteidigen. Die „Neuen“ werden zu diesem Zweck als „Anderer“ gebrandmarkt, d.h. sie sind nicht Teil der homogenen Gemeinschaft und sollen es auch nicht werden.

Dabei wird das Argument der „An-

ders-Machung“, der Konstruktion des Anderen, noch verstärkt, wenn von Seiten der BI WAHREN argumentiert wird, man sei eben nicht rassistisch oder neonazistisch: „Kein Anwohner hat etwas gegen Veränderungen oder gar fremde Kulturen, wenn diese mit Sinn und Verstand im Leben der Allgemeinheit integriert werden.“^[7] Hier wird mit der Zuschreibung „fremde Kulturen“ genau die rassistische „Anders-Machung“ erneut vollzogen, von der sich die BI eigentlich freisprechen wollte. Die Asylsuchenden werden nicht als Teil der eigenen Kultur(en) oder als zu einem diffusen „Leben der Allgemeinheit“ zugehörig gesehen – und sie werden anders bleiben, sofern sie nicht „mit Sinn und Verstand“ an das Ideal der Etablierten anpassbar sind.

Angst vor dem Absturz? Soziale Klassenkämpfe und Rassismus

Die in den Protesten aufgerufenen „sozialen Probleme und Konflikte“^[8] scheinen von der Angst um weitere (wahrgenommene) soziale Deklassierung geprägt zu sein. Die rassistischen Praktiken haben ihre Begründungen in den sozialen Lagen der von politischen und ökonomischen Prozessen negativ Betroffenen. Der Rassismus ist somit auch eine Trotz- und Ermächtigungsstrategie von schon sozial benachteiligten Gruppen bzw. von Menschen, die Angst vor dem sozialen Absturz haben.

Die Argumente gegen Wohlstandsverlust im lokalen Rahmen folgen dabei sehr ähnlichen Begründungslogiken wie sie im nationalen Rahmen einer Debatte u.a. Thilo Sarrazin aufgerufen hatte. Während sich Sarrazin um den von ihm wahrgenommenen gesellschaftlichen Absturz und den vermeintlichen sozialen und biologischen Verfall der BRD rassistische, chauvinistische und sozialdarwinistische Sorgen machte, wollen die Protestierenden in Grünau und Wahren ihre Nachbarschaft und Immobilien vor dem (weiteren) ökonomischen und sozialen Verlust schützen.^[9] >>>

[6] Benedict Anderson (1983): *Imagined Communities*, London.

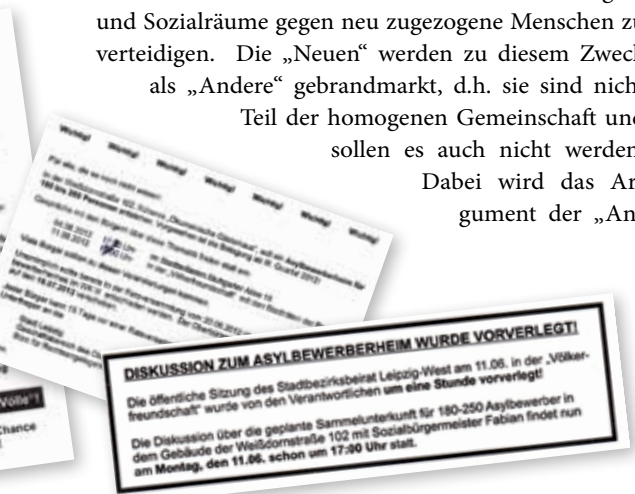
[7] <http://jule.linuxnet.de/wp-content/uploads/2012/07/Brief-an-die-Stadtr%C3%A4te.pdf>, 15.11.2012

[8] <http://initiativkreis.blogspot.de/images/SCAN0003.JPG>, 04.08.2012

[9] Vgl. dazu ausführlicher unsere Ausführungen unter: www.engagiertewissenschaft.de/de/inhalt/Banaler_Rassismus_und_die_Angst_vor_sozialer_Deklassierung

[10] Vgl. zur Unterscheidung von „banal“ und „hot nationalism“ Michael Billig (1995): *Banal Nationalism*, London. Siehe dazu auch Oliver Kohls (2011): *Diskurse der ‚nationalen Identität‘ in Deutschland: Der Fall Sarrazin aus kulturwissenschaftlicher Perspektive*, in: *kultuRRevolution* Nr. 60, Juni 2011.

[11] u. a. vom Team um Decker, Weißmann und Brähler (2006-2010), sowie die von Heitmeyer und Co. angelegte Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (Folge 1-10, 2002-2012). Aktuell dazu wiederum Decker, Kiess, Brähler (2012): *Die Mitte im Umbruch*, Berlin.



[12] vgl. hierzu Froböse, Ulrike: Nation, Staat und Staatsbürgerschaft: Deutsche Ein- und Ausschlüsse in historischer Perspektive. In: Flam, Helena (2007): Migranten in Deutschland. Statistiken – Fakten – Diskurse. Konstanz: UVK. S. 206 – 234.

[13] www.sueddeutsche.de/politik/sinti-und-romafriedrich-fordert-schaerferregeln-fuer-asylbewerber-aus-serbien-und-mazedonien-1.1505623, 15.11.2012

[14] End, Markus/Herold, Kathrin/Robel, Yvonne (Hrsg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments. Münster: Unrast Verlag 2009.

[15] www.welt.de/politik/deutschland/article110186306/Zentralrat-warnt-vor-Hetze-gegen-Balkan-Fluechtlinge.html, 15.11.2012

Kontext: Banaler Rassismus und rassistische Normalzustände in der Gesellschaft

Letztlich ist es ein „banaler“ Rassismus, der sich in Leipzig seine Bahnen bricht: Banal in dem Sinne, dass er kein „heißer“ Rassismus ist, der die „Nation“ neu „schmiedet“ und erst erschaffen muss.^[10] Der banale Rassismus wird täglich (re-)produziert, auf der Straße, in den Ämtern oder im Stadion. In unserem Fall sind diese Alltagspraktiken von den Ereignissen um die Unterbringung der Asylsuchenden beeinflusst worden. Morgen ist dieses Ereignis vielleicht vergessen. Der alltägliche Rassismus bleibt ein „banaler“ Leipziger Zustand.

Den Hintergrund dieses Zustands bilden Einstellungsstudien^[11] ab, welche eine hohe Verankerung rassistischer Denk- und Handlungsmuster in der Gesellschaft aufzeigen. Kurzum: Die Mehrheitsgesellschaft ist rassistisch und dementsprechend auch die lokalen Sozialräume (Nachbarschaften etc.) und Institutionen (Behörden, Ämter etc.). Die Proteste in Wahren und Grünau bewegen sich damit nicht in einer Leipziger Blase. Deutschland ist schon sehr lange ein Einwanderungsland. Mindestens genau so lange gibt es in der deutschen Gesellschaft bestimmte Kontinuitäten im Umgang mit als Fremden wahrgenommenen Menschen, wie der diese Tatsache zu ignorieren.^[12] Gesamtgesellschaftliche Debatten grundieren und durchziehen dabei den lokalen Sozial- und Diskursraum, und laden ihn immer wieder neu auf. Ob Asylsuchende als Bereicherung oder Belas-

tung empfunden werden, hängt z.B. auch mit einem Facharbeiter_innendiskurs zusammen, der unter dem Diktum der Nützlichkeit in der Gesellschaft geführt wird. Oftmals werden solche Debatten maßgeblich bestimmt bzw. angestoßen durch Politiker_innen der Regierung. Das jüngste Beispiel hierfür stellt Bundesinnenminister Friedrich (CSU) dar, der im Oktober 2012 behauptete, dass es ein massives Problem mit Asylmissbrauch geben würde.^[13] Dadurch werden für die Öffentlichkeit die Gründe von Flucht und Asylanspruch infrage gestellt. Nicht zuletzt werden die Flüchtlinge selbst gespalten: Sie hätten gute und schlechte Gründe, hier Asyl zu beantragen. Zudem wird bewusst mit rassistischen Traditionslinien und Weltbildern in der Gesellschaft gearbeitet. Denn warum verfolgt Friedrich gerade im Fall der Sinti und Roma das Argumentationsmuster einer unberechtigten sog. Wirtschaftsfucht? „Antiziganistische Zustände“^[14] wirken hier fort – ironischerweise ist es genau solcher Antiziganismus, der in den Herkunftsländern der Asylsuchenden, Serbien und Montenegro, einen bedeutenden Push-Faktor und somit Hauptgrund für deren Flucht darstellt.^[15]



screenshot: MDR - Hier ab Vier - 04.05.2012

„Leipzig-Wahren – fast die gesamte Nachbarschaft ist auf die Straße gekommen. Ihr Ziel: Kein Asylbewerberheim in ihrem bürgerlichen Wohngebiet. Sie haben sogar eine Bürgerinitiative gegründet.“



UNSERE GEMEINSAME POSTKOLONIALE WELT?

Kolonialismus, Rassismus und Mehrheitsgesellschaft

Von Stefan Kausch und Karolin Reinhold
Engagierte Wissenschaft e. V. / AG Postkolonial

Die AG POSTKOLONIAL beschäftigt sich mit (post-)kolonialer Geschichte und Verhältnissen sowie damit verbundenen Theorien. Dahinter steht die Annahme, dass man sich hierzulande angesichts einer (unbewusst) rassistischen Mehrheitsgesellschaft auch mit dem kolonialen Erbe kritisch auseinandersetzen muss. Denn nur so ist eine nachhaltige Rassismusbekämpfung überhaupt möglich. Dazu bietet die AG unter anderem Stadtrundgänge „auf kolonialen Spuren“ an.

Das Problem heißt Rassismus?

Dass es Rassismus in dieser Gesellschaft gibt, ist eine banale Feststellung. Dass Rassismus die Mehrheitsgesellschaft mit herstellt, ebenfalls. Damit wäre das ja geklärt – oder? Vielleicht liegt zwischen diesem existenten, zugänglichen Wissen und seinen Erfahrungswelten, seinen Erfahrungsräumen und vor allem den Menschen, die diese Erfahrungen (er-)tragen, eine große Lücke. Es ist also doch nicht so einfach mit der „Banalität des Rassismus“ (Terkessidis 2004). Das Wissen um den Rassismus ist bei weitem nicht überall verankert – weder in den Erfahrungswelten der weißen Deutschen, noch in den offiziellen Geschichtsschreibungen der Bundesrepublik (oder gar der DDR), noch spielt es in der Deutung des NSU oder anderer offensichtlicher Probleme dieser Gesellschaft eine Rolle.

Die Wissenschaft wiederum hat deutliche Erkenntnisse zu rassistischen und anderen Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit^[1] zu Tage gefördert (Decker, Brähler et al. 2006-2012; Heitmeyer „Deutsche Zustände“ 2002-2012). Doch ein möglicher Zugriff auf dieses kritische Wissen bedeutet noch nicht seine Verankerung in den vorherrschenden Denk- und Handlungsstrukturen der Gesellschaft – also im Alltagshandeln von uns allen. Kurzum: Was möglicherweise in einer Gesellschaft an Wissen vorhanden ist, muss noch nicht für alle verständlich sein und als ihr

Problem wahrgenommen werden. Auch das trägt zur Herausbildung einer weißen, privilegierten, rassistischen Mehrheitsgesellschaft bei. Oder in Abwandlung eines Sprichwortes: Was das rassistische Hänchen nicht lernt(e), lernt der ebenfalls rassistisch konstituierte Hans nimmer mehr.

Kampagnen, wie „DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS“ im Kontext der NSU-Morde und dem institutionellen Versagen von Staatsapparaten, wollen genau auf diese Miss-Interpretation und Fehlbenennung hinweisen. Die Kämpfe um die Benennung von Problemen sind deshalb nicht nur symbolisch. Leicht zu gewinnen sind sie auch nicht. Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, eine historische Perspektive stark zu machen, die sich mit den über lange Zeit gewachsenen rassistischen Strukturen und Mustern auseinandersetzt. Eine solche Problematisierung kommt nicht umhin, sich mit dem kolonialen Erbe unserer Gesellschaft sowie seinem aktuellen Fortwirken (in den rassistischen Praktiken) zu befassen. Das Arbeiten mit den „(K)Erben des Kolonialismus“ (Arndt/Ofuately-Alazard 2011) kann die Erinnerungskultur in der BRD um eine kritische Perspektive ergänzen. Aus postkolonialer Perspektive und angesichts einer rassistischen Mehrheitsgesellschaft ist dies eine notwendige Blickerweiterung, um Rassismus überhaupt nachhaltig zu bekämpfen (vgl. Ha 2012).

Von der Erinnerung in die Gegenwart und Zurück

Gibt es „Kolonialismus hierzulande“ (van der Heyden/Zeller 2007)? Kein Thema der Geschichte „Deutschlands“ ist so wenig im kollektiven Gedächtnis dieser Gesellschaft verankert wie dieses.^[2] Schulen haken Kolonialismus als Thema – wenn überhaupt – unter dem Stichwort „Imperialismus“ ab. Keine Auseinandersetzung gibt es mit den Denk- und Handlungsstrukturen kolonialer Verhältnisse in Deutschland und Europa (die sowohl für die Kolonien wie für die Kolonial-

„Deutsche Gedenkt eurer Kolonien“, steht auf dem Findling, der in der Nähe des Völkerschlachtdenkmal liegt. Daneben haben sich ehemalige Soldaten versammelt, die 1933 an der Kolonialkriegertagung in Leipzig teilgenommen haben.

[1] Im November erschien die Studie „Die Mitte im Umbruch“, in der diese Thesen bestätigt wird: u. a. mit rassistischen Zustimmungsmustern von über 35 % zu den Aussagen „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ oder „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“, vgl. dazu u. a. die Presseberichte unter www.dradio.de/nachrichten/201211121300/4,12.11.2012 und www.taz.de/Deutschlandweite-Studie/!105334/, 12.11.2012

[2] Hier widersprechen wir dezidiert einer Formulierung von Sebastian Conrad, der im aktuellen Aufsatz „Kolonialismus und Postkolonialismus. Schlüsselbegriffe der aktuellen Debatte“ davon spricht, dass die Hochphase der kolonialen Weltordnung (zw. 1880-1960) „... in ihren strukturellen Auswirkungen noch in die Gegenwart hineinreicht und in der öffentlichen Erinnerung

besonders stark präsent ist.“
Sicher ist diese Hochphase
präsent(er), aber insgesamt
marginalisiert im erinnerungs-
politischen Diskurs der BRD.
Siehe dazu auch Ha 2012, der
unsere These bestätigt.

[3] Mustafa Haikal und Jörg
Junhold: Auf der Spur des
Löwen. 125 Jahre Zoo Leipzig.
Pro Leipzig: Leipzig 2003, S.
53. Vgl. zur kritischen Ana-
lyse des Leipziger Zoos den
Artikel „Afrika im Rosental“
von Elena Buck, in Leipziger
Zustände, 2010

[4] Das N*Wort wird hier
nicht ausgeschrieben, weil
es rassistisch ist. In der
historischen Quelle wird es
genannt, wir verweigern uns
einer einfachen, unkritischen
Quellenwiedergabe.

[5] [www.zoo-leipzig.de/ihre-
veranstaltung/abendveranstal-
tungen](http://www.zoo-leipzig.de/ihre-
veranstaltung/abendveranstal-
tungen), 20.11.2012

mächte konstitutiv waren), obwohl dies für die Kon-
struktion „Europas“ eine zentrale Quelle von Macht
und Herrschaft war – und bis heute ist. Keine ernst-
hafte Problematisierung gibt es von rassistischen Bil-
dern aus dieser Zeit, von in diesem Zeitraum sich fes-
tigenden Geschlechterverhältnissen oder anderen
Denk- und Mensch-Werdungs-Vorstellungen. Kien
Nghy Ha (2012) regt an, „[d]ie fragile Erinnerung des
Entinnerten“ zu bedenken und das fragile in eine sta-
biles Erinnern zu überführen. Doch wie kann das ge-
schehen?

Gegenwärtiges Sichtbarmachen von kolonialen Spuren

Die Auseinandersetzung mit kolonialen Spuren in
der deutschen Gesellschaft hat in den letzten Jahren
langsam begonnen. In vielen Städten gibt es postkolo-
nial bewegte Gruppen, die diese Spuren, ihre Orte
und Narrationen wieder sichtbar machen, so auch in
Leipzig. Durch unsere eigenen Aktivitäten in der AG
wurde uns bewusst, dass „die „Geschichte des Ras-
sismus in Europa“ (Mosse 1990) und seine histori-
schen Traditionslinien nicht vollständig verstanden
werden können, ohne die Verwebungen mit der kolo-
nialen Geschichten zu begreifen. Wir entdeckten in
den aktuell vorherrschenden Stereotypen und rassi-
fizierenden Bildern und Handlungen ein postkoloni-
ales Weiterleben dieser Traditionen im Hier und Jetzt.
Das sperrige Wort „Postkolonialismus“ eröffnet eine
Perspektive darauf, wie unser Wissen und unsere Welt-
und Selbstvorstellungen noch heute von der Ära des
Kolonialismus geprägt sind. Das erscheint uns auf den
ersten Blick etwas seltsam und unhandlich: Denn was
haben wir mit einer Zeit zu tun, die mehr als 90 Jahre
zurück liegt?

Aktuelle Beispiele postkolonialen Weiterlebens rassistischer Strukturen

Ein prominentes lokales Beispiel ist der LEIPZIGER
Zoo. Im Jahr 1876 von dem Gastwirt Ernst Pinkert ge-
gründet, ist er bis heute ein bedeutender Anziehung-
spunkt der Stadt. Sogenannte „Völkerschauen“ waren
bis 1931 ein wichtiges Standbein des Zoos. Pinkert
richtete zwischen Raubtierhaus und Robbenbecken
eine „Völkerwiese“ für die Menschenschauen ein. Die
später daneben erbaute und mit Urwaldkulissen ver-
sehene „Völkerbühne“, auf der ebenfalls Aufführungen
stattfanden, wurde im Volksmund „Hotel zum wilden
Mann“ genannt.^[3]

In den historischen Artikeln der LEIPZIGER VOLKS-
ZEITUNG werden die körperlichen und kulturellen
„Eigenheiten“ der ausgestellten Menschen detailliert
beschrieben und bewertet. So hebt ein Autor das „häß-
liche“ Aussehen der Sara-Frauen (Schau der sog. „Lip-
penN*“) ^[4] hervor. In einem Artikel zur „Suaheli-Ka-
rawane“ wird das Gleiche betrieben, jedoch diesmal
positiv exotisierend das Bild des „Edlen Wilden“ ent-
worfen (ebenfalls ein rassistisches Klischee). Der Ob-
jektcharakter, der den ausgestellten Menschen ver-
passt wurde, wird deutlich durch die Einbettung der
„Völkerschauen“ in den ZOOLOGISCHEN GARTEN, wo
sie die Eisbärenzucht und Känguruschau ergänzen
sollten. Nicht nur die räumliche Verbindung sugge-
rierte die Nähe der Ausgestellten zur Tierwelt, son-
dern auch die angebliche Überschneidung von Cha-
raktereigenschaften wie Wildheit, Ursprünglichkeit,
Stolz, kriegerische Fähigkeiten etc.. Vor diesem Hinter-
grund bekommen heutige Veranstaltungen des Zoos
wie der HAKUNA MATATA ABEND mit „originalen
Trommelklängen“ und „afrikanischen Tänzerinnen“ ^[5],
die exotisches Flair vermitteln soll, einen ziemlich bit-
teren Beigeschmack. Hier verlässt sich der Zoo auf die
seit der Kolonialzeit zementierte rassistische Darstel-
lung von Nicht-Europäer_innen. Exotisierende Kli-
schees und Stereotype bestimmen das Bild. So werden
im Hinblick auf den afrikanischen Kontinent oft das
Zusammenleben in Stämmen, das Sprechen von Di-
alekten (statt Sprachen), das „natürliche“ Rhythmus-
gefühl, die martialischen Kämpfe und Initiationsriten
sowie sexuelle Freizügigkeit thematisiert. Die dadurch
vollzogene Herstellung des „Anderen“ bzw. „Fremden“
wird zum Gegenentwurf der „zivilisierten“ Europäer_
innen und eine Abgrenzung wird möglich (z.B. barba-
risch, unzivilisiert, exotisch versus gebildet, zivilisiert,
normal). Neben der Weiterführung der Tradition des
Begaffens von „fremden Völkern“ setzt sich der Zoo
nicht einmal im Ansatz kritisch mit seiner Vergangen-



photo: jochen linge/bach

Der Findling im Jahr 2012 in der Nähe des Völkerschlachtdenkmal. Die ursprüngliche Inschrift wurde in der DDR-Zeit abgeschlagen.

heit als immerhin drittichtigster „Völkerschau-Ort“, im deutschen Reich auseinander. Herr Pinkert wird in der Mythengeschichte Leipzigs als unbefleckter Held inszeniert.

Ein weiteres Beispiel für die Kontinuitätslinien kolonialer Verhaltensmuster zur heutigen rassistischen Alltagspraxis ist das sogenannte „Blackfacing“. Das Thema Blackfacing, also die „Kostümierung“ oder Inszenierung weißer Menschen als schwarze Menschen und ihre Lächerlichmachung durch diese Praxis, erreichte erst kürzlich mit dem Boykottaufruf des Pulitzer-Preisträgers Bruce Norris mediale Aufmerksamkeit^[6] und erlangte vor zwei Jahren auch in Leipzig, anlässlich des damaligen BA HU FASCHINGS, traurige Berühmtheit^[7]. Ein als Schwarzer angemalter Weißer warb auf einem Plakat für den studentischen Fasching. Auf Kritik reagierten die Verantwortlichen mit dem Verweis, dass das Plakat als Spaß gemeint sei und daher nicht diskriminierend sein könne. Zudem gebe es in Deutschland bzw. Leipzig keinen Kolonialrassismus. Als die Plakate von Unbekannten entfernt wurden, empfand der Elferrat das als ungerechtfertigte Zensurmaßnahme. Erschreckend ist hier die Umkehrung der Betroffenenperspektive und die Leugnung rassistischer Einstellungen in Deutschland und besonders Leipzig.^[8]

Fazit

Die Beispiele zeigen, wie rassistische Bilder und Wortwelten aus Kolonialzeiten bis heute fortwirken – und wie notwendig die Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Geschichte deshalb ist. Denn diese besitzt nachhaltigen Einfluss auf unser Denken und unsere Handlungen. Wir brauchen daher eine Perspektive, die das kollektive Gedächtnis „pimpt“, also die die kolonialen Narrationen ebenso wie die Stimmen der von Rassismus Betroffenen zulässt und ihnen einen zentralen Raum zugesteht (vgl. Ha 2012). Parallel müssen endlich die schon lange vorhandenen Analysen der aktuellen rassistischen Gesellschaftsordnung nachhaltige Effekte in den Institutionen und der Gesellschaft als Ganzes mit sich bringen. Beide müssen sich grundlegend ändern. Doch diese Forderungen werden ohne politische Auseinandersetzungen und soziale Kämpfe kaum durchzusetzen sein – hieße dies doch für die weiße Mehrheitsgesellschaft, ihre Privilegien zu verlieren (Ha 2012: 54). Und wer gibt schon freiwillig Privilegien her?

Literatur

- Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Naja (2011): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv der deutschen Sprache*. Münster.
- Conrad, Sebastian (2012): *Kolonialismus und Postkolonialismus. Schlüsselbegriffe der aktuellen Debatte*. In: *ApuZ* Nr. 44-45 2012: 3-9. Bonn. Download: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/ApuZ_2012-44-45_online_Kolonialismus.pdf.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): *Vom Rand zur Mitte*. Berlin.
- Decker, Oliver/Rothe, Katharina/Weissmann, Marliese/Geißler, Norman/Brähler, Elmar (2008): *Ein Blick in die Mitte*. Berlin.
- Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): *Die Mitte in der Krise*. Berlin
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2012): *Die Mitte im Umbruch*. Berlin.
- Ha, Kien Nghi (2012): *Die Fragile Erinnerung des Entinnerten*. Essay. In: *ApuZ* Nr. 44-45 2012: 50-54. Bonn. Download: http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/ApuZ_2012-44-45_online_Kolonialismus.pdf.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *„Deutsche Zustände“*, Folgen 1-10, 2002-2012. Frankfurt/Main.
- Mosse, George L. (1990): *Die Geschichte des Rassismus in Europa*. Frankfurt/Main.
- Terkessidis, Mark (2004): *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*. Bielefeld.
- Van der Heyden, Ulrich (Hrsg.) (2008): *Unbekannte Biographien. Afrikaner im deutschsprachigen Raum vom 18. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*. Berlin.

[6] www.publikative.org/2012/10/19/blackface-pulitzer-preistrager-ruft-zum-boycott-deutscher-theater-auf/

[7] Siehe: www.engagierte-wissenschaft.de/de/inhalt/Rassismus_ist_kein_Karnevalsspass_Stellungnahme_zum_Blackface_Werbepplakat_des_Ba_Hu_Elferrats

[8] Eine gute Dokumentation des Vorfalles und der Reaktionen: blog.derbraunemob.info/2010/11/13/blackfacekarneval-nicht-rassistisch-da-in-leipzig/, 20.11.2012

Projekt: Verdammt lang her? Koloniale Traditionen in Leipzig

Auch wenn Kolonialismus im öffentlichen Bewusstsein 'verdammt lang her' zu sein scheint, leben koloniale Traditionen oft ungebrochen fort. Dies auch und gerade in Leipzig. Diesem Umstand trägt das Projekt Rechnung und möchte mit diesen Spuren und ihren aktuellen Verflechtungen arbeiten. Das Projekt richtet sich an Schüler_innen und andere Interessierte Bürger_innen Leipzig, die sich hier vor Ort mit kolonialen Traditionen auseinandersetzen wollen. Bestandteile und Inhalte: medienaktive und mediengestützte Workshops zum Thema Kolonialismus, interaktive Stadtrundgänge auf den Spuren kolonialer Vergangenheit, Archivarbeiten, Erstellung eines multimedialen Internetportals. Interessierte melden sich bei Christoph Marx (cmarx@landesfilmdienst-sachsen.de)

Ein Projekt vom Landesfilmdienst Sachsen e. V. In Kooperation mit Engagierte Wissenschaft / AG Postkolonial und Institut für Afrikanistik der Universität Leipzig

www.landesfilmdienst-sachsen.de

AM RANDE DES LANDKREISES

Zur Situation von Asylsuchenden in Nordsachsen

Von chronik.LE

In der STADT LEIPZIG sorgte kürzlich die geplante Neuunterbringung von Asylsuchenden für erregte Debatten. Die Menschen, die bisher in einem heruntergekommen Heim in der Torgauer Straße untergebracht waren, sollten dezentral in kleineren Häusern untergebracht werden.^[1] Im Landkreis Nordsachsen geht die Verwaltung den umgekehrten Weg:

Bereits im September 2010 wurden hier die Heime in Oschatz und Eilenburg geschlossen, Ende 2011 folgte das in Torgau. Die Bewohner_innen wurden in das seit 2008 von der ITB DRESDEN GMBH^[2] betriebene Objekt in Spröda bei Delitzsch verlegt. Um dort alle aufnehmen zu können, wurde die Kapazität um 120 auf nun insgesamt 250 Plätze erweitert.^[3] Derzeit leben in Spröda über 200 alleinstehende Männer. Darüber hinaus sind laut Auskunft des Landratsamtes 159 Familien bzw. alleinstehende Asylbewerber_innen mit Kindern im Landkreis dezentral in Wohnungen untergebracht.^[4]

Ausschlaggebend für die Zentralisierung der nicht dezentral untergebrachten Asylsuchenden waren vermutlich vor allem finanzielle Erwägungen, die Interessen der Bewohner_innen spielten wie so oft keine Rolle. So klagte der langjährige Betreiber des Oschatzer Heims 2010 darüber, dass seine Bewerbung für einen Weiterbetrieb der Unterkunft vom Landratsamt nicht berücksichtigt wurde: „Und das, obwohl wir gute Bedingungen wie die Nähe zum Arzt, zum Kindergarten und zum Bahnhof bieten können, wogegen Spröda mitten in der Prarie liegt.“^[5] Zu diesem Zeitpunkt wohnten noch 35 Personen in dem Oschatzer Heim, in den Jahren davor seien es durchschnittlich 50 bis 60 Bewohner_innen gewesen.

Einige der zuletzt 45 in Eilenburg untergebrachten Asylsuchenden protestierten im Juli 2010 öffentlich gegen den Zwangsumzug nach Spröda, drohten sogar mit Hungerstreik: „In Eilenburg leben wir in einem Block mit Drei- und Vier-Zimmerwohnungen. Das Heim liegt in der Stadt, dort sind wir mittendrin im Leben. Spröda liegt aber weit weg von der Stadt“, erzählte ein aus dem Iran Geflüchteter, der bereits seit zehn Jahren in Deutschland lebt.^[6] Auch nach dieser langen Zeit hat er kein Recht auf freie Wahl der Wohnung. Von Spröda aus ist es zudem schwieriger nach Leipzig zu gelangen, wo einer der Asylsuchenden zu diesem Zeitpunkt studierte.

In vergleichsweise kleinen Gemeinschaftsunterkünften

gestaltet sich das Zusammenleben meist angenehmer als in größeren Heimen, letztere sind für die Betreiber aber „wirtschaftlicher“ zu unterhalten. Als der Vertrag für das Heim in Torgau auslief, fand sich offenbar keine Firma, die es zu den vom Landratsamt anvisierten Konditionen weiterführen wollte.

Abschottung pur statt Willkommenskultur

Im „Heim-TÜV“ des sächsischen Ausländerbeauftragten Martin Gillo (CDU) aus dem Jahr 2011, in dem u.a. die Größe der Heime, die innere Sicherheit und die soziale Betreuung bewertet wurde, heißt es zu dem Heim im Delitzscher Ortsteil Spröda (mit der aussagekräftigen Anschrift „Am Stadtfors“):

„Die Gemeinschaftsunterkunft ist eine ehemalige Polizeischule im Kasernenstil außerhalb der Ortschaft und unmittelbar an einer Bundesstraße gelegen, in der ausschließlich alleinstehende Männer leben. Es gibt keine Rad- oder Fußwege neben der Straße. Die Baracken sind alt und abgewohnt. Fenster sind teilweise undicht und zerschlagen. Die Ausstattung ist bescheiden und funktional. Die Sanitäreinrichtungen sind teilweise renoviert. Vereinzelt kommt es zu Schlägereien und Sachbeschädigungen. Es sind keine Hierarchien erkennbar. Eine soziale Betreuung gibt es nicht. Der Betreiber investiert in Sportgeräte, anstelle einer Sozialbetreuung.“^[7]

Das Objekt landete in der Bewertung des Ausländerbeauftragten mit einer Note von -0,47 auf Rang 23 von 31 Gemeinschaftsunterkünften und damit noch knapp im „gelben Bereich“ (unter Beobachtung). Das inzwischen geschlossene Heim in Torgau mit -0,60 sogar auf dem vorletzten Platz. Die Kreistagsfraktion der Partei DIE LINKE sprach bezugnehmend auf diesen Bericht von „kasernenartige[n] Barackenunterkünfte[n] mit langen dunklen Gängen, die der längst verblichenen GST oder der Kampfgruppe alle Ehre gemacht hätten.“^[8] Problematisch sei auch die Verkehrsanbindung des drei Kilometer von der Stadt entfernt gelegenen Heims. Busse fahren nur bis 18 Uhr, ansonsten sind die Bewohner_innen auf einen kilometerweiten, gefährlichen Fußweg auf der Bundesstraße nach Delitzsch angewiesen. „Das ist Abschottung pur statt Offenheit für Menschen in Not, ganz zu schweigen von auch nur der geringsten Willkommenskultur“, so der

[1] Vgl. u.a. Initiativkreis Menschen.Würdig: www.menschen-wuerdig.org

[2] Vgl. die kurze Darstellung bei www.itb-dresden.de/beherberung/delitzsch.html

[3] Vgl. Torgauer Zeitung vom 18.10.2011

[4] Vgl. LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 06.01.2012

[5] LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 20.07.2010

[6] LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 16.07.2010

[7] www.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/SAB-HeimTUEV2011_09122011.pdf.zip, S. 92 f. Vgl. zum „Heim-TÜV“ auch www.landtag.sachsen.de/de/integration_migration/themen/6772.aspx

[8] Pressemitteilung der Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE vom 12.12.2011

Vorsitzende der Linksfraktion Michael Friedrich, der eine „schrittweise Auflösung“ des Heimes und die dezentrale Unterbringung aller Asylsuchenden forderte. Bereits nach der Schließung der Heime in Eilenburg und Oschatz hatte es Kritik an den Zuständen in Spröda gegeben. Der bauliche Zustand der Unterkunft sei „erbärmlich“, die Asylbewerber_innen würden in Spröda „weitgehend isoliert“ leben, schrieb Landtagsabgeordnete Gisela Kallenbach (B90/DIE GRÜNEN) in einer Kleinen Anfrage.^[9] Und die Fraktion der Partei DIE LINKE im Kreistag konstatierte eine Verschlechterung für die bisher in Eilenburg untergebrachten Bewohner_innen nach ihrer Umsiedlung nach Spröda: „Die trostlosen Gebäude sind bautechnisch überaltert und stark renovierungsbedürftig. Die Fenster sind vergittert und innen zieht es. Lediglich der Zaun, der die Häuser umgibt, ist neu und vor allem hoch.“^[10]



Tristesse am Rande – In der Asylunterkunft in Spröda leben 200 Menschen

Mehrjährige „Übergangslösung“

Gegen solche Kritik wie auch die Bewertung des Ausländerbeauftragten haben sich die zuständigen Politiker_innen immer verwehrt. „Natürlich sind das keine Hotel-Zimmer. Es ist eine Übergangslösung“, meinte Ordnungsdezernentin Angelika Stoye.^[11] Die als „Übergangslösung“ gedachten Unterkünfte dürfen offenbar nicht zu komfortabel ausgestattet sein, auch wenn „sieben, acht Jahre“ vergehen können, bis über einen Asylantrag entschieden wird, so Stoye. Drauf habe das Landratsamt leider keinen Einfluss: „Wir sind nur für die Unterbringung verantwortlich. Das tun wir nach unseren Möglichkeiten.“

Verwiesen wird auf „umfangreiche Sanierungs-, Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen“, die der Heimbetreiber durchgeführt habe und weiter fortsetze. So seien „beispielsweise die Dächer aller Häuser sowie die Sanitärbereiche im Haus 2 saniert, die Sanitärbereiche in den anderen Häusern sowie die Küchen erneuert“ worden. Fenster und Türen würden im ersten Halbjahr 2012 anstehen, der komplette Neuausbau des Hauses 4 sei realisiert worden, Zimmer modernisiert, Küchen und Herdplätze an die Anzahl der Bewohner angepasst. Alles eigentlich Selbstverständlichkeiten, sollte man meinen. Auf die bemängelte soziale

Betreuung gehen Stoye und Landrat Michael Czupalla (CDU) nicht ein. Dafür wird darauf verwiesen, dass im November 2011 am Berufsschulzentrum Delitzsch eine Vorbereitungsklasse gestartet sei, in der Asylbewerber_innen Deutsch lernen könnten. Und im Januar würde in der Gemeinschaftsunterkunft ein Sprachkurs „Deutsch für Asylbewerber und geduldete Ausländer 2012“ starten. Warum es so etwas vorher nicht gab, bleibt offen. Immerhin gebe es ein „breites Sportangebot“ sowie einen Internetzugang für die Bewohner.^[12]

AK Asyl & „Bufdi“-Betreuung

Seit einiger Zeit bemüht sich ein ARBEITSKREIS ASYL im Kreis um eine bessere Betreuung der Asylsuchenden. So gibt es nach Auskunft von Michael Marschall vom JUGENDMIGRATIONSDIENST DER DIAKONIE in dem Heim in Spröda mittlerweile immerhin aller zwei Wochen ein zweistündiges Beratungsangebot, einmal im Monat auch mit dem Flüchtlingsrat. Problematisch sei insbesondere die mangelnde Privatsphäre, zumal die Bewohner teilweise schon zehn Jahre lang in dem Heim „geparkt“ seien. Für die unter anderem in Gillos „Heim-TÜV“ angemahnte sozialpädagogische Betreuung sei ab Oktober eine unqualifizierte Stelle aus dem Bundesfreiwilligendienst (ehemals: Zivildienst) vorgesehen.

[9] www.gisela-kallenbach.de/index.php?id=11228 (Kleine Anfrage vom 01.10.2011, Drs. 5/3848)

[10] LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 10.09.2010.

[11] LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 06.01.2012.

[12] Ebd.

ISLAMFEINDLICHKEIT ALS TÜRÖFFNER

Antimuslimischer Rassismus ist inzwischen konsensfähig

Von Netzwerk gegen Islamophobie und Rassismus (NIR)

„Keine hiesige Ausländergruppe erzeugt bei den Deutschen so viel Unbehagen wie die fremdartigen Moslems. (...) Der Moslem und die Muslima als solche – mit ihrer fremden Herkunft, ihrem Aussehen, ihren Sitten und ihrer Religiosität – lösen bei den allermeisten Deutschen Unbehagen, Angst und Abwehr aus. Um die Forderung nach Ausländerrückführung zu popularisieren, sollte in Wahlkämpfen genau die Ausländergruppe in den Fokus gerückt werden, die sich die meisten Inländer außer Landes wünschen. Die nationale Opposition ist also wahl-taktisch gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen (ohne sie freilich darauf zu beschränken) und die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. Die populäre Moslemkritik kann so zum Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition werden. Salopp formuliert: Man hat propagandistisch die Moslems zu schlagen, um noch ganz andere Ausländergruppen politisch zu treffen.“

Sie lösten eine breite Auseinandersetzung aus, aber nicht über das Problem antimuslimischen Rassismus (AMR). Stattdessen wurde über die Debattenkultur in Deutschland, über Meinungsfreiheit, über „integrationsunwillige“ MigrantInnen und sogenannte Parallelgesellschaften diskutiert. Viele einte die Überzeugung, dass es tatsächlich besondere Probleme mit MigrantInnen aus muslimisch geprägten Ländern gäbe.

„...weil ihre Kultur so ist.“

Die Abwertung von MuslimInnen oder von Menschen, die man dafür hält, wird als Islamophobie, antimuslimischer Rassismus (AMR) oder Islamfeindlichkeit bezeichnet. Entscheidender als der Begriff ist seine inhaltliche Bestimmung. Zentral ist, dass er einen Rassismus beschreibt. Denn die feindliche Haltung gegenüber MuslimInnen ist keine individuelle Meinung, sondern in ein gesellschaftliches Verhältnis eingebettet.

Beim Rassismus werden zunächst Unterschiede zwischen (vorgestellten) Menschengruppen wie Rassen, Kulturen oder Religionen verallgemeinert und als unveränderlich betrachtet. Jedem Mitglied der vorgestellten Gruppe werden pauschale Eigenschaften zugeschrieben. Die unterschiedlichen Eigenschaften werden bewertet. Von Rassismus spricht man, wenn die Bewertung rechtfertigt, dass bestimmte Menschen von Ressourcen oder Privilegien ausgeschlossen werden.

Während der klassische, biologistische Rassismus davon ausgeht, dass es Menschenrassen gibt, haben sich die alten Denkmuster heute zum großen Teil auf Kulturen übertragen. Die Grundlage dieses modernen Rassismus ist der Glaube an eine unausweichliche Differenz und Hierarchie von Kulturen. Diese werden essentialistisch, also als unwandelbare Einheiten verstanden, die jenseits von Zeit und Raum existieren, sich gegenseitig nicht beeinflussen und sich nicht (weiter-)entwickeln. Antimuslimischer Rassismus in-

Dieses gruselige Zitat stammt aus einem Strategiepapier der NPD, das sie im Januar 2010 veröffentlichte. Ihre (leider) richtige Einschätzung über den Zusammenhang von salonfähigeren Vorbehalten gegenüber MuslimInnen und Ressentiments gegenüber AusländerInnen sowie gesellschaftlicher Pluralität zeigte sich drei Monate später in der sogenannten „Sarrazin-Debatte“. Hier wurde zudem sichtbar, dass antimuslimischer Rassismus ein schon lange schwelendes Phänomen in breiten Teilen der Gesellschaft ist.

Thilo Sarrazin sagte gegenüber der Zeitschrift LETTRE INTERNATIONAL, er müsse niemanden anerkennen „der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für siebzig Prozent der türkischen und für neunzig Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin.“^[1] Obwohl selbst Sarrazin später gegenüber der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG zugeben musste, dass diese Behauptungen jede empirische Grundlage vermissen lassen, blieben die Zahlen und seine Deutung in der Welt.

[1] Lettre International, September 2009, Heft 86, S. 197-201

[2] a.a.O.

terpretiert den Islam typischerweise als eine solche Kultur und geht folgerichtig von der Existenz einer gemeinsamen „islamischen Welt“ aus. Diese wird wahlweise der „westlichen“, „christlich-abendländischen“, „jüdisch-christlichen“ oder „europäischen“ Kultur als unvereinbarer statischer Block gegenübergestellt. Deutsche MuslimInnen werden dadurch implizit ausgebürgert und als Fremde in Deutschland konstruiert. Wenn Sarrazin sagt: „Es ist ein Skandal, wenn türkische Jungen nicht auf weibliche Lehrer hören, weil ihre Kultur so ist“^[2], beschreibt er einige Kinder an deutschen Schulen als Fremde, deren Kultur von dem Land, in dem sie leben, völlig unbeeinflusst sei. Eine zugespitzte Gegenüberstellung von „Europa“ und „Islam“ las man in Leipzig auf dem Höhepunkt der Sarrazin-Debatte in der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG. Die LVZ druckte im August 2010 ein Interview mit Udo Ulfkotte:

„Man muss beim Thema Islam nichts hineininterpretieren. Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eben in erster Linie eine Ideologie. Religion und Ideologie des Islam sind untrennbar miteinander vereint, so wie auch der Nationalsozialismus Ideologie und zugleich Religionsersatz für seine Anhänger war. Der Islam ist für uns Europäer eine Gefahr, weil er eine totalitäre, menschenverachtende, mit Demokratie nicht vereinbare, rückwärtsgewandte und auf Weltherrschaft ausgerichtete aggressive Ideologie ist, für die es in einem aufgeklärten friedliebenden demokratischen Europa nirgendwo einen Platz gibt. Der Islam darf und wird in Europa unter Demokraten keinen Platz haben.“

Ulfkotte geht hier so weit, eine Verschwörungstheorie zu entwickeln, in der MuslimInnen die Weltherrschaft anstreben. Das ist eine besonders weitgehende Spielart von AMR. Ein weiteres verbreitetes



Demonstration in Hamburg am 03.11.2012 gegen Strukturellen und Institutionellen Rassismus

Merkmal von AMR, das auch Ulfkotte einsetzt, ist die Umkehr von Machtverhältnissen. Der Islam wird als übermächtig dargestellt. So können Menschen, die gegen MuslimInnen anschreiben als schützenswerte Verteidiger von Meinungsfreiheit wahrgenommen werden. In diesem Sinne wurde im Oktober 2010 dem dänischen Mohamed-Karikaturisten Kurt Westergaard, der Mohamed mit einer Bombe im Turban gezeichnet hatte, der Leipziger Medienpreis verliehen:

„Bereits zum zehnten Mal verleiht die Medienstiftung der Sparkasse Leipzig den Preis. Er ist mit insgesamt 30.000 Euro dotiert und geht an Journalisten, Publizisten und Medieninstitutionen, die sich mit Risikobereitschaft, hohem persönlichen Engagement, mit Beharrlichkeit, Mut und demokratischer Überzeugung für die Sicherung und Entwicklung der Pressefreiheit einsetzen, informiert der Stifter.“

Seit Beginn der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 lässt sich eine Zunahme der Islamfeindlichkeit konstatieren. Der Soziologe und Meinungsforscher Wilhelm Heitmeyer setzt das in den Kontext sozialer Abstiegsängste eines großen Teils der Bevölkerung. Ein Ergebnis seiner Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit lautet entsprechend: „Die zu-

nehmende Islamfeindlichkeit zeigt sich insbesondere bei höheren Einkommensgruppen. Bildung wirkt in diesem Fall der Abwertung nicht entgegen. Islamfeindlichkeit ist konsensfähig, auch bei jenen, bei denen es bisher nicht zu erwarten war.“ Diese Aussage wird durch die im November 2012 veröffentlichte Studie **MITTE IM UMBRUCH** der **FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG** bestätigt.

Zu den vielfältigen möglichen Funktionen von antimuslimischem Rassismus gehört zweifellos die Wahrung von „Etabliertenvorrechten“. So störte sich niemand daran, solange manche Putzfrauen ein Kopftuch trugen. Der Streit ums Kopftuch entzündete sich als muslimische Frauen selbstbewusst in höhere Positionen, nämlich den LehrerInnenberuf, strebten. Dazu passt ein Vorfall, von dem eine muslimische Frau berichtete, die Leipzig mittlerweile verlassen hat. Sie erzählte von ihrer ersten Seminarsitzung an der Universität Leipzig bei einem neuen Professor, der über Pilze sprach. Er blickte dabei unvermittelt auf ihr Kopftuch und sagte: „Dieser Pilz ist ein Terrorist“. Scheinbar passte sie nicht in sein Bild von SeminaristInnen.

Die Problematisierung von AMR als Rassismus ist relativ jung. So wird das Netzwerk gegen Islamophobie und Rassismus Leipzig oft aufgefordert, antimuslimischen Rassismus von legitimer Islamkritik abzugrenzen. Diese Unterscheidung ist zweifellos möglich und wichtig. Jedoch ist es ein Zeichen dafür, dass die Wahrnehmung von AMR als Rassismus noch am Anfang steht, wenn oft zuerst geklärt werden muss, ob MuslimInnen vor rassistischer Diskriminierung

verteidigt werden sollten und ob dies an Vorbedingungen geknüpft werden sollte, die im Verhalten der Betroffenen liegen.

In der Uni, der Stadtverwaltung und auf der Straße

Es wäre überraschend, wenn sich das Ergebnis der Meinungsumfragen in der Lehre an der UNIVERSITÄT LEIPZIG gar nicht spiegeln würde. Tatsächlich schlugen bisher auch Lehrinhalte teilweise Brücken zu antimuslimischem Rassismus.

In diesem Semester bietet das politikwissenschaftliche Institut zum wiederholten Mal ein Seminar zu **DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB** von Thilo Sarrazin an, das von dem leitenden Dozenten als „streitbarer Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte“ betrachtet wird. Sarrazin wurde mehrfach wissenschaftlich nachgewiesen, dass er rassistisch und sozialdarwinistisch argumentiert. Im Seminar wird der Rassismus-Vorwurf aber (bisher) nicht inhaltlich sondern als Methode medialer Skandalisierung behandelt. Dem entspricht eine ausgesprochen selektive Literaturliste. Ein anderer Leipziger Professor titelte seine Antrittsvorlesung „Islamophobie oder Säkularisierung“. Er beschrieb die messbare Diskriminierung von MuslimInnen in der Schweiz als Ausdruck eines Schweizer Wunsches nach Säkularisierung. Beleg für die forschungsanleitende Annahme waren diskriminierende Gesetze gegen religiöse Minderheiten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, darunter gegen Jesuiten und Juden.



photo: cc flickr by medienmagazin.pro

Udo Ulfkotte in der LVZ : „Der Islam darf und wird in Europa unter Demokraten keinen Platz haben“



screenshots: pi-news.net

Das populäre rechtskonservative Webportal PI-News.net hetzt unablässig gegen muslimische Menschen, angeblich im Interesse der Meinungsfreiheit und anderer Menschenrechte.



photo: CC Flickr, getrud k, Ahmadya Moschee B.L.N

Derweilen hat es in Deutschland zwischen 2001 und 2011 mindestens 219 politisch motivierte, islamfeindliche Straftaten gegen Moscheen und andere Religionsstätten gegeben.

Viel eindeutiger lag der Fall als das Gründungsmitglied der rechtspopulistischen Partei DIE FREIHEIT, Felix Strüning, in Leipzig ein Seminar zum neutral angekündigten „Spannungsfeld zwischen Islamophobie und Kulturrelativismus“ anbot. Seinem Seminarplan zufolge plante er, in der letzten Sitzung seine eigene Position, der zufolge der Islam die größte Bedrohung des modernen Europas ist, darzulegen. Strüning begründete seine Parteiaktivität u. a. damit, dass er „die hart erkämpften Freiheiten unserer Gesellschaft bewahren und gegen totalitäre Ideologien wie den politischen Islam verteidigen“ wolle – ein populäres Argument jener sogenannten „Islamkritiker“, die sich selbst gern als Teil einer defensiven Bewegung sehen. Strüning ist Teil einer gut vernetzten, besonders im Internet aktiven Community, die sich selbst als „Islamkritiker“ bezeichnen und die gezielt und aggressiv gegen muslimische Europäer polemisieren. Als Bezeichnung für diese Gruppe wird „Islamkritiker“ in Anführungszeichen gesetzt und beschreibt dann Menschen dieser bestimmten rassistischen Ideologie (und nicht Islamkritik in Analogie zu Religionskritik). Strüning unterrichtet mittlerweile nicht mehr an der Universität Leipzig.

Ein weiteres Feld der Auseinandersetzung sind neonazistische Mobilisierungen: Im November 2012 demonstrierte die neofaschistische NPD unter dem eindeutigen Slogan „Islamisierung und Asylmissbrauch stoppen“ auch in Leipzig vor der Al-Rahman Moschee. Das Aktionsbündnis LEIPZIG NIMMT PLATZ mobilisierte zu einer Gegenveranstaltung. In der

Presse wurde die NPD-Aktion meist als die rassistische Veranstaltung gedeutet, die sie war. Das Polizeiaufgebot und die öffentliche Aufmerksamkeit waren vielleicht sogar größer als den 30 Demonstrierenden angemessen.

Anders ist die Lage bei den alltäglichen Diskriminierungen, denen MuslimInnen und vermeintliche Solche in Leipzig ausgesetzt sind. Auf der Straße können sich PassantInnen nur auf das muslimisch wirkende Äußere von Menschen beziehen, ein Kopftuch etwa oder arabisches Aussehen, das wiederum mit dem Islam in Verbindung gebracht wird. Für die Diskriminierungserfahrungen dieser Menschen fehlt öffentliche Wahrnehmung oder Protest oft ganz. So berichtete eine Frau, ihr sei am Hauptbahnhof das Kopftuch heruntergezogen worden. Einer anderen wurde mit einem Finger an ihrem Kopf ein Schuss angetäuscht. Ein Mann mit Bart wird mit „Bin Laden“ angesprochen. Solche Situationen erleben einige LeipzigerInnen regelmäßig. „Scheiße, noch eine davon“ wurde einmal über das Kind einer kopftuchtragenden Frau gesagt. Der Mord an Marwa El-Sherbini in einem Dresdner Gerichtssaal 2009 hat gezeigt, dass antimuslimischer Rassismus auch Formen tödlicher Gewalt annehmen kann. Das NETZWERK GEGEN ISLAMOPHOBIE UND RASSISMUS LEIPZIG arbeitet daran, schon den alltäglichen Erlebnissen von MuslimInnen öffentliche Wahrnehmung zu verschaffen, damit nicht länger Diskriminierungen, sondern der Protest dagegen zu Normalität wird.



photo: CC Wikimedia by Jasper Gattfick

Ein Transparent des rechtspopulistisch-rassistischen Vereins „Arbeit Familie Vaterland“, der 2008 vom parteilosen Bundestagsabgeordneten Henry Nietzsche gegründet wurde.



photo: linksmittel.indymedia.org

Neonazi Maik Scheffler verteilt antimuslimische Hetzplakate. Mit ihrer aktuellen Kampagne war die NPD auch schon in Leipzig „zu Gast“.



photo: cc flickr by oparazi photos / richard henning

Selbst an der Universität Leipzig werden Sarrazins rassistische Thesen als „streitbarer Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte“ aufgewertet.



RASSISMUS IN „UNS“

Warum wir uns so schwer damit tun, uns mit eigenen Rassismen zu beschäftigen

Von Anja Treichel
 Verband binationaler Familien und Partnerschaften

„Wichtig ist nicht, was man aus uns macht, sondern was wir aus dem machen, was man aus uns gemacht hat.“
 Jean-Paul Sartre

innen, die derartige Argumentationen (und Schlimmeres) tagtäglich erleben.^[2]

Abwehrmechanismen

Zur Schwierigkeit, Rassismus zu thematisieren, sagt der Psychologe Paul Mecheril: „Es gibt eine strukturelle Abwehr des Sprechens über Rassismuserfahrungen, die eine doppelte Abwehr ist: Diejenigen, die von Rassismus symbolisch und faktisch profitieren, haben eine selbstverständliche Scheu, Rassismus zu thematisieren, weil sie damit ihre symbolische und faktische Bevorzugung thematisieren müssen. Diejenigen auf der anderen Seite, die Rassismuserfahrungen machen, haben eine Scheu, in öffentlichen Kontexten Rassismus zu thematisieren, weil sie sich dann mit der Wirklichkeit ihrer Deprivilegierung auseinandersetzen müssten und dies zumeist in einem Kontext, der ihnen gegenüber nicht immer sehr freundlich gestimmt ist.“^[3]

Hinzu kommt, dass auch beim Thema Rassismuserfahrungen diejenigen, von denen der Rassismus ausgeht, glauben entscheiden zu können, ob ihre eigenen Handlungen und Gedanken diskriminierend/rassistisch sind. In der Regel überlassen sie die Entscheidung nicht denen, die die Diskriminierung erfahren. Eine schmerzliche Erfahrung zu machen ist das eine – wenn diese Erfahrung dann auch noch weggeredet wird mit dem Verweis auf die nicht-rassistische Absicht und die generell antirassistische Haltung desjenigen, von dem der Rassismus ausgeht, so setzt sich die Diskriminierung auf neuer Stufe fort.

„Worüber man ... nicht diskutieren sollte, sind die Rassismuserfahrungen und -wahrnehmungen der Betroffenen ... Denn das ist gerade das Perfide: Man weiß eben oft nicht genau, ob rassistische Einstellungen die Ursache für ein bestimmtes Verhalten sind, aber man fragt es sich jeden Tag und immer wieder neu: „Hat der Nachbar mich schief angesehen, weil er schlechte

Diskurse über Rassismus sind oft schwierig und sperrig. Meist geht es um den Rassismus der anderen, um die Ideologien von Neonazis und denen, die ihnen nahestehen. Zu selten wird der Blick darauf gerichtet, wie sehr rassistische Denkmuster und Handlungen im Alltagsleben verankert sind. Trotz vermehrt durchgeführter Studien^[1] und immer lauter und selbstbewusster werdender Stimmen derer, die selbst Rassismus erfahren, ist nicht erkennbar, dass deren Perspektive, im Mainstreamdiskurs ankommt. Der Reflex, Rassismus bei den anderen zu suchen, setzt mit großer Regelmäßigkeit immer dann ein, wenn versucht wird, den Blick nach innen zu richten – sei es nun auf die Gesamtbevölkerung, Organisationen und Institutionen, Individuen oder eine Stadtgesellschaft.

Leipzig ist da keine Ausnahme: zu sehr ist das Selbstbild im Rathaus und in den lokalen politischen Eliten von der Vorstellung geprägt, dass Leipzig im Gegensatz zu allem, was drumherum liegt, weltoffen und fortschrittlich sei. Sicher gibt es Unterschiede zwischen beispielsweise Wurzen, Borna und dem Erzgebirgskreis auf der einen Seite und Leipzig auf der anderen Seite – allein schon durch die Zusammensetzung der Bevölkerung. Aber dies sollte den Blick nicht dafür verstellen, sich mit dem strukturellem Rassismus auseinanderzusetzen, der auch von Leipziger Ämtern und Behörden ausgeht und vor allem mit dem Alltagsrassismus in der Stadtbevölkerung. Alltagsrassismus wird nicht erst dann zum Problem, wenn die Gewaltschwelle überschritten wird. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Debatte zu den Standorten für die Unterkünfte für Asylsuchende, deren Heftigkeit bei Vielen auf Überraschung stieß – nicht jedoch bei den Migrant_

[1] Brandneu: die Studie „Die Mitte im Umbruch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung von Elmar Brähler und Oliver Decker.

[2] Siehe dazu den Artikel in dieser Broschüre auf Seite 12.

[3] Mecheril, Paul: Die Normalität des Rassismus, überarbeitetes Transkript eines Vortrages auf der Sitzung des IDA-NRW Beirats im MGFFL am 15. Mai 2007.

Laune hat, weil er ein Rassist ist oder weil er ... Angst vor mir hat? Rassismuserfahrungen – aber auch deren Leugnung – sind immer auch individuelle Erfahrungen und haben sehr viel mit Wahrnehmung zu tun.^[4]

Vor allem die Aussage „Aber ich meine es doch nicht rassistisch ...“ ist eine ungeeignete Rechtfertigung. Gut gemeint heißt nicht gut gemacht – das weiß jedes Kind, dessen Mutter findet, es solle bei 20 Grad Außentemperatur eine warme Jacke anziehen.

Dass aber Rassismus ein gesellschaftliches Verhältnis ist, das von Individuen und Gruppen immer wieder reproduziert wird, beschreiben Annita Kalpaka und Nora Räthzel: „Daß Rassismus keine böse Absicht ist, sondern eine Lebensform, ein Bestandteil unserer kulturellen Identität und unserer ideologischen Vergesellschaftung, ist eine nüchtern zu treffende (wenn auch schmerzliche) Erkenntnis.“^[5] Leider bleibt an dieser Stelle kein Platz, um Belege für diese Aussage anzuführen – die Lektüre des Werkes „Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“ bietet hierfür exzellenten Lesestoff. Wenn auch einige Kapitel aufgrund des Erscheinungsdatums (Anfang der 1990er Jahre) ein wenig überholt sind, ist die grundlegende Argumentation heute so aktuell wie damals. Paul Mecheril geht weiter und beschreibt, wie sich dieses Verhältnis auswirkt: „... diese Zugehörigkeitserfahrungen in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft haben nicht allein etwas mit Teilhabemöglichkeiten zu tun, sondern sind Erfahrungen, die sich in die Körper einschreiben. Es sind Erfahrungen, die die Grenzen zum Leib gewissermaßen überschreiten und dadurch zu einem Habitus werden.“^[6]

Aufgeklärt reden, diskriminierend handeln

Wie aber kann man erklären, dass diese schmerzliche Erkenntnis so langsam ins Bewusstsein der Menschen dringt? Es will doch niemand ein Rassist sein (doch, sicher, ganz wenige schon). Folglich benutzt man Ab-

wehrstrategien, wenn eigene Rassismen thematisiert werden. Wie bereits gesagt, wird die eigene nicht-rassistische Grundhaltung sehr oft angeführt, um zu zeigen, dass man gar nicht imstande sei, rassistische Zuschreibungen vorzunehmen. Hier treffen wir nun auf ein Problem: Hinter den nach Außen bekundeten Haltungen liegen nämlich noch andere „Beliefs“, gelernte Glaubenssätze, implizite Werte und Normen – eben solche „in die Körper eingeschriebenen Erfahrungen“. Durch das Modell zu Handlungstheorien von Argyris und Schön lässt sich dies sehr gut darstellen.^[7] Argyris und Schön unterscheiden zwei Arten von Handlungstheorien: Die nach Außen vertretene, bekundete Theorie (espoused theory) und die handlungsleitende Theorie (theory-in-use). Die bekundete Handlungstheorie ist die Handlungstheorie, die der Handelnde zu benutzen glaubt. Sie ist meist expliziert und kann leicht wiedergegeben werden (z.B. „Ich lehne jede Form von Rassismus ab.“). Die handlungsleitende Theorie ist die im Alltag tatsächlich wirksame Handlungstheorie, die implizit ist und daher nicht wiedergegeben werden kann. Die bekundete Theorie und die handlungsleitende Theorie desselben Individuums, derselben Organisation oder Gruppe weisen oft Unterschiede auf, die von diesen selbst unerkannt bleiben, durch eine entsprechende Außensicht aber wahrgenommen werden. Da es einfacher ist, die bekundeten Theorien zu modifizieren, werden diese oberflächlich immer wieder angepasst, ohne die dahinter liegenden Glaubenssätze/Beliefs anzutasten. Deren Änderung verlangt nicht nur die Aneignung neuen Wissens, sondern erfordert eine Beschäftigung mit den eigenen „Leichen im Keller“ und mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, mit dem eigenen Habitus, mit zwischenmenschlichen Dominanzverhältnissen.

Hohe Ansprüche und ausgeklügelte Ausarbeitung der eigenen (bekundeten) Werte und Normen schützen davor, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Man kann sagen, dass zu gelten scheint „Je antirassistischer meine

[4] Treichel, Anja: Sachsen weltoffen – mehr als nur ein Programmtitle? Aus: Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini. Opferberatung des RAA Sachsen e.V., S. 225.

[5] Kalpaka, Annita und Räthzel, Nora (Hrsg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Rassismus in Politik, Kultur und Alltag. Dreisam – Verlag Köln, 1. Auflage 1994, S. 9.

[6] Mecheril, Paul: Die Normalität des Rassismus, überarbeitetes Transkript eines Vortrages auf der Sitzung des IDA-NRW Beirats im MGFFL am 15. Mai 2007.

[7] Chris Argyris, Donald A. Schön: Die lernende Organisation, 3. Aufl., Klett-Cotta 2008.

bekundete Handlungstheorie, desto unangreifbarer bin ich“ – was ein Erklärungsansatz dafür wäre, warum gerade erklärte Antirassist_innen sich so schwer damit tun, auf sich selbst zu schauen. Sie scheinen gegen jegliches rassistisches Verhalten immun zu sein aufgrund der ideologischen Firewall in ihrem Kopf. „Ich kann nicht rassistisch sein, weil ich auf der richtigen Seite stehe.“ ist eine problematische Haltung. Wenn man aber davon ausgeht, dass der Rassismus, wie im Eingangszitat beschrieben, in dieser Gesellschaft quasi mit der Muttermilch aufgesogen wird, erfordert es mehr als theoretische Kenntnisse und Bekenntnisse, die eigenen Rassismen zu überwinden. Es erfordert vielmehr den Mut, das eigene Verhalten immer wieder in Frage zu stellen und stellen zu lassen, ohne gleichzeitig in eine demütige Haltung „wir sind rassistisch und deswegen trauen wir uns nicht, laut zu sein und unsere Standpunkte zu äußern“ zu verfallen. Weiterhin ist es notwendig, sich auch auf der strukturellen Ebene mit Herrschafts- und Dominanzverhältnissen und deren Auswirkungen auf sich selbst zu beschäftigen.

Der Antirassismus, wie er in Deutschland (so auch in Leipzig) von Organisationen, losen Gruppenzusammenhängen und Individuen vertreten wird, ist überaus stark von der Initiative weißer Mehrheitsdeutscher getragen. Gelegentlich jedoch ergeben sich Kooperationen und Interaktionen mit Gruppen und Personen, die nicht-weiß und/oder nicht-deutsch sind oder aber einen wie auch immer zu definierenden Migrationshintergrund haben. Da aber die antirassistische Bewegung eine überaus große innere Homogenität aufweist und dadurch unhinterfragte gemeinsame Werte und Normen teilt, die anders als durch eine akademische, weiße und deutsche Sozialisation nicht erreichbar sind, bildet sich eine Art „closed shop“. Dieser bleibt für Menschen, die diese Sozialisationskriterien nicht erfüllen können, schwer zugänglich. Inklusion als politisches Ziel ist also nicht nur eine Aufgabe für die Gesamtgesellschaft, sondern stellt auch für politisch und

sozial engagierte Subsysteme große theoretische und praktische Herausforderungen dar.

Selbstkritische Beobachtungen

Um die eigenen Handlungen und handlungsleitenden Theorien und die dahinter liegenden Glaubenssätze erkennen zu können, müssen wir uns dem Risiko des direkten Kontaktes auf Augenhöhe mit denjenigen aussetzen, die Diskriminierung und rassistisches Verhalten erleben. Wir laufen Gefahr zu erkennen, dass wir trotz jahrelanger Beschäftigung mit dem Thema insgeheim daran glauben, anderen überlegen zu sein, die „noch nicht so weit sind wie wir“. Dass wir an etwas glauben, was wir nicht für möglich gehalten hätten: dass wir (als weiße akademische Mittelschicht) eine höhere Stufe der menschlichen Entwicklung erreicht haben und, viel schlimmer, dass das allein unser Verdienst ist. Nach dem Schreck, der dieser Erkenntnis folgt sowie der leichten Schockstarre, sind wir bereit zu fragen: Wie konnte es dazu kommen? Was tun wir als nächstes? Wie können wir die Einschreibungen in unsere Körper erkennen und verändern? Was wird aus unseren emanzipatorischen Bestrebungen? Wir werden dann ziemlich unsicher – immerhin bricht unser Selbstbild in Teilen in sich zusammen – bis wir wieder Boden unter den Füßen spüren.

Wir stellen plötzlich Ausschlussmechanismen in Gruppen fest, in denen wir uns früher gut aufgehoben gefühlt haben: bei „Unseresgleichen“. In diesem Prozess spüren wir plötzlich Fremdheitsgefühle unseren besten Freund_innen gegenüber. Unser Freundeskreis erfährt plötzlich eine Veränderung: wir schwelgen nicht mehr im unausgesprochenen Konsens. Wir fragen plötzlich nach, wo früher Andeutungen gereicht haben, um ein wissendes Nicken der Runde hervorzurufen. Wir fragen uns, wie wir unser Verhältnis zu den „anderen“ gestalten können, ohne zu verkrampfen, ohne ständig daran zu denken, dass wir vielleicht rassistisch sein

könnten. Wir wünschen uns neue Rezepte und suchen vielleicht nach anderen Büchern, lernen andere Menschen kennen, beschäftigen uns mehr mit den Menschen, als dass wir – der Wissenschaftstradition Europas folgend – Theorien über sie aufstellen. „Für die Weiße, die wissen möchte, wie sie meine Freundin sein kann. Erstens: Vergiss, dass ich schwarz bin. Zweitens: Vergiss nie, dass ich schwarz bin.“ Dieser Satz von Pat Parker mit Kultstatus bringt es auf den Punkt: Ich möchte nicht darauf reduziert werden, schwarz zu sein. Aber bitte erkenne an, dass du durch ein gesellschaftliches Dominanzverhältnis mit mehr Privilegien ausgestattet bist als ich.

Eine mögliche Folge der Erkenntnis kann darin bestehen, sich schlecht zu fühlen und in ein Weißsein zu fliehen, in dem die eigene Person scheinbar aus den Machtverhältnissen herauskatapultiert wird – in Versuche, den „weißen“ Teil der Identität abzulehnen bzw. abzulegen. Dies kann auf mehrere Arten passieren:

1. Durch die Exotisierung der „fremden Anderen“, wie zum Beispiel durch das Tragen von „ethnisierter“ Kleidung und die (Über-)Identifizierung mit „nichtweißen“ Lebensformen. Nicht nur, dass diese Haltung von positivem Rassismus getragen wird und von denjenigen, die in den jeweiligen „nichtweißen“ Lebensformen sozialisiert wurden, meist mit Kopfschütteln quittiert wird. Auch der ansocialisierte Rassismus verschwindet dadurch nicht. Sicher, der Impuls, nicht zu „denen“, die anderen rassistisch entgegentreten, dazugehören zu wollen, ist verständlich. Jede_r, die mal als Tourist_in in einem Land gewesen ist, in dem sich Menschen, die denselben Nationalpass haben wie man selbst, peinlich benommen haben, kann diesen Impuls nachvollziehen.

2. Durch die Überhöhung von Anteilen der eigenen Identität, in der man selbst von Ausschlussmechanismen betroffen ist. Beispielsweise, wenn sich eine weiße Frau das Recht nimmt, männliche Muslime pau-

schal abzuwerten, weil diese aus ihrer Sicht eine patriarchale Gesellschaft favorisieren.^[8] Die Abschaffung dieser Diskriminierungsstruktur, die sie in ihrem eigenen Herkunftskontext nicht erreicht, und ihren angeblichen Kampf dagegen, verlagert sie auf die „anderen“, vermeintlich rückständigeren Gesellschaften.

3. Durch verkürzte Kritik an Nationalismus und Eurozentrismus. Aus der zutreffenden Analyse, dass nationale Zugehörigkeit und Identität aus sozialen Konstrukten hervorgehen, wird gefolgert, dass solche Zugehörigkeiten einfach abgelehnt oder abgelegt werden könnten. Dabei wird jedoch unterschätzt, wie wirkungsmächtig diese Konstrukte in der Praxis sind und in welcher Weise sie bestimmte Gruppen von Staatsbürger_innen mit Machtpositionen und Privilegien ausstatten. Solche Privilegien bestehen freilich unabhängig davon, ob ihre Inhaber_innen nun glühende Verfechter_innen nationaler Werte sind oder diese komplett ablehnen.

Eine Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien innerhalb der bestehenden Machtkonstellationen abseits eines Täter-Opfer-Schemas findet heutzutage im Rahmen der „kritischen Weißseinsforschung“ statt. Erfahrungsorientierte Seminare zu diesen Themen erreichen diejenigen, die an dem Punkt stehen, an dem sie sich fragen, wie es weiter geht und welche alternativen und praxistauglichen Ansätze aus der Sackgasse des verbalsprachlichen, weißen, akademischen Antirassismus herausführen können. Diejenigen aber, die darauf beharren, eine entsprechend bekundete Grundhaltung reiche aus, um ihr Verhalten unangreifbar zu machen, werden davon wohl in absehbarer Zeit nicht erreicht werden. Aber es lohnt sich, diese Ansätze weiter zu verbreiten und darüber zu diskutieren, wie die Bekämpfung des Alltagsrassismus unter Einbeziehung einer Perspektive „kritischen Weißseins“ zu werkstelligen ist.

[8] Siehe hierzu: Munsch, Chantal u.a. (Hrsg.): Eva ist emanzipiert, Mehmet ist ein Macho: Zuschreibung, Ausgrenzung, Lebensbewältigung und Handlungsansätze im Kontext von Migration und Geschlecht, Beltz Juventa Verlag, 2007.

RASSISMUSFREIE UND MACHTKRITISCHE KINDERBÜCHER SIND MANGELWARE

„Würden sie dieses Buch einem *schwarzen* Kind vorlesen?“

Von Madeleine Rau

„Guten Tag. Ich suche ein Lesebuch für die 1. Klasse, in denen nicht nur *weiße*^[1] Kinder vorkommen. Können Sie mir weiterhelfen?“ Die Mitarbeiterin der Leipziger Stadtbibliothek reagiert mit einem stummen Blick. Stille. Verunsicherung in ihren Augen. Sie sammelt sich und antwortet: „Naja, wir haben hier Bücher über Afrika und noch einige, in denen es um Adoption geht.“



[1] In diesem Artikel werden die Begriffe *weiß* und *schwarz* kursiv gesetzt, um anzuzeigen, dass damit keine tatsächlichen »Hautfarben« gemeint sind, sondern soziopolitische Identitäten und Kategorien, die maßgeblich durch das Nicht-/Erfahren von Rassismus bestimmt sind.

[2] Liste mit Beispielen siehe Infokasten.

[3] Der Titel der Veranstaltung lehnt sich an eine Publikation aus dem Jahr 1981 an: R. / Preiswerk, R. (Hrg.) Renschler: Das Gift der frühen Jahre. Rassismus in der Jugendliteratur, Lenos, Basel. Im Unrast-Verlag erschien vor kurzem: Wollrad, Eske (2012): Das Gift der frühen Jahre: Rassismus und Weiße Dominanz in Kinderbüchern, Münster: Unrast. Ein Interview zum Thema ist nachzuhören unter freieradios.net/44006

Damit hat sie die beiden Sorten deutschsprachiger Kinder- und Jugendliteratur genannt, in denen *schwarze* Menschen fast ausschließlich vorkommen. *Schwarze* deutsche Leser_innen leben aber in Leipzig oder Dresden und nicht in Accra oder Conakry. Die meisten von ihnen wurden nicht adoptiert. Positive Identifikationsfiguren aus ihrer realen Erfahrungswelt fehlen auf dem deutschen Büchermarkt – mit wenigen Ausnahmen.^[2] Denn die Welt, die in Kinderbüchern oft entworfen wird, ist meist *weiß*, blond und deutsch, sie erzählt von Susanne, Thorsten und Conny. Dieses Bild entspricht aber nicht der gesellschaftlichen Realität – und diese Realität wird in den Verlagen noch nicht wahrgenommen.

Kaum positive Identifikationsfiguren für nicht-*weiße* Kinder

Ist das rassistisch? Ja, ist es: „Kinderbücher sind nicht erst dann rassistisch, wenn sie Kinder mit dunkler Hautfarbe oder solche mit einem bestimmten Migrationshintergrund herabwürdigend darstellen, sondern sie sind auch dann rassistisch, wenn sie eine Welt zeichnen, in der nur *Weiße* Menschen einer Kultur vorkommen“, formuliert Dr. Eske Wollrad zutreffend. Die Referentin für Gerechtigkeit und gesellschaftliche Verantwortung beim Bundesverband Evangelische Frauen in Deutschland e.V. wurde Ende vergangenen Jahres vom Antidiskriminierungsbüro Sachsen nach Leipzig eingeladen. In der Universitätsbibliothek Leipzig hielt sie einen Vortrag mit dem Titel „Das Gift der frühen Jahre. Rassismus in Kinderbüchern.“^[3] Auch

sie stellt fest: Die schöne Prinzessin im Bilderbuch mit dem tollen Schloss – sie ist immer *weiß*. Der nette Arzt, der dem kleinen Jungen hilft – er ist immer *weiß*. Auch das Mädchen, das stolz ihre Schultüte trägt – es ist *weiß*. Das hat fatale Auswirkungen sowohl auf *weiße* als auch auf *schwarze* Kinder und ihre Vorstellung der eigenen Position. Aktuelle Studien belegen, dass Kinder bereits im Alter von drei Jahren eine Race-Consciousness (Anm. d. A. Im angloamerikanischen und englischsprachigen Raum wird der Begriff »race« eher als eine soziale Analysekategorie und als (Selbst-)Bezeichnung im Sinne eines subjektiven Zugehörigkeitsgefühls zu einer bestimmten Community genutzt wird. Das bedeutet jedoch nicht, dass der englische Begriff »race« damit unproblematisch ist – ebenso wenig wie die Ersetzung des Begriffs »Rasse« durch »race«.) entwickelt haben. Besonders Bücher sind neben TV und Werbung ein nicht zu unterschätzendes Medium bei der Vermittlung rassistischen Wissens: „Kinder sind empfänglich für Macht- und Hierarchiebotschaften. Diese Erziehungsbotschaften vermitteln das ‚So-Sein‘ der (sozialen) Welt.“^[4]

Reproduktion rassistischen Wissens auch in Neuauflagen und -erscheinungen

Die Worte von Eske Wollrad sprechen auch diejenige Sorte deutschsprachiger Kinder- und Jugendbücher an, in denen Nicht-*Weiße* diskriminiert und rassialisiert^[5] werden. Jedes Jahr werden sie in Deutschland neu oder wieder aufgelegt und landen in Buchhandlungen, Bibliotheken, Schulen – und im Kinderzimmer. Deutschsprachige Bücher, in denen *schwarze* Menschen einfach-nur-so vorkommen, sind Mangelware.^[6] Wenn sie dargestellt werden, dann meist in problematischer Weise. Der Klassiker: Pippi Langstrumpf. *Schwarze* Menschen werden hier nicht nur mit dem N-Wort verletzend bezeichnet^[7], sondern auch „als stumme, handlungsabhängige Figuren konstruiert“^[8], die lügen und unterwürfig sind. Die Darstellung knüpft an koloniale Bilder an. Auch „Rassentheorien“ sind nicht aus Kin-

derbüchern verschwunden. In der Neuauflage des Kinderlexikons „VON ANTON BIS ZYLINDER“ (BELTZ) von 2008 werden unter dem Buchstaben „M“ noch „Menschenrassen“ erklärt. Zwanzig Exemplare liegen frisch gedruckt in einer Buchhandlung im Leipziger Hauptbahnhof. „Würden sie dieses Buch einem schwarzen Kind vorlesen?“ Die Verkäuferin weicht ruckartig drei Meter zurück. Aus sicherer Entfernung sagt sie dann: „Da müssen sie sich an den Verlag wenden“ und eilt davon.

Rassismus in vermeintlich vorurteilsbewussten Büchern: Texte und Bilder machtkritisch lesen

Doch es ist zu kurz gegriffen, sich allein mit Büchern zu beschäftigen, die offensichtlich rassialisierende Bilder (re)produzieren. Eske Wollrad stellte in

diesem Zusammenhang in einem Workshop in Leipzig eine Liste mit Prüffragen zur Beurteilung von Kinderbüchern im Hinblick auf Rassismus vor. Damit ist es möglich, diskriminierende Inhalte zu erkennen, die auf den ersten (*weißen*) Blick unproblematisch erscheinen. Erkenntnisreich sind zum Beispiel folgende Fragen: Aus wessen Perspektive wird die Geschichte erzählt? Welche Rolle nehmen *schwarze* Personen oder People of Color ein? Sind sie Held_innen der Geschichte und nicht nur Randfiguren oder Opfer? Sind Sie aktiv, problemlösend, bewundernswert und nicht passiv und bemitleidenswert? Unterzieht man Kinder- und Jugendbücher dieser Analyse, fällt auf, dass auch Geschichten, die antirassistisch und vorurteilsbewusst sein wollen, mitunter genau das Gegenteil tun: Die Sorte Buch, in denen „Anderssein“ thematisiert wird und ein Othering^[9] von Figuren meist über Äußerlichkeiten voll-

[4] Eggers, Mareen Maisha (2012): Gleichheit und Differenz in der frühkindlichen Bildung - Was kann Diversität leisten? In: Heinrich Böll Stiftung: DOSSIER Diversität und Kindheit. Frühkindliche Bildung, Vielfalt und Inklusion, S.10., www.boell.de/downloads/2012-09-Diversitaet-Kindheit.pdf

[5] Im Artikel werden die Begriffe rassialisiert/rassialisierend/Rassialisierung verwendet, um erstens Konstruktionsprozesse zu bezeichnen, die der Ideologie des Rassismus folgen und zweitens um die soziale Gemachtheit der Kategorie »Rasse« zu verdeutlichen.

[6] Vgl.: Wollrad, Eske (2011): Kinderbücher. Koloniale Echos – Rassismus in Kinderbüchern. In: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Unrast, Münster, S. 379-389.



Abbildungen: © 2010 Bibliographisches Institut / Sauerländer, Mannheim

Unser Kinderbuchtipp: „Du gehörst dazu: Das große Buch der Familien“, erschienen im Sauerländerverlag.

[7] Der Oetinger Verlag hat sich nach jahrzehntelangem Protest erst 2009 dafür entschieden, das „N-Wort“ aus den Neuerscheinungen zu streichen. Zum „N-Wort“ vgl. u.a. Kilomba, Grada (2009): Das N-Wort. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Afrikanische Diaspora in Deutschland, www.bpb.de/gesellschaft/migration/afrikanische-diaspora/59448/das-n-wort?p=all

[8] Eggers, Maureen Maisha (2008): Pippi Langstrumpf - Emanzipation nur für *weiße* Kinder? Rassismus und an (*weiße*) Kinder adressierte Hierarchiebotschaften.

[9] Der Begriff „Othering“ beschreibt einen Prozess der Konstruktion und Imagination der »Andersheit« der »Anderen«, womit Personen oder Gruppen durch rassialisierte Zuschreibungen in ihrem »Anderssein« fixiert und damit machtvoll zu Geanderten gemacht werden, vgl. Eickelpasch, Rolf/Rademacher, Claudia (2004): Identität. Bielefeld: 81.

[10] www.facebook.com/#!/groups/297407820294171

zogen wird. Oft ist die Botschaft, dass das „Andere“ wo anders – aber nicht hier – seinen Platz habe oder dass erst dann Harmonie besteht, wenn alle gleich sind – auch äußerlich. Problematische Botschaften wie diese finden sich exemplarisch in „ALS DIE RABEN NOCH BUNT WAREN“ (THIENEMANN-VERLAG) oder „DIE BLAUE WOLKE“ (DIOGENES) oder „DAS SCHWARZE HUH“ (NORD-SÜD-VERLAG).

Aktiv werden für bessere Bücher: Kritik öffentlich kommunizieren

Um diese Erzählstruktur erkennbar zu machen, hat der VERBAND BINATIONALER FAMILIEN UND PARTNERSCHAFTEN E.V. in diesem Jahr in Leipzig die Veranstaltung „Empowerment durch Lesen. Diskriminierungsfreie Bücher für alle“ angeboten. Vor Ort wurden mit Eltern Bücher kritisch besprochen. Anschließend hat RADIO ZWISCHENRAUM dem Thema eine eigene Sendung gewidmet. Aus diesen Aktivitäten ist schließlich die Online-Plattform „EMPOWERMENT DURCH LESEN“^[10] entstanden. Vernetzt über eine FACEBOOK-

Gruppe stellen Menschen dort einerseits diskriminierungsfreie (Vor)Lesetipps vor. Auf der anderen Seite soll auf Bücher aufmerksam gemacht werden, die diskriminierende Inhalte enthalten, um mehr Bewusstsein für Diskriminierung durch und in Kinder- und Jugendbüchern zu schaffen und der Verbreitung dieser entgegenzuwirken. Diese Gruppe ist keine reine Linkliste – denn nur durch den kritischen Austausch über die Bücher können problematische Inhalte und Botschaften erkannt werden. Die Gruppe soll darüber hinaus Formulierungsangebote liefern, um sich explizit an Verlage, Online-Versandhäuser, Buchhändler_innen, Autor_innen, Bibliotheken, Schulen und Kitas zu richten. Denn Kritik – ebenso wie Lob – muss besonders außerhalb bestimmter rassismuskritischer Communities gehört werden. Erst dann ist es möglich, dass der *weiß* dominierte deutschsprachige Buchmarkt reagiert. Dann kommen hoffentlich endlich Bücher in Kinderzimmer, in denen *schwarze* Kinder die Hauptrolle spielen, von ihrem alltäglichen Leben in einer deutschen Stadt erzählen – ohne Stereotype, ohne die Botschaft, „anders“ oder fremd zu sein.

EMPFEHLENSWERTE KINDER- UND JUGENDLITERATUR

- „Erstaunliche Grace“, Alibaba Verlag
- „Einfach irre!“, Beltz & Gelberg
- „Wie werde ich Geheimagent“, Tessloff
- „Leo und Lucy“, Oetinger
- „Tinto“, Cornelsen
- „Redaktion Wadenbeißer“, Kosmos
- „Ein Hoch auf Oskar“, Calsen
- „Du gehörst dazu: Das große Buch der Familien“, Sauerlaender (siehe Abb.)
- „Groß, Klein, Dick, Dünn. Ich mag mich wie ich bin“, Gabriel

Weitere Bücher unter www.kinderwelten.net





FIGHT FOR YOUR RIGHT TO PARTY

Rassismus im Leipziger Nachtleben

Von Daniel Bartel
Antidiskriminierungsbüro Leipzig

Im Oktober 2011 testeten das Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB) und der StudentInnenRat der Universität Leipzig (StuRa) verschiedene Leipziger Diskotheken auf rassistische Einlasskontrollen. Die Frage lautete: Haben „nicht-deutsch“ aussehende Gäste die gleichen Chancen in die Disko zu kommen wie weiße Deutsche? Die Antwort war erschütternd. In mehr als der Hälfte der Fälle (sechs von elf Clubs) wurde den „nicht-deutschen“ Testern der Eintritt verweigert während die mehrheitsdeutschen Vergleichspersonen durchgewunken wurden.^[1]

Dieses Ergebnis bestätigt eine Alltagserfahrung vieler Menschen, denen eine nicht-deutsche Herkunft zugeschrieben wird: Anders als für ihre mehrheitsdeutschen Freund_innen kann die Partynacht für sie bereits an der Tür zu Ende sein. Nicht immer und nicht überall, aber mit verletzender Regelmäßigkeit. Das rassistische Motiv der Abweisung wird dabei oftmals nicht offen ausgesprochen, sondern durch Alibiargumentationen wie Privatparty, falscher Dresscode, zu kurze Restlaufzeit des Visums etc. verdeckt. In einigen Fällen wird den abgewiesenen Gästen nicht einmal eine Erklärung angeboten.

Das Phänomen selbst ist nicht neu. Ein Test des Stadtmagazins KREUZER und des damaligen Referats des Ausländerbeauftragten aus dem Jahre 1998 sowie zwei Testings des ADB aus den Jahren 2006 und 2008^[2] zeigen, dass mitunter Disko-Locations und Betreiber_innen wechseln, rassistische Einlasskontrollen aber ein zeitstabiles und strukturelles Problem und damit fester Bestandteil des Leipziger Nachtlebens sind.

Die Security ist nur ein Teil des Problems – die rassistische Logik und andere Akteur_innen

Die faktische Abweisung aus rassistischen Gründen an der Tür ist dabei nur der greifbare Ausdruck einer

sehr viel breiter verankerten alltagsrassistischen Handlungslogik, die zugleich weit über die konkreten Securitymitarbeiter_innen hinausgeht.

Im Kern geht es oftmals um den rassistisch-sexistischen Kurzschluss, dass Männern, denen v. a. eine südeuropäische, arabische oder afrikanische Herkunft zugeschrieben wird, per se ein höheres Gewaltpotential besitzen oder sich im Club übergriffig verhalten könnten.

Diese Variante der „Bestimmte-Migrantengruppen-sind-ein-Problem“-Argumentation ist nach wie vor salonfähig genug, um auch öffentlich präsentiert zu werden. Sie wird von Teilen der Clubbetreiber_innen, des mehrheitsdeutschen Partypublikums und Verantwortlichen der Stadtverwaltung benutzt und in offiziellen Materialien zur Vorbereitung auf die Prüfung zum Türsteher verbreitet.^[3]

Ein anderer, in der Realität nicht minder einflussreicher Beweggrund, demzufolge „zu viele Ausländer“ ein existent gefährdendes Imageproblem für einen Club bedeuten, wird hingegen eher hinter vorgehaltener Hand genannt. Offiziell klänge das zu sehr nach „das Boot ist voll“ und widerspräche der Eigenvermarktung als „weltoffen“ und „international“, wofür oftmals DJ_anes und Stammgäste als Beweis angeführt werden.

Begünstigt wird die diskriminierende Praxis auch durch den emotional fest verankerten mehrheitsdeutschen Glaubenssatz, dass rassistische Diskriminierung nicht existiert. Auch trotz Vorlage konkreter Beispiele wird die bloße Möglichkeit einer Diskriminierung vehement bestritten – vielleicht ein Mißverständnis, vielleicht ein bedauerlicher Einzelfall, wahrscheinlich gab es gute Gründe. In Bezug auf das Diskotesting steigerte sich die Abwehr teilweise in die aggressive Umkehrung der Verhältnisse, dass die diskriminierenden Abweisungen provoziert worden seien. So werden aus Betroffenen Täter gemacht. Diese Handlungslogik zeigt sich in der Praxis in unterschiedlichen Formen. Drei Beispiele: >>>

Wenn es mal wieder länger dauert an der Clubtür könnten rassistische Einlasskontrollen der Grund dafür sein – diese sind trotz Klagen gängige Praxis in vielen Leipziger Clubs.

[1] Protokoll des Testings: www.adb-sachsen.de/protokoll_diskotesting.html

[2] www.adb-sachsen.de/media/documents/1328885511.pdf

[3] U. Jochmann & J. Zitzmann (2008): Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe. Sachkundeprüfung gemäß § 34 a GEWO. Boormann Verlag: München. S.73 ff.

[4] www.adb-sachsen.de/media/documents/1328884582.pdf

[5] www.adb-sachsen.de/media/documents/1335951402.pdf

[6] www.adb-sachsen.de/media/documents/1337680338.pdf

[7] Alpenmax stimmt einer Schulung zu (LVZ, 26.09.2012, S.11).

[8] www.adb-sachsen.de/aktuel_verhandl.html

1. Die rassistische Praxis beginnt unterhalb der Abweisung

Auch in Clubs und Situationen, in denen es nicht zu einer Abweisung kommt, gibt es Rassismus. Ein Beispiel aus dem Testing vom Herbst 2011: Vor einem Club hat die Security bereits den Feierabend antizipiert. Sie stand ein wenig abseits vor dem Club und rauchte. Als sie die „nicht-deutschen“ Tester kommen sahen, warfen sie die Zigaretten weg und eilten in den Club zurück. Anschließend wurden die Tester eindringlich begutachtet und mehrfach von oben bis unten gemustert. Die unmittelbar hinter ihnen stehenden mehrheitsdeutschen Vergleichspersonen hingegen wurden keines Blickes gewürdigt. Am Ende wurden beiden Gruppen eingelassen.

2. Andere Gäste wissen um diskriminierende Einlasskontrollen und tun nichts

Diskriminierende Einlasskontrollen finden nicht im luftleeren Raum statt – sie geschehen in der Öffentlichkeit, oftmals vor den Augen anderer Wartender. Betroffene fühlen sich beobachtet und bewertet, hoffen vielleicht auf Unterstützung.

Im Rahmen des Testings gab es in mehreren Diskriminierungssituationen scheinbar unbeteiligte Dritte. In allen Fällen sahen und hörten sie weg. Niemand tat oder sagte etwas. In einem Fall wies eine am Testing beteiligte mehrheitsdeutsche Person deutlich auf die Diskriminierung hin und forderte die Zeug_innen zum Handeln auf: „Hier werden rassistische Einlasskontrollen durchgeführt. Hier gehe ich nicht rein! Überlegt euch, ob ihr hier feiern wollt!“ Dann ging er – niemand folgte seinem Beispiel.

3. Keine Entschuldigung, keine sichtbare Veränderung

In einigen Fällen entscheiden sich Betroffene zu einer Beschwerde beim Club. In der Regel erhalten sie entweder keine Antwort oder die Auskunft, dass der konkrete Einzelfall nicht nachvollziehbar sei und dass es andere Gründe für die Abweisung gegeben habe müsse, denn man sei nicht ausländerfeindlich (sic!). Aus Betroffenenperspektive ist beides unbefriedigend und wird nicht selten als eine zweite Verletzung ihrer Würde erlebt. Ähnlich fielen auch die Reaktionen der negativ getesteten Clubs aus als sie um eine Stellungnahme zu den

Ergebnissen gebeten wurden: Nur zwei Clubs meldeten sich überhaupt und diese kamen über allgemeine Statements und Gesinnungsbekundungen, denen auch eine Empörung über die Beschwerden zu entnehmen war, nicht hinaus. Sichtbar und verbindlich Verantwortung für eine Veränderung hat kein Club übernommen.

Was tun? Rückblick und Zwischenstand: Am Anfang war der Dialog ...

In den letzten Monaten gab es eine Reihe von Gesprächen - mit Clubbetreiber_innen, Verantwortlichen der Stadtverwaltung, Politiker_innen auf kommunaler und Landesebene, Kammern und Interessenverbänden (IHK, DEHOGA). Das ADB, der STUDENTINNENRAT DER UNIVERSITÄT LEIPZIG und die am Testing beteiligten Personen haben dabei eine deutliche Position formuliert: diskriminierungsfreie Einlasskontrollen sollen verbindlichen und transparent sichergestellt werden. Dafür suchten sie den Dialog und boten konkrete Vorschläge^[4] als Gesprächsgrundlage an.

... dann kamen Klagen ...

Die Resonanz von Seiten der Clubs war enttäuschend und so entschieden sich zwei Betroffene aus dem Testing sowie zwei weitere Männer dazu, ihr individuelles Recht auf Gleichbehandlung mithilfe des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gerichtlich durchzusetzen. So wurden im Februar 2012 insgesamt sieben Klagen gegen sechs Leipziger Clubs eingereicht.^[5] Mehr als ein Jahr nach den diskriminierenden Einlasskontrollen und zehn Monate nach Einreichung der Klagen gibt es drei erstinstanzliche Urteile, die das Vorliegen einer Diskriminierung unmissverständlich feststellen, den Klägern ein Schmerzensgeld zusprechen und den verurteilten Clubs ein Ordnungsgeld für die Wiederholung einer diskriminierenden Abweisung androhen.^[6] Eine weitere Klage endete nach einem Mediationsverfahren mit einer gütlichen Einigung. Der Club verpflichtete sich u.a. dazu, seine Security zu den Themen Diskriminierung und Rassismus zu schulen und eine_n clubinterne_n und eine_n unabhängige_n Ansprechpartner_in für Beschwerden zu benennen.^[7] Ein weiterer Fall wurde erstinstanzlich aus formaljuristischen Gründen abgewiesen. Die beiden noch ausstehenden Klagen werden Ende Dezember 2012 verhandelt.^[8] Bislang ist kein Urteil rechtskräftig - in einigen Fällen läuft die Berufungsfrist noch,

in anderen haben Kläger oder Beklagte bereits Berufung eingelegt. Das heißt: die gerichtliche Auseinandersetzung ist noch in vollem Gange. Die Prozesse sind wichtig und sie kosten Geld. Deshalb hat das ADB einen Rechtsfonds gegründet und bittet um Spenden.^[9]

... und dann wieder der Dialog.

Parallel zu der Unterstützung der Klagen möchte das ADB Clubbetreiber_innen, die Stadtverwaltung, aber auch die Universität Leipzig und die Leipziger Polizei dabei unterstützen, eigene Handlungsspielräume zu erkennen und zu nutzen. Auch diese Gespräche dauern an. Ein erster sichtbarer Erfolg ist die Entscheidung des StuRa der Universität Leipzig, seinen Einfluss als Interessenvertretung von über 28.000 Studierenden und wichtiger Vertragspartner Leipziger Clubs bewusst einzusetzen. Der StuRa beschloß, ab 2013 nur noch mit Clubs zusammenzuarbeiten, die fünf wichtige und überprüfbare Maßnahmen zur Sicherstellung diskriminierungsfreier Einlasskontrollen umsetzen.^[10] Diese

vertragliche Vereinbarung ist ein bislang nur selten genutztes Instrument zur strukturellen Verwirklichung von Gleichbehandlung.

Zu guter Letzt

Der Artikel begann mit dem Ergebnis des Diskotestings vom Oktober 2011. Im letzten Jahr ist viel passiert – offen ist, wie viel sich tatsächlich verändert hat.

Bislang gibt es drei Urteile, die eine rassistische Diskriminierung feststellen, einige Clubs sind zu Schmerzensgeldzahlungen verurteilt worden. In der Szene setzt sich die Erkenntnis durch, dass das Hausrecht durch grundlegende Menschenrechte begrenzt ist. Gleichzeitig melden sich nach wie vor Menschen wegen diskriminierender Einlasskontrollen beim ADB. Einige Clubs haben sich zu strukturellen Veränderungen entschlossen, der Großteil wartet ab. Das Testing 2011 wird nicht das letzte gewesen sein.

[9] www.adb-sachsen.de/rechtsfonds.html

[10] www.adb-sachsen.de/media/documents/PM_Vertragliche_Vereinbarung.pdf

ERSTE HILFE FÜR BETROFFENE NACH EINEM ÜBERGRIFF

Sie sind Opfer eines diskriminierenden Übergriffs geworden?

Angreifer haben Sie beleidigt, geschlagen, getreten? Sie wurden aus rassistischen Gründen nicht in die Disko gelassen oder in der Straßenbahn schikaniert? Sie stellen sich nun die quälende Frage: Warum ist das ausgerechnet mir passiert? Warum wurde ich angegriffen, beleidigt und schikaniert? Auf diese Fragen gibt es nur eine Antwort: Sie haben keine Schuld! Sie haben nichts getan. Sie wurden angegriffen, die anderen sind die Angreifer. Es traf Sie, aber gemeint sind alle, die von Nazis und Rassisten gehasst werden. Dazu gehören nicht nur Migrant_innen, sondern auch Jüd_innen, Muslim_innen, alternative Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle und Obdachlose ... Sie haben Anspruch darauf, dass die Straftat ans Licht kommt, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden, und dass Sie Schadensersatz beziehungsweise Schmerzensgeld erhalten. Deswegen ist es trotz etwaiger Bedenken in der Regel empfehlens-

wert, Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Denn ohne eine Anzeige kann ein Übergriff keine negativen Konsequenzen für die Täter haben und Sie haben keinen Anspruch auf Schadensersatz.

Fertigen Sie ein Gedächtnisprotokoll an! Schreiben Sie möglichst genaue Angaben zu Zeitpunkt, Ablauf, Tätern und Zeugen des Vorfalls auf. Lassen Sie sich körperliche Schäden ärztlich attestieren. Sprechen Sie mit Freund_innen und Bekannten. Sie werden Sie nicht mit ihrem Erlebnis allein lassen.

Wenden Sie sich an eine Beratungsstelle! Die Mitarbeiter_innen der RAA LEIPZIG und des ANTIDISKRIMINIERUNGSBÜROS sind genau für solche Fälle spezialisiert und können Ihnen weiterhelfen (siehe Seite 74 dieser Broschüre). Nutzen Sie die Rechtsberatung! Die Beratungsstellen haben Kontakt zu guten Anwälten_innen, die auf Antidiskriminierungsrecht spezialisiert sind bzw. sich gut mit Übergriffen, wie Sie ihn erlebt haben, auskennen.

Meena Ka.
Meena.ka@posteo.org

Stadt Leipzig
Referat für Migration und Integration
04092 Leipzig

Begründung meiner Rechnungsstellung: Anstellung als Rassismusaufklärerin im Rahmen des Programmes „Leipzig. Ort der Vielfalt“

Sehr geehrter Herr Gugutschkow,

ich schreibe Ihnen heute aus dem Anlass, meine Arbeit als Rassismusaufklärerin der STADT LEIPZIG in Rechnung zu stellen. Als ich nach Leipzig zog, um mein Studium hier zu beginnen, war ich mir nicht bewusst, die Aufgabe der alltäglichen Rassismussensibilisierung in Leipzig als selbsterklärtem „Ort der Vielfalt“ übernommen zu haben. Nun stelle ich mich seit Jahren täglich der Herausforderung, ohne dieser Arbeit entsagen zu können. Ich werde Ihnen im Folgenden einen exemplarischen Blick über meinen Arbeitsbereich und -methodik gewähren und fordere Sie mit diesem Schreiben dazu auf, meine Bemühungen rückwirkend angemessen zu vergüten.

Meine Arbeit beginnt schon an Straßenkreuzungen wie am Wilhelm-Leuschner-Platz: während Rotphasen nutzen Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer weltoffenen Stadt ihre Zeit gerne dazu, um mich weltfremd anzustarren. Vor dem Hintergrund, dass sich an solchen Kreuzungen während der Rotphasen die Menschentrauben auf beiden Seiten tendenziell gleichverteilen, also eine eins zu eins Verteilung von Blicken anzunehmen wäre, ist es mir jedes Mal von neuem ein Rätsel, dass ich den Großteil der Blicke der mir gegenüberstehenden Menge auf mich vereine. Da ich nun aber von meinen Körpermaßen nicht sonderlich aus der deutschen Norm falle, schließe ich darauf, dass es wohl meine Hautfarbe ist, die mich äußerlich von den mich umgebenden Passanten und Passantinnen unterscheidet und sie von den strengen und unverhaltenen Blicken unserer Gegenüber entlastet.

In diesen alltäglichen Momenten übernehme ich die Funktion einer lebendigen Integrations-Litfasssäule. Methodisch gehe ich dabei folgendermaßen vor: Ich warte die Rotphase ab, konzentriere mich dabei auf die Ampel und sobald es grün wird, überquere ich regelkonform die Kreuzung. Dahinter steht die Annahme, dass mein möglichst unauffälliges Auftreten als Verkehrsteilnehmerin meinen Mitmenschen die Möglichkeit bietet, Schwarze Bürger und Bürgerinnen angstfrei zu begegnen.

Ich gebe aber gerne zu, dass diese Methode ihre Lücken aufweist und dass es einer gesonderten Blickschulung und -sensibilisierung der Leipziger Bevölkerung bedarf. Angebracht wäre hier eine flächendeckende Reflektionsarbeit über Machtverhältnisse, die sich eben schon in jenen Blicken konstituieren. Des Weiteren wäre eine aufsuchende Sozialarbeit denkbar, die der Leipziger Bevölkerung die Gewalt fassbar macht, mit der ihre Blicke in meinen Straßenalltag eingreifen.

Eine der typischen Situationen, in denen Leipzigerinnen und Leipziger von mir aktive Aufklärungsarbeit beanspruchen, ist die Frage woher ich kommen würde. So z.B. geschehen in einem Biomarkt in der Innenstadt: Nach einem Bezahlvorgang fragte mich die Kassiererin: „Darf ich mal fragen, woher du kommst?“ Ich überlege in solchen Momenten gelegentlich, ob ich tatsächlich dem Aufklärungsauftrag nachkommen will oder nicht. Diesmal wollte ich nicht. „Nein, das dürfen Sie nicht.“ – „Wie?“ – „Nein, Sie dürfen mich nicht fragen, woher ich komme. Sofern Ihre Frage nicht darauf abzielt zu wissen, dass ich gerade von der Arbeit komme, ist Ihre Frage rassistisch.“ Meine Antwort löste bei ihr einen heftigen Verteidigungsschwall aus – wie ich ihr denn das vorwerfen könne, sie sei schließlich interessiert und schon mal in Indien gewesen und die Menschen wären da so nett und sowieso sei sie keine Rassistin. Eine Reaktion, die mir aus meiner Arbeit nicht unbekannt ist: sobald ich das Verhalten meiner Gegenüber als rassistisch benenne, gehen die Schotten dicht, gute Gründe, die die eigene (rassistische) Sicht auf

die Welt aufzeigen und mein Gesprächsangebot das eigene Denken zu hinterfragen, werden nicht mehr gehört. Die Biomarkt-Kassiererin ging sogar weiter: „Ich kann ja auch nichts dafür, dass du eine andere Hautfarbe hast.“ – „Ich ja erst recht nicht; aber Sie können was für Ihre Fragen und Ihre Sicht auf die Welt. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich Gedanken über ihre rassistischen Fragen machen würden.“ – „Wenn du ein Problem mit deiner Hautfarbe hast, dann solltest du vielleicht woanders hin ...“ Ich ging damals aus dem Laden. Feierabend. Ich habe dieses Gespräch damals nicht gesucht, ich wollte keine Eskalation, ich wollte nicht wütend und aggressiv werden, ich wollte mich aber auch nicht als anders, fremd empfunden wissen.

Ein ähnliches Gespräch ergab sich mit meinem Hausarzt in Schleußig, der mich nach drei Jahren, in denen ich seine Patientin war, irgendwann nach einer abgeschlossenen Behandlung fragte, woher ich kommen würde. „Aus Deutschland“, antwortete ich. „Nein, ich meine Ihre Vorfahren.“ – „Das möchte ich nicht beantworten.“ – „Ich will Ihnen ja nichts böses. Ich frage nur, weil ich letztens eine Reportage über die Mayas gesehen habe und was für eine hochentwickelte Kultur die waren. Wir (!) Deutschen denken ja immer, dass wir (!) eine so hochentwickelte Kultur seien, dabei gab es ja damals so hohe Kulturen, wie die Ägypter, Mayas, Inkas usw. verstehen Sie? Ich will Ihnen ja nichts böses.“ – „Das verstehe ich, ich empfinde es als unhöflich gefragt zu werden, woher ich komme, weil sie bei meiner Hautfarbe als nicht mehrheitsdeutscher Hautfarbe davon ausgehen, dass ich von woanders komme. Und das ist nicht der Fall, ich bin Deutsche.“ – „Ja, ich habe ja nur gefragt, weil ich wissen wollte, woher Ihre Vorfahren kommen. Wissen Sie, mein Vater hat damals in der DDR auch Ahnenforschung betrieben. Ich will Ihnen ja wirklich nichts böses. Ich habe das sehr gerne, dass viele verschiedene Kulturen nach Deutschland kommen. Früher in der DDR da sind ja auch die Kubaner und Vietnamesen gekommen. Und jetzt leben die hier. Und die Vietnamesen, die habe ich besonders gerne. Wenn ich da die Muttis sehe mit ihren Kindern ... Die Kinder sind zum Teil besser angezogen als die deutschen Kinder und sprechen viel besseres deutsch! Sehen Sie, ich will Ihnen ja nichts böses ...“

Ich spreche in diesem Brief nicht den offenen oder wie mein Arzt sagen würde: den bösen Rassismus in dieser Stadt an, der mir in Sprüchen wie „Was macht denn diese Negerschlampe hier?“ oder „Ja, dann müssen wir mal die Ausländerpolizei anrufen!“ entgegengebracht wird; auch spreche ich nicht von der institutionalisierten Diskriminierung, die mir in den ständigen Kontrollen durch Bundespolizisten und Bundespolizistinnen in Zügen (wie im sächsischen Raum vorzugsweise auf der Strecke von Dresden Richtung Tschechien und zurück) widerfährt, sondern vom alltäglichen, gut gemeinten Rassismus, der hinterrücks, im Gewand vermeintlicher Toleranz und in wohlgemeintem Interesse von Menschen geäußert wird, die sich selbst niemals als rassistisch bezeichnen würden. An diesem mühe ich mich täglich ab. Dieses unhinterfragt rassistische Denken begegnet mir im Leipziger Alltag und das versuche ich im Gespräch explizit zu machen. Dabei nehme ich den Unmut und das Ärgernis meiner Mitmenschen in Kauf – wie ich ihnen denn nur rassistisches Denken vorwerfen könne – mit der Hoffnung, dass jene Gespräche ein Umdenken bei den betroffenen Menschen auslösen.

Sie sehen, Herr Gugutschkow, ich habe leider keine Wahl in der Ausübung meiner Arbeit. Auch wenn ich mich dagegen entscheide, werde ich zu einer Auseinandersetzung gezwungen. Daher wende ich mich mit meiner Arbeit an Sie als Leiter des Referats für Migration und Integration, dass sich laut Selbstbeschreibung auch als Dienstleister für alle Einwohner (und hoffentlich auch Einwohnerinnen) der STADT LEIPZIG sieht. Wie ich Ihnen dargelegt habe, erfülle ich einen elementaren Bildungsauftrag, der langfristig das Zusammenleben an einem Ort der Vielfalt erst ermöglicht. Da ich perspektivisch leider nicht von meiner Arbeit zurücktreten kann und von möglichen Erfolgen meiner anti-rassistischen Arbeit nicht profitieren werde, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie einen alternativen Weg der Vergütung für mich finden könnten. Nebenbei wäre ich Ihnen auch dankbar, wenn die STADT LEIPZIG sich derweil von ihrem Selbstverständnis als Ort der Vielfalt distanzieren würde und sich entsprechend dem tatsächlicheren Leitbild in „Ort der an Exotik und Fremden interessierten“ umbenennen würde.

Hochachtungsvoll,





SCHWARZSEIN ALS CORPUS DELICTI?

Über die polizeiliche Praxis des „Racist Profiling“

Von Katja Sternberger

Tagtäglich passiert es auf Bahnhöfen, in Zügen und Flughäfen. Die Polizei streift umher, ihre Blicke schweifen nach links und rechts, versuchen zu fixieren und bleiben schließlich an einer jungen Frau kleben. „Your Passport! Papiere!“, schreien sie. Ihr Schwarzsein wird zum Corpus Delicti. Ihre Haut ist verdächtig.

„Racial“ bzw. „Ethnic Profiling“ nennt man diese Praxis der Polizei gemeinhin. Rassialisierte Merkmale, wie etwa die Haut- und Haarfarbe oder auch religiöse Symbole, dienen dabei als Grundlage zur Erstellung eines Verdächtigenprofils, das schließlich in konkrete polizeiliche Praxis überführt wird: die Identitätskontrolle. „Racist Profiling“ wäre begrifflich adäquater. Die Grenzziehung zwischen „Wir“ und den „Anderen“, „Wir“ und den „Devianten“ erfolgt hierbei schließlich immer mit Rekurs auf als „natürlich“ vorgestellte Attribute. Dabei ist gleich, an welches konkrete äußerliche Merkmal angeknüpft wird.

„Racist Profiling“ vor Gericht

Das Jahr 2012 zeigte rechtliche Signalwirkung für diese rassistische Fahndungsmethode. Der Fall eines Schwarzen Kasseler Architekturstudenten sollte gleich zwei richtungsweisende Urteile für die polizeiliche Praxis produzieren, die in ihren Effekten nicht unterschiedlicher sein könnten.

Am 28. Februar urteilte das Verwaltungsgericht Koblenz, dass verdachtsunabhängige Personenkontrollen „auf Bahnstrecken, die Ausländern zur unerlaubten Einreise oder zu Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz dienen“ stattfinden dürfen und dabei auch das „äußere Erscheinungsbild“ als Auswahlkriterium herangezogen werden kann.^[1] Damit gab man den zwei Bundespolizisten Recht, die den rassistisch diskriminierten Kläger auf der grenzfernen Zugfahrt von Kassel nach Frankfurt gleich einem Schwerstverbrecher kontrollierten, durchsuchten, und schließlich auf die Wache mitnahmen. Ausgangspunkt für die Identitätskontrolle nach §22 Abs. 1a BpolG, welche der „Ver-

hinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise in das Bundesgebiet“ dienen soll, war für die Beamt_innen sein „ausländisches Aussehen“. Ein klarer Fall rassifizierender Vorannahmen möchte man meinen, zumal nicht erst jetzt in Zeiten globaler Migrationsbewegungen die Staatsangehörigkeit schwerlich durch das Aussehen feststellbar ist.

Als Präzedenzfall, der zukünftige rassistische Diskriminierungen bei Personenkontrollen Vorschub leisten wird, wirbelte das Urteil durch die Medien und rief nicht zuletzt auch die Empörung der rassistisch negativ Betroffenen hervor.^[2] Diese rechtliche Legitimierung überraschte – zumal die Polizeigewerkschaft erst im Oktober 2011 auf Anfrage der ANTIDISKRIMINIERUNGSTELLE DES BUNDES (ADS) erklärte, „ethnische Gesichtspunkte“ würden bei Ein- und Ausreisekontrollen an Flughäfen keine Rolle spielen.^[3] Auch die Bundesregierung verwehrt sich schon 2008 dieser Praxis, da sie sich „schon auf Grund des Grundgesetzes und des rechtsstaatlichen Systems“ verbiete.^[4] Dem Gleichheitsgrundsatz genügend urteilte man dann schließlich auch in höherer Instanz. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz sprach sich im Berufungsverfahren am 29. Oktober gegen diese durch Institutionen *offiziell* hoffähig gemachte Diskriminierung aus, da sie gegen das Diskriminierungsverbot, abgeleitet aus Art. 3 Abs. 3 GG, verstoße.

„Racist Profiling“ als alltägliche Diskriminierung

Allerdings offenbarte die Rechtsprechung des VG Koblenz auch, was bereits seit Jahrzehnten unhinterfragte Praxis der Polizei zu sein schien und für viele People of Color bereits Teil ihrer Alltagswirklichkeit war: rassistische Diskriminierung bei der Begegnung mit der Polizei. So spricht nicht nur die Reaktion Rainer Wendts, Bundesvorsitzender der DPoIG, für die Selbstverständlichkeit der Durchführung rassistischer Kontrollen in der Vergangenheit. Das OVG Koblenz betreibt „schöngeistige Rechtspflege“ und orientiere sich nicht

Solidarität mit den Betroffenen rassistischer Ausweiskontrollen und Fluchtwege freihalten!

[1] Verwaltungsgericht Koblenz, Urteil vom 28. Februar 2012, 5 K 1026/11.KO; siehe z.B. auch www.spiegel.de/panorama/justiz/bundespolizei-darf-reisende-wegen-auslaendischen-aussehens-kontrollieren-a-824066.html

[2] So gründete sich bspw. die Kampagne „Stoppt Racial Profiling“ die u.a. von der „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland“ ins Leben gerufen wurde. Eine gleichnamige Petition wurde gestartet. Siehe dazu: www.facebook.com/StopptRacialProfiling

[3] Vgl. z.B. www.migazin.de/2012/10/23/racial-profiling-verdachtsunabhangige-polizeikontrollen-aufgrund-der-hautfarbe-auf-dem-prufstand

[4] Vgl. Friedrich, Sebastian/Mohrfeldt, Johanna. 2012. Alltägliche Ausnahmefälle. Zu Institutionellen Rassismus bei der Polizei und der Praxis des „Racial Profiling“. In: ZAG – Antirassistische Zeitschrift, Nr. 61, Juli 2012.

[5] Vgl. www.tagesschau.de/inland/koblenz122.html

an der Praxis, so sein Kommentar zum Urteil.^[5] Auch die Forschung zeigt die überproportionale Betroffenheit von Menschen mit bei Personenkontrollen auf. So gaben 2010 bei einer Studie der EUROPEAN AGENCY FOR FUNDAMENTAL RIGHTS 25 % der befragten „ehemaligen Jugoslawen“ bzw. 24% der „Türken“ an, im vergangenen Jahr von der Polizei angehalten worden zu sein.^[6] Zum Vergleich: Angehörige der „Mehrheitsbevölkerung“ waren nicht einmal halb so oft betroffen (11%). Zudem erhöht sich das Risiko kontrolliert zu werden entsprechend der rechtlichen Basis in Grenz-nähe. So berichtet Dr. Anil K. Jain davon, auf seiner regelmäßigen Zugstrecke von Chemnitz nach München in etwa 50% der Fälle nach seinen Personalien gefragt worden zu sein.^[7]

Wie es sich anfühlt, dadurch wiederkehrend als „kriminell“ und „fremd“ stigmatisiert zu werden, interessiert die Beamt_innen, allen voran Rainer Wendt, scheinbar wenig bei dem Versuch, ihre Arbeitspraxis vermeintlich effizient zu gestalten. Der exkludierte „Andere“ wird unter dem Diktum der Nützlichkeit zum verwertbaren Material, mit dem man einfach *verfahren* kann – dem Gleichheitsgrundsatz zum Trotz. Was zudem oberflächlich zunächst als Effizienzargu-

ment daher kommt, erweist sich bei näherer Betrachtung als Reproduktion der eigenen rassistisch bereinigten Statistik. Erfolgt eine Stichprobe im Rahmen polizeilicher Maßnahmen bereits nach rassifizierenden Vorannahmen, wird sich diese Verzerrung zwangsläufig auch fortlaufend bspw. in der Kriminalstatistik widerspiegeln.^[8]

Die Ästhetik des „Deutsch-Seins“ und die (Re-)Produktion rassistischen Wissens

Vielleicht ist es auch ein wenig die Tradition der deutschen Exekutive, Zugehörigkeit zum „Volkkörper“ nach ästhetischen, äußerlich sichtbaren Kriterien beurteilen zu wollen. Der Sichtbarmachung des „Anderen“ mittels „Judenstern“ steht heute das Stigma eines ominösen „ausländischen Aussehens“ gegenüber. Da es nicht selbst-erklärend ist, wird es erst durch die konkrete polizeiliche Praxis als reales Bild greifbar. „Andersheit“ wird beim „Racist Profiling“ als körperlich eingeschrieben verstanden, wobei auf ein spezifisches rassistisches Wissen zurückgegriffen wird, das nationalstaatliche Rahmungen und kriminelles Handeln mit phänotypischen Kategorien verbindet. Zum

einen wirken hierbei die (offiziell überkommen geglaubten) kolonialen und nazistischen Grenzziehungen fort. Zum anderen wurden aber auch in der jüngeren Geschichte der BRD Bilder des „Anderen“ v.a. durch die Medien aus- bzw. hergestellt (z.B. „Kampf gegen den Terror“). Meldungen der Polizei in der

[6] Vgl. European Agency for Fundamental Rights (Frau). 2010. 4. Bericht der Reihe „Daten kurz gefasst“. Polizeikontrollen und Minderheiten (EU-MIDIS, European Minorities and Discrimination Survey).

[7] Vgl. www.migazin.de/2012/10/26/die-politik-muss-sich-ändern

[8] Die Kriminalitätsstatistik zur so genannten „Ausländerkriminalität“ ist aus mehreren Gründen verzerrt. So führen bspw. ein erhöhtes Anzeigeverhalten („Anzeigeeffekt“) und die Tatsache, dass deutsche Staatsangehörige bestimmte Straftaten gar nicht begehen können, zu höheren Kriminalitätsraten (vgl. z.B. Erben, Sayime. 2009. Zwischen Diskriminierung und Straffälligkeit. Diskriminierungserfahrungen straffällig gewordener türkischer Migrantenjugendlicher der dritten Generation in Deutschland. München: Herbert Utz Verlag, S. 101 ff.).

[9] Vgl. chronik.LE.2011. Polizeimeldungen dokumentiert! Die Berichterstattung der Polizei über Straftaten gibt immer wieder Anlass zur Diskussion über Rassismus und Vorurteile. In: Leipziger Zustände – News, Frühjahr 2011.

Im Fokus: verdachtsunabhängige Personenkontrollen

Sowohl Bundes- als auch Landespolizei haben die Befugnis „verdachtsunabhängige Personenkontrollen“ durchzuführen. So eröffnen die §§ 22 und 23 des Bundespolizeigesetzes die Möglichkeit zur Identitätsfeststellung im Rahmen der Gefahren- und Kriminalitätsabwehr, sowie der Verhinderung illegaler Einreise in das Bundesgebiet. Trotz des Wegfalls der Grenzkontrollen durch das Schengener Abkommen können so im Rahmen der so genannten „Schleierfahndung“ Kontrollen bis zu 30 Kilometer ins Landesinnere der BRD stattfinden – so z.B. auch seit 2007 verstärkt an den sächsischen Grenzen zu Polen und Tschechien. Auf der Landesebene können u.a. auch an kriminalitätsbelasteten bzw. „gefährlichen Orten“ anlassunabhängige Identitätsfeststellungen durchgeführt werden, in Sachsen geregelt durch §19 SächsPolG. Die sächsische Landespolizei ist damit befugt im Falle „grenzüberschreitender Kriminalität“ bis 30 Kilometer ins Landesinnere zu kontrollieren.

[10] Vgl. www.chronikle.org/ereignis/neulich-lvz-ausl%C3%A4nder-t%C3%A4ter-gesucht

[11] So verweisen zahlreiche Forschungsergebnisse auf eine negative Verzerrung der Darstellung von „Migrant_innen“ in der medialen Berichterstattung der BRD, wobei außerdem bestimmte „unerwünschte“ Gruppen überrepräsentiert werden (vgl. z.B. Ruhrmann, Georg; Sommer, Denise; Uhlemann, Heike (2006): TV-Nachrichtenberichterstattung über Migranten – Von der Politik zum Terror. In: Geißler, Rainer (Hrsg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Migration im internationalen Vergleich. Bielefeld: transcript. S. 45-76.).

[12] Vgl. www.vice.com/de/read/news-kalender-polizei-rassismus-bayern-rainer-wendt

[13] Vgl. Friedrich; Mohrfeldt 2012.

[14] Vgl. Flam, Helena (Hrsg.). 2007. Migranten in Deutschland. Statistiken – Fakten – Diskurse. Konstanz: UVK.

[15] Das Machtungleichgewicht bei Polizeikontrollen wird auch dadurch verschärft, dass gegenwärtig z.B. bei der Bundespolizei nur 1,4% „Migrant_innen“ beschäftigt sind (vgl. www.tagesspiegel.de/politik/bessere-integration-laender-wollen-mehr-migranten-in-der-polizei/4439504.html).

Presse sind ein verbindendes Element zwischen der polizeilichen Kontrollpraxis und dem Alltagsverständnis des „kriminellen Ausländers“. Scheinbar neutral und sachlich getarnt können Polizeimeldungen als Legitimation dafür dienen, die Herkunft von Straftätern zu nennen auch wenn sie in keinem Zusammenhang mit der Straftat steht und der Pressekodex es damit eigentlich verwehren würde.^[9] Auch die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG rühmte sich zuletzt im Oktober wieder einmal mit ihrer Verpflichtung zu einer solchen vermeintlich „wahrheitsgemäßen“ Berichterstattung als sie eine Straftat mit der Kategorie des „Ausländers“ in Verbindung brachte.^[10] Solche Medienereignisse sind keine Einzelfälle, sondern Teil eines „Kriminalitätssyndroms“, durch welches sich das Bild des „kriminellen Ausländers“ durch den medialen Diskurs zu Migration zieht,^[11] und auf die Alltagsdeutungen einwirkt.

Machtgefälle: Polizist_innen als „gate-keeper“ und institutionalisierter Rassismus

Die Alltagsdeutungen der Polizist_innen sind es freilich auch, die bei einer Personenkontrolle unmittelbar zum Einsatz kommen. Wer kontrolliert werden muss, weil er in das Raster „illegal“ oder „kriminell“ fällt, liegt schließlich in den Augen der Betrachter in einer konkreten Interaktion. Nicht zuletzt die rassistischen Karikaturen im Kalender der Polizeigewerkschaft von 2012 verdeutlichten eine mangelnde Sensibilisierung hinsichtlich rassistischer Bilder der „Anderen“.^[12] Es wäre allerdings zu kurz gegriffen „Racist Profiling“ lediglich als Resultat der individuellen Deutungsmuster zu betrachten. „Racist Profiling“ zeigt sich indes als Vernetzung von rassifizierenden Vorannahmen in der Begegnung des „Anderen“, die sich u.a. aus den (nationalen) Diskursen zu Kriminalität und Migration speisen, und institutionalisierten Richtlinien, welche die polizeilichen Praxen und Routinen festlegen. Institutioneller Rassismus herrscht vor, wenn er in die „Institutionen eingeschrieben ist, d.h. sich in den entsprechenden



photo: cc flickr by misbrenner

Bitte wieder einpacken – überall!

Praxen und Anordnungen systematisch organisiert“.^[13] Dabei ist es gleich, ob Ungleichbehandlung tatsächlich das Ziel der Maßnahme darstellt, denn auch Routinen können im Ergebnis zur Stabilisierung der ungleichen Machtverhältnisse im Rassismus beitragen. Offensichtlich wurde dieser institutionelle Rassismus mit dem Urteil des VG Koblenz, das „Racist Profiling“ legitimierte. Dennoch ist hierbei die institutionalisierte Praxis der Personenkontrolle nicht ohne die dahinter stehenden Deutungen denkbar, welche „ausländisches Aussehen“ bildlich auffüllen. Die konkreten polizeilichen Akteur_innen sind die Funktions- und Entscheidungsträger in der konkreten Situation. Sie sind die „gate-keeper“^[14] die Diskriminierung und Exklusion auf der Basis ihrer Deutungen (re-)produzieren können und so das „banale“ rassistische Wissen in die institutionelle Praxis übersetzen. Damit befinden sie sich sogar (mindestens) in einer doppelten Machtposition: als ausführende Gewalt des Gesetzes und als „weiße“, welche die machtvollen rassistischen Ungleichheiten stabilisieren.^[15]



02 KAPITEL

NEONAZISMUS

„So viel Selbstbezeichnung war selten. An der Fassade des »Nationalen Zentrums« in der Lindenauer Odermannstraße 8 hängt ein Transparent: »Ein Raum für Nazis« steht darauf. Das K hat jemand deutlich sichtbar mit weißer Farbe übermalt.“

Kreuzer Online, 02.März 2012



„HINTERM EISERNEN VORHANG“

Zum Stand der Dinge in der Odermannstraße 8

Von chronik.LE

Immer wieder rückt das im November 2008 eröffnete „Nationale Zentrum“ der Leipziger NPD in den Fokus öffentlicher Berichterstattung – oft durch die klaren Bedrohungsszenarien, die die Treffen der NPD-Anhänger bei ihren Veranstaltungen in der Odermannstraße 8 aufbauen. Zuletzt musste im August 2012 das Sommerfest eines an der Ecke zur Odermannstraße ansässigen Kunstvereins abgebrochen werden. Ursache waren massive Einschüchterungen und Bedrohungen durch 25 Teilnehmer einer im NPD-Zentrum zeitgleich stattfindenden Veranstaltung – „mit Lagerfeuer und Rechtsrock“.

Veranstaltungen

Dass solche Drohungen ernst zu nehmen sind, zeigte der weitere Verlauf des Abends. Zunächst waren es zwei Neonazis, die die Gäste des Kunstvereins einschüchterten und anrenpelten. Der Polizeinotruf bot in dieser Situation keine Hilfe, eine Anruferin wurde mehrmals abgewimmelt. Erst nachdem weitere Menschen die Polizei riefen, erschien diese – gerade rechtzeitig, um einen aus dem „Nationalen Zentrum“ kommenden Nazimob dorthin zurückzudrängen. Die Neonazis traten, schubsten und bewarfen sowohl Kunstvereinsgäste als auch Polizei mit Pflastersteinen. Ohrenzeugen berichten von „Sieg Heil“-Rufen und „Solidarität mit NSU“-Parolen. Ein großer Teil der Angreifer trug T-Shirts der vom sächsischen Verfassungsschutz beobachteten neo-nazistischen Hooligangruppierung SCENARIO LOK.

Doch nicht nur gewaltaffinen rechten Fußballfans wird in Lindenau Raum für Veranstaltungen geboten. Verurteilte Holocaustleugner, Rechtsterroristen, NPD-Kader und Rechtsrock-Musiker geben sich in der Odermannstraße 8 die Klinke in die Hand. Unter dem Deckmantel geschichtlicher Vorträge treten oft auch „Zeitzeugen“ auf. Eine kritische Betrachtung ist hier nicht zu erwarten, eher wird die Nazi-Ideologie der Zuhörer gefestigt. Diese kommen meist aus Leipzig und den umliegenden Landkreisen.

Als eine der prominentesten Gastrednerinnen dürfte die

1928 geborene Ursula Haverbeck-Wetzel gelten. Diese hielt – wohl nicht ganz zufällig zu Hitlers Geburtstag – am 20. April 2012 einen Vortrag über „Das Wirtschaftswunder der 30er Jahre“. Haverbeck-Wetzel war maßgeblich an der 2009 geschlossenen „Gedächtnisstätte“ in Borna und an dem von ihr federführend gestalteten und mittlerweile verbotenen Verein COLLEGIUM HUMANUM beteiligt. In einem Brief an die Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, hatte sie 2008 unverhohlen geschrieben: „Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde.“^[1] Dies zog ein Gerichtsverfahren nach sich, bei dem sich die Holocaustleugnerin vom ehemaligen JN-Bundesvorsitzenden Wolfram Nahrath vertreten ließ. Von der NPD wird Haverbeck-Wetzel als „eine der prononciertesten Vertreterinnen des historischen Revisionismus, eine unerschrockene Kämpferin für die Wahrheit“^[2] betitelt.

Eine weitere Veranstaltung mit revisionistischem Inhalt dürfte der Vortrag eines ehemaligen SS-Unteroftiziers am 4. Februar 2012 gewesen sein. Im selben Monat beging man außerdem eine schlecht besuchte Faschingsfeier, deren Highlight fünf als Punks verkleidete Jugendliche waren. Im März 2012 folgte ein Konzert mit dem NPD-Bundespräsidentenkandidaten Frank Rennie sowie ein weiterer Vortrag eines SS-Mannes, im Mai ein Grillabend mit dem ehemaligen LANDSER-Sänger Michael „Lunikoff“ Regener. Im Juli hielt die NPD-Unterorganisation RING NATIONALER FRAUEN ihren „Landeskongress“ in der Odermannstraße ab.

Rechtslage

Von bauordnungsrechtlicher Seite konnte oder wollte die STADT LEIPZIG dem Nazizentrum bislang nicht zu Leibe rücken. So ist das Anbaugebäude nur für eine Anzahl von 100 Personen genehmigt, die mutmaßlich mehrfach überschritten wurde. Allerdings geht aus den Angaben des SÄCHSISCHEN INNENMINISTERIUMS nicht

[1] www.mt-online.de/lokales/nachbarschaft/bad_oynhaus/3011548_Neue_Strafe_fuer_Ursula_Haverbeck-Wetzel.html

[2] www.chronikle.org/ereignis/holocaustleugnerin-mpd-zentrum-odermannstra%C3%9F

hervor, wie sich Besucher auf das zweistöckige Bestandsgebäude und das Anbaugebäude verteilen. Letzteres ist ein Flachbau, der als großer Veranstaltungsraum genutzt wird. Im Bestandsgebäude befindet sich lediglich ein kleiner Veranstaltungsraum mit Bar sowie Büro- und Übernachtungsräume.

Schlagzeilen machte das NPD-Zentrum auch im April 2011 mit Problemen bei der Abwasserentsorgung: Fäkalien seien auf den Hof des Nachbarhauses gelaufen. Mittlerweile könnte es das 2011 in Kraft getretene neue sächsische Gaststättengesetz sein, was einen zukünftigen Veranstaltungsbetrieb in der Odermannstraße 8 verhindert.

Die Strukturen hinter der „08“

Eigentümer der Odermannstraße 8 ist Medienberichten zufolge der Grimmaer Steven H., ein Verwandter des NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold. Bis zu seinem Tod im Dezember 2011 betrieb Petzold in der Odermannstraße ein angebliches „Bürgerbüro“. Zusätzlich verfügte Petzold über ein Gelände in Mutzschen, auf dem regelmäßig NPD-Veranstaltungen stattfinden – zuletzt das alljährliche NPD-Sommerfest am 14. Juli 2012.

Ein erster Bruch der Leipziger Naziszene erfolgte im Herbst 2011, kurz vor Petzolds Tod. Nachdem H. den Mietvertrag mit dem Hauptmieter, dem NPD-nahen KULTURVEREIN LEIPZIG-WEST, nicht verlängert hatte, wählte ein Teil ihrer Protagonisten zunächst eine Kneipe in der Wurzner Straße als Treffpunkt. Von November 2011 bis März 2012 nutzte die Gruppe um die NPD-Stadtratskandidaten Tanja Baki und Klaus-Peter Kotré eine Wohnung in der Langen Straße 15.

In der Odermannstraße 8 ging der Veranstaltungsbetrieb unter der Obhut von Nils Larisch weiter. Im März 2012 kündigte die Leipziger NPD an, dort außerdem zweiwöchentlich Bürgersprechstunden ihrer Stadträte Rudi Gerhardt und Klaus Ufer abhalten zu wollen. Gerhardts Sprechzeit währte nicht lang: im September trat er aus der NPD aus, seitdem wird er auf der Webseite der NPD Leipzig nicht mehr erwähnt.

Auch Larischs Engagement war nur von kurzer Dauer – hauptsächlich aufgrund nachlassender Anzahl und unsozialem Verhalten der Besucher. Die letzte doku-

mentierte parteiunabhängige Veranstaltung ist eine „Sommersonnenwendfeier“ am 22. Juni 2012. Als am 27. Oktober 2012 eine antirassistische Demonstration durch die Odermannstraße zog, stand Nils Larisch nicht etwa vor der Nummer 8, sondern eine Straßenecke weiter. Nun scheint man sich im „Nationalen Zentrum“ auf Parteiveranstaltungen zu beschränken, so hielt am 6. Oktober 2012 die JN SACHSEN ihren Landeskongress dort ab. Zum neuen JN-Vorsitzenden wurde der NPD-treue Paul Rzehaczek gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden bestimmte man Jens Gatter, ebenfalls aus Nordsachsen und gleichermaßen um seriöses Auftreten bemüht.

In der aktuellen Ausgabe des JN-Magazins DER AKTIVIST, die eine Übersichtskarte „nationaler Objekte“ in Deutschland enthält, ist die Odermannstraße dennoch nicht verzeichnet. Auch das Werbeschild für die einschlägige Kleidermarke ANSGAR ARYAN ist verschwunden. Letzter regelmäßiger Nutzer des Gebäudes scheint somit der Leipziger NPD-Kreisverband zu sein. Die Mehrheit seiner etwa 80 Mitglieder sind Rentner, Vorsitzender ist der 78-jährige Helmut Herrmann. Ob diese bei übermotivierten NachwuchsNazis punkten können, ist zu bezweifeln.

Weitere Informationen zum NPD-Zentrum finden sie unter www.chronikle.org, den Seiten der Mitte 2012 beendeten Kampagne „Fence Off – Weg mit dem Nazi-Zentrum in Leipzig“ unter www.fenceoff.org sowie beim Antifaschistischen Newflyer Gamma unter gamma.noblogs.org.



Seit 2008 Ausgangspunkt für Hass und Gewalt: Das NPD-Zentrum in der Odermannstraße in Leipzig-Lindenau

„DIE REIHEN FEST GESCHLOSSEN“*

Nazistrukturen in Nordsachsen

Von chronik.LE

Im Landkreis Nordsachsen verfügen Neonazis seit Jahrzehnten über eine breite Infrastruktur. Wie in fast allen ländlichen Regionen Sachsens konnten sie sich auch in Nordsachsen Freiräume schaffen, von denen aus sie weitestgehend ungestört agieren können.

* Zitat aus dem sog. „Horst Wessel Lied“

[1] Antifaschistisches Info Blatt: Zur gesellschaftlichen Situation, Nazistrukturen und NPD/JN in Sachsen, Nr. 43/1998, S.16

[2] Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Aufbau, den Akteur_innen und der Ideologie des FREIEN NETZ bei Gamma Online unter gamma.noblogs.org/fn-leaks

Die rechte Szene besteht und agiert dabei unabhängig von Parteien und Organisationen. Ihr Klientel muss nicht zwangsläufig organisiert sein, der Zusammenhalt funktioniert ebenso über die verbindende Subkultur, über Konzerte und Partys. In vielen Orten Nordsachsens gibt es cliquenartig strukturierte Nazigruppen, deren Dominanz es anderen Jugendlichen erschwert, sich der rechten Vorherrschaft zu entziehen.

Aufbau der Strukturen seit den 90er Jahren

Trotzdem spielt die organisierte Neonaziszene auch in Nordsachsen eine wichtige Rolle. Sie ist traditionell gut strukturiert und zieht an einem Strang. Führende Kader der sächsischen Neonaziszene erklärten Nordsachsen 2010 siegesgewiss zu einer „Muster- und Modellregion“ ausbauen zu wollen. Seitdem haben sich die Aktivitäten der rechten Szene intensiviert – zugleich löst der Landkreis die Sächsische Schweiz und den Muldentalkreis in seiner Bedeutung für die Szene ab, wo insbesondere während der 90er Jahre sehr aktive Neonazistrukturen existierten.

Damals wie heute spielt die NPD eine wichtige Rolle für die regionale Szene. Bereits Mitte der 90er Jahre gelang es ihr, größeren Einfluss innerhalb rechter Jugendkulturen zu gewinnen und bisher lose organisierte Neonazis auf Parteilinie zu bringen.^[1] Besonders der damalige JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel, heutiger Bundesvorsitzender der NPD, war in Sachsen maßgeblich am Aufbau einer rechten Organisationsarchitektur beteiligt. Auf den damals gelegten Grundsteinen bauen auch heutige Strukturen auf. Und die engen Verflechtungen zwischen der Partei, ihrer Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) und den zumindest offiziell parteilosen FREIEN KRÄFTEN bestehen nach wie vor.

Das (offiziell) nicht parteigebundene Neonazispektrum

Die sogenannten FREIEN KRÄFTE, also Neonazis, die sich nicht in Parteien organisieren, firmieren in Nordsachsen unter dem Namen AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN. Das Aktionsbüro ist ein regionaler Ableger des im Jahre 2007 gegründeten Kameradschaftsnetzwerks FREIES NETZ, welches vor allem in Sachsen, Thüringen und Bayern aktiv ist. Während es „für Außenstehende wie ein Sammelsurium neonazistischer Propaganda-Websites“ aussieht, handelt es sich bei dem FREIEN NETZ um „eines der aktivsten und fanatischsten Neonazi-Netzwerke“^[2] der Bundesrepublik. Es zeichnet sich aus durch ein eher loses Netzwerk lokaler und regionaler Kameradschaften, die von einem festen Kern von Kadern geführt und koordiniert werden. Außerdem gehören dem FREIEN NETZ viele lose strukturierte Sympathisant_innen an, die zügig für Aufmärsche und andere Aktionen mobilisiert werden können. Mitglieder, wie auch Sympathisant_innen des FREIEN NETZES, propagieren ein klar nationalsozialistisches Weltbild. Sie weisen eine erhöhte Gewaltbereitschaft auf und treten vor allem mit Propagandaaktionen, Kundgebungen und Aufmärschen in der Öffentlichkeit auf. Besonders viele Aktivitäten des AKTIONSBÜROS NORDSACHSEN sind in den Regionen Eilenburg und Delitzsch zu beobachten.

Führungsfigur und Multifunktionär Maik Scheffler

Die Zusammenarbeit zwischen NPD und FREIEN KRÄFTEN geht in Nordsachsen weit über bloße gegenseitige Sympathiebekundungen hinaus. Eine entscheidende Rolle für die organisierte Szene spielt Maik Scheffler aus Delitzsch. Seine politische Karriere begann bereits in den frühen 90er Jahren, er gehörte zum Kreis der KAMERADSCHAFT DELITZSCH und war Mitstreiter der extrem gewaltbereiten NS-Elitekameradschaft HAMMERSKINS. Nachdem er bereits kurzzeitig von 1997 bis 1999 Mitglied in der NPD war, wandte er sich anschließend wieder nicht-parteilosen



Sammelbecken der Naziszene: Die NPD-Jugendorganisation JN – Aufmarsch in Torgau am 24. April 2010

Strukturen zu. Er gilt als Mitbegründer des FREIEN NETZES und hat beste Kontakte in die bundesweite Kameradschaftsszene. Scheffler stand außerdem mehrmals wegen Körperverletzung, unerlaubten Waffenbesitzes und Volksverhetzung vor Gericht.

Lange trat Scheffler als ausgesprochener Kritiker der NPD in Erscheinung. Diese Meinung revidierte er jedoch im Jahr 2008. Er lenkte das FREIE NETZ auf einen parteifreundlicheren Kurs und trat selbst wieder in die NPD ein. Scheffler sorgte so für einen erneuten Schulterchluss zwischen der Partei und den eher parteikritischen FREIEN KRÄFTEN. Für seine Bemühungen, die Kameradschaften den Interessen der NPD zu unterwerfen, wurde Scheffler reichlich mit Parteiposten belohnt: Mit seinem Wiedereintritt erhielt er sofort den Posten des Landesorganisationsleiters, und war fortan mit seinem meist jungen Gefolge für den Wahlkampf der NPD in Nordsachsen beauftragt. Seit 2009 sitzt er für die NPD im Delitzscher Stadtrat. Im selben Jahr übernahm er auch den Vorsitz des nordsächsischen NPD-Kreisverbandes. Im Juli 2011 wurde er dann mit der Fürsprache des NPD-Parteichefs Holger Apfel zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der sächsischen NPD gewählt.

Vom Parteikritiker zu Landesvize

Innerhalb kürzester Zeit hat es Scheffler bis auf Platz zwei in der sächsischen Parteierarchie geschafft. Von etlichen parteifreien Weggefährten Schefflers, die sich zuvor für eine Radikalisierung der NPD hin zu einer nationalsozialistischen Weltanschauungspartei aussprachen, hagelte es derweilen Kritik an seinem parteipolitischen Höhenflug. Von einigen Ablegern des FREIEN NETZES wurde Scheffler Opportunismus und eine Wen-

dehalsmentalität vorgeworfen. Allerdings kommen diese kritischen Stimmen nicht aus Nordsachsen – dort führt Scheffler, nach wie vor unhinterfragt, sowohl die NPD, als auch die FREIEN KRÄFTE.

Seit seinem Wiedereintritt in die NPD trat Scheffler zunehmend als Organisator von Aufmärschen und Kundgebungen auf, eine Tätigkeit, mit der er sich bereits ab der Jahrtausendwende hervor tat. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit Schefflers innerhalb der Neonaziszene ist der Ausbau der Jugendarbeit. Diese geht einher mit einer stärkeren Einbindung der FREIEN KRÄFTE in die NPD-Jugendorganisation JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN. Dank Schefflers Doppelfunktion bestehen heute starke personelle und organisatorische Überschneidungen zwischen den JN- und FK-Strukturen. Von einer Parteifreiheit der FREIEN KRÄFTE kann somit in Nordsachsen kaum noch die Rede sein. Als Eckpfeiler für die Rekrutierung der Jugend dienen so genannte Stützpunkte der JN, die man als Ortsgruppen beschreiben kann. Im November 2009 wurden gleich drei solcher Stützpunkte für Oschatz, Torgau und Delitzsch/Eilenburg gegründet. Während der Stützpunkt für Delitzsch/Eilenburg starke Aktivi-

[3] So beim NORDSACHSENVERSAND und deren Betreibern in Eilenburg. Der Versand hatte eine CD der Naziband „GIGI & DIE BRAUNEN STADTMUSIKANTEN“ vertrieben, auf der in einem Lied den NSU-Morden gehuldigt wird. Auch die aktionsorientierte Szene in Nordsachsen war nach den Spontanaufmärschen der sogenannten „Unsterblichen“ im Visier der Polizei. Neonazis aus Nordsachsen waren auch an gewalttätigen Übergriffen in Berlin während eines Aufmarschs beteiligt. Sie erhielten Polizeibesuch, nachdem Antifaschist_innen Fotos der Übergriffe veröffentlicht hatten.

täten entfaltete, mangelte es in Oschatz und Torgau an Neonazis mit Führungsqualitäten. So fusionierten die genannten Stützpunkte im Juni 2011 zur JN-Nordsachsen. Was eigentlich eine Niederlage war, wurde der Öffentlichkeit als organisatorischer Fortschritt verkauft.

Paul Rzehaczek – Führungsnachwuchs aus Eilenburg

Den Vorsitz des vermutlich mitgliederstärksten JN-Verbandes übernahm der Eilenburger Nachwuchskader Paul Rzehaczek. Dieser hatte zuvor bereits den Stützpunkt Delitzsch/Eilenburg geleitet. Rzehaczek ist auch Landesorganisationsleiter der JN in Sachsen, Vorstandsmitglied des nordsächsischen NPD-Kreisverbandes und Aktivist im Umfeld des AKTIONSBÜROS NORDSACHSEN. Seine Aufgabe ist es auch, für die Umsetzung der politischen Leitlinie der JN zu sorgen, welche von der NPD vorgegeben wird. Dazu gehört u.a. die Durchführung von Schulungen für Neonazis. Dazu stehen der JN als „nationale Schulungszentren“ angepriesene Immobilien in Oschatz, Eilenburg und Delitzsch zur Verfügung. In diesen finden mehr oder weniger regelmäßig Veranstaltungen der NPD und der JN statt. Die Schulungen dienen der ideologischen und strukturellen Festigung der Neonazis, der Parteibindung der Einzelakteure und generell als Anlaufpunkt für Personen des rechten Spektrums. Aber auch für eine breite Palette an Freizeitangeboten sorgt die JN, um ihren Mitgliedern und Sympathisant_innen eine rechte Lebenswelt zu bieten. In den vergangenen Jahren fanden immer wieder Fußballturniere, Kameradschaftsläufe, Sonnenwendfeiern und „Trainingslager“ in Nordsachsen statt, zuletzt mit zunehmend überregionaler Beteiligung. Das Trainingslager im Jahr 2011 stand unter dem Motto: „Gelobt sei, was hart macht!“ und sollte dazu dienen, „die Palette sinnvoller Jugendarbeit zu erweitern“. Die Beschreibungen der Neonazis

weisen jedoch eher auf eine Wehrsportveranstaltung hin: Trainiert wurden „Würgen, Hebel“ und „Abwehrtechniken gegen Schlag und Tritt“.

Modellregion Nordsachsen?

Es ist anzuzweifeln, dass der Landkreis Nordsachsen der von Scheffler ins Auge gefassten „Modellregion“ entspricht. Zu sehr haben die Neonazis mit inneren Widersprüchen zu kämpfen, die sich aus der engen Kooperation zwischen der NPD und den sich revolutionär gerierenden FREIEN KRÄFTEN ergeben. Hinzu kommt, dass es in letzter Zeit verstärkte polizeiliche Ermittlungen und Hausdurchsuchungen innerhalb der Szene gab.^[3] Zu diesen Hindernissen kommen stark übertriebene Erfolgsmeldungen, wie der angebliche Aufbau eines flächendeckenden Stützpunktnetzes. Solche propagandistischen Meldungen lassen am Realitätsbezug der Protagonisten zweifeln, zumal Unwahrheiten wohl kaum die innere Geschlossenheit der Szene befördern dürften.

Trotzdem, Neonazis haben es in in etlichen Orten Nordsachsens geschafft eine feste Szene zu etablieren, und sie sind im vopolitischen Raum vor allem bei Jugendlichen nach wie vor anschlussfähig. Die Rekrutierung von Jugendlichen funktioniert mancherorts so gut, dass alternative, nicht-rechte Jugendliche entweder in ständiger Bedrohung leben oder bereits weggezogen sind. Dieser Zustand rechter Vorherrschaft darf jedoch keinesfalls als „Normalität“ oder „Ruhe“ missinterpretiert werden. Glücklicherweise war die Neonaziszene trotz fortschreitender Ideologisierung bisher nicht in der Lage, einen solchen Zustand gewinnbringend für den Aufbau weiterer Strukturen zu nutzen.

Ein Maß für die Verankerung neonazistischer Ideologie in der Bevölkerung ist das Abschneiden der NPD bei den Wahlen auf Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene. Ihr Wahlpotential liegt konstant bei über fünf Prozent – das reicht um der Partei einen staatlichen Geldsegen zu beschern. Ein Teil der Gelder fließt dann wieder an jene Gruppen zurück, die in Nordsachsen die Basisarbeit leisten. Ein flächendeckendes Netzwerk an Stützpunkten gibt es trotzdem noch nicht. Bleibt zu hoffen, dass das so bleibt. Um neonazistisches Gedankengut zurückzudrängen, sind hingegen enorme Anstrengungen vonnöten. Eine feste, durch-ideologisierte, organisierte und gewaltbereite Neonaziszene verschwindet nicht von heute auf morgen, auch nicht mit einem NPD-Verbot.



Spitzentreffen nordsächsischer Kader: Kai Rzehaczek (l.), Maik Scheffler (m.) und Paul Rzehaczek (r.) am Rande einer antifaschistischen Demonstration in Delitzsch am 16.03.2012

Der Artikel erschien erstmalig im September 2012 in der Online-Broschüre „Nordsächsische Zustände“.

IM GEDENKEN AN DIE OPFER RECHTER UND RASSISTISCHER GEWALT IN SACHSEN

JORGE JOÃO GOMONDAI – am 31. März 1991 in Dresden

WALTRAUD SCHEFFLER – am 11. Oktober 1992 in Geierswalde

MIKE ZERNA – am 19. Februar 1993 in Hoyerswerda

KLAUS R. – am 28. Mai 1994 in Leipzig

PETER T. – am 25. Mai 1995 in Hohenstein-Ernstthal

DAGMAR KOHLMANN – am 16. Juli 1995 in Oberwald (Stausee)

BERND G. – am 8. Mai 1996 in Leipzig

ACHMED BACHIR – am 21. November 1996 in Leipzig

NUNO LOURENCO – am 29. Dezember 1998 in Leipzig

PATRICK THÜRMER – am 3. Oktober 1999 in Hohenstein-Ernstthal

BERND SCHMIDT – am 31. Januar 2000 in Weißwasser

GÜNTER T. – am 20. April 2003 in Riesa

KARL-HEINZ TEICHMANN – am 23. Juli 2008 in Leipzig

MARWA EL-SHERBINI – am 1. Juli 2009 in Dresden

KAMAL KILADE – am 24. Oktober 2010 in Leipzig

ANDRÉ K. – am 27. Mai 2011 in Oschatz



LEIPZIGER TRADITION

Neonazis in der Fanszene des 1. FC Lok Leipzig

Von chronik.LE

Kaum ein Begriff wird von Fußballfans so überladen wie der Tradition. Tradition ist da per se etwas gutes, Tradition wird von den Fans hochgehalten. Am 31. Oktober 2012 gab es ein „Derby der Traditionsteams“, wie der MDR zu berichten wusste. Gemeint war das Spiel des 1. FC Lokomotive Leipzig gegen den 1. FC Magdeburg. Die Fans der Vereine verbindet eine traditionelle Abneigung. Solche Spiele haben für aktive Fans immer eine besondere Bedeutung. Hier wird sich nicht nur auf dem Platz gemessen, sondern auch auf den Rängen.

Doch während die gastgebende LOK das Spiel auf dem Feld gewinnt, herrscht auf den Rängen eher Tristesse. Nur etwa 300 der 2.500 LOK-Fans machen die Stimmung, ihre Sprüche und Gesänge sind im besten Fall einfalllos, gern martialisch. Der Gegner aus Magdeburg wird von jenen Fans mehrfach mit dem Begriff „Asylanten“ belegt, was in dem Fall wohl eine Beleidigung sein soll.

Die aktive Fanszene des 1. FC LOKOMOTIVE LEIPZIG 2012: Es sind vornehmlich junge Männer, eher schwarz gekleidet als blau-gelb, die sich selbst als „Hooligans“ bezeichnen - das ist auch einer ihrer „Gesänge“^[1] Sie scharen sich hinter dem Logo von SCENARIO, der derzeit aktivsten Fangruppierung bei LOK. Einer sticht heraus, im gelbem Pullover mimt er den Vorsänger der Gruppe, den Capo: Marcus W., Neonazi, FREIE KRÄFTE LEIPZIG.^[2]

SCENARIO - rechte Ultras

Über die Fangruppierung SCENARIO muss eigentlich nicht viel gesagt werden, Aufklärungsarbeit ist nicht mehr notwendig. Selbst der Verfassungsschutz hat nach mehreren Medienberichten erkannt: SCENARIO ist eine neonazistisch dominierte Fangruppierung.^[3] Führungsstellen sind bekannte Leipziger Kader der jugendsubkulturell orientierten FREIEN KRÄFTE^[4], eine ihrer letzten Partys fand im lokalen NPD-Zentrum statt, es gab Übergriffe auf Besucher_innen eines Sommerfestes vom nebenan gelegenen Künstler_innen-Haus.

Zwischen 2004 und 2006 entstanden innerhalb der LOK-Fanszene mehrere neue Ultra-Gruppierungen: SCENARIO sowie die ULTRAS LOK LEIPZIG, BLUE SIDE und zuletzt die BLUE CAPS. Erst im Laufe der Zeit zeigte der Einfluß älterer Neonazis und Nazihoods bei SCENARIO, ULTRAS LOK LEIPZIG und BLUE CAPS Wirkung. Während sich die Ultras von BLUE SIDE auf die Unterstützung der eigenen Mannschaft konzentrierten, Fan choreographien entwickelten und mit Gesängen und Rufen supporteten, verlegten sich SCENARIO, die ULTRAS LOK LEIPZIG und die BLUE CAPS zunehmend auf hooligantypische körperliche Auseinandersetzungen abseits des Stadions. Dieses „Selbstverständnis“ hat sich bis heute gehalten.

Die BLUE CAPS erlangten eine gewisse „Berühmtheit“, als Journalist_innen nach schweren Ausschreitungen bei einem Pokalspiel im Jahr 2007 gegen die zweite Mannschaft von ERZGEBIRGE AUE die Fanszene von LOK LEIPZIG genauer unter die Lupe nahmen. So zeigte sich, dass die Gruppierungen trotz ihrer neonazistischen Verbindungen und Ausrichtung jahrelang im damaligen Fanprojekt ein- und ausgingen. Ein Foto zeigt die ULTRAS LOK LEIPZIG mit ihrer Zaunsfahne vor dem Eingang des damaligen Fanprojektgebäudes. Diese Zaunsfahne, in den von Nazis gern genutzten Farben schwarz-weiß-rot, war mit dem Namen der Gruppierung sowie „Nationaler Widerstand“ beschriftet.

Strategiewechsel im Stadion

Ob willkommen oder nicht: Der Verein LOK LEIPZIG nutzte dieses und ein weiteres Ereignis im Jahr 2008, um die neonazistisch ausgerichteten Gruppierungen vom Stadion fern zu halten. Die BLUE CAPS hatten eine Demonstration der FREIEN KRÄFTE und der NPD-Nachwuchsorganisation JN LEIPZIG auf ihrer Internetseite beworben.^[5] Der Verein erließ seinerzeit ein Verbot für Symbole und Schriftzüge der BLUE CAPS sowie einzelne Hausverbote. Außerdem ging LOK ju-

Etwas 2000 LOK-Fans nahmen 2012 an einem Fanmarsch teil, der von der Nazigruppe ULTRAS LOK organisiert wurde. An der Spitze läuft deren „Capo“ Markus W. (rechts). Seit Jahren ist er aktiver Neonazi in Leipzig, unter anderem bei den FREIEN KRÄFTEN.

[1] „Wir sind die Krieger - wir sind die Fans - Lokomotive Hooligans“

[2] W. tritt bei Neonazi-Aufmärschen als „Ordner“ in Erscheinung, so 2012 in Magdeburg und Dresden. W. gehört mutmaßlich zum sogenannten „Ordnungsdienst“ der NPD / JN, der 2010 von hochrangigen NPD-Mitarbeitern in Vorbereitung auf den „Trauermarsch“ in Dresden gegründet wurde. Bei einem seiner Einsätze in Geithain, am „Tag der Identität“ der dortigen FREIEN KRÄFTE, wurden zwei junge Menschen aus einer größeren Gruppe Neonazis heraus angegriffen und verletzt. Marcus W. hatte Hausverbot bei LOK wegen eines äußerst brutalen Angriffs von Anhängern des 1. FC LOKOMOTIVE nach einem Spiel der BSG CHEMIE LEIPZIG im Oktober 2009; siehe auch: <http://agdoc.wordpress.com/2009/10/04/brutaler-neonazi-uberfall-nach-fussballspiel-der-bsg-chemie-leipzig-fordert-schwerverletzten>

ristisch gegen die Verwendung seines markenrechtlich geschützten Vereinslogos auf der Homepage der Gruppe vor.

Zwischen 2007 und Ende 2011 waren jene offenen Gruppierungen, da sie nicht ins Stadion durften, in ihrem Tun stark eingeschränkt. Das führte offenbar auch zu einem Umdenken bei den Akteuren: Allzu offensichtliche Verbindungen zwischen Fan- und Neonaziszene im wie außerhalb des Stadions wurden vermieden. Der „Nationale Widerstand“, also die ULTRAS LOK LEIPZIG, lösten sich auf, genauer: sie traten über, wie der User „Nordland“ im Fanforum von LOK LEIPZIG berichtete. „Nordland“ ist der bereits erwähnte Capo von SCENARIO, Markus W. Er schrieb im üblich heroischen Stil: „Die ULTRAS LOK LEIPZIG sind vor einigen Jahren komplett zu SCENARIO übergetreten und seit dem wird der Name als ehrenvolle Sektion von SL [SCENARIO LEIPZIG / die Redaktion] verwendet.“ Auch die seit 2008 nach der Nazidemo mit Hausverboten belegten BLUE CAPS existieren nunmehr als Gruppierung nicht mehr, die Verbindungen zur JN und zum NPD-Zentrum in der Lindenauer Odermannstraße 8 waren wohl zu eindeutig. In dieser Zeit gelang es dem Verein, sich als aktiv im Kampf gegen Neonazismus im Stadion darzustellen. Die verbliebene Ultra-Gruppierung Blue Side konnte mehr oder weniger unbehelligt agieren, es gab Aktionen zum UEFA-ANTIRASSISMUS-TAG und der Verein blieb von weiteren Skandalen weitgehend verschont. Im Jahr 2011 allerdings liefen die letzten Haus- und Stadionverbote, die diese Szene betrafen, aus. Seitdem scheint sich ein gewisser Burgfrieden eingestellt zu haben, sprich: solange die seit Jahren bekannten Neonazi-Akteure nicht mehr vereinschädigend agieren, werden sie vom Verein geduldet. Dem Verein LOK LEIPZIG, der damals auf öffentlichen Druck hin Neonazis ausgeschlossen hat, liegt nachvollziehbar viel daran, nicht mehr negativ ins Licht der Öffentlichkeit gerückt zu werden. Viel mehr scheint hinter dem Kampf gegen Neonazis im Stadion allerdings auch damals nicht gesteckt zu haben.

„Heim ins Stadion“

Das „Tauwetter“ für jene Gruppierungen deutete sich im April 2011 an. Damals war ein junges Mitglied der SCENARIOS bei einem Verkehrsunfall verstorben. BLUE CAPS wie SCENARIO riefen deswegen zu einem „Trauermarsch“ auf. Der ästhetisch eindeutig an Nazi-Aufmärsche angelehnte „Trauermarsch“, mit Fackeln und allem Pipapo, vom organisierten Neonazispektrum angeführt, führte direkt ins Stadion zum Spiel des 1. FC LOK gegen CARL ZEISS JENA II.^[6] Und alle kamen sie damals rein, obwohl die Stadionverbote noch nicht ausgelaufen waren. Verein, ehemaliges Fanprojekt und Polizei schoben sich die Schuld dafür gegenseitig zu, verantwortlich wollte niemand sein.

Die neuen alten Handlungsspielräume nutzend, griffen SCENARIO & Friends nach der Rückkehr ins Stadion erstmal durch: „Interne Streitigkeiten“ der BLUE SIDE zum Anlass nehmend, setzten sie mit Gewalt die Auflösung der Gruppe durch: „die gruppe scenario lok hatte gestern aufgrund der spannungen in der fanszene beschlossen die gruppe blue-side-lok aufzulösen. dies geschah im interesse der fanszene leipzig und wird von der mehrheit der fanszene begrüßt“, schrieb der User „Scenario“ in einem Hooliganforum.^[7] Ganz so unumstritten, wie vom Autor dieser Zeilen dargestellt, ist das Ganze aber nicht. In Fankreisen wird seitdem immer wieder gefragt, wie die Auflösung ablief und was deren Hintergrund gewesen sein soll. BLUE SIDE hatte mit den Choreografien und der Stimmung im Stadion nämlich einige Sympathien in der Fanszene erworben. Mit der Stimmung im Stadion war es schlagartig vorbei, die damals bereits sinkenden Zuschauer_innen-Zahlen erreichten neue Tiefststände, trotz sportlichem Erfolg und Aufstieg. Neben der (fehlenden) Stimmung liegt das unter anderem auch daran, dass Teile der Fanszene bei LOK nicht mehr ins Stadion gehen - weil sie keine Lust haben, in einem von Neonazis dominierten Fanblock zu stehen, oder weil sie selbst Angst haben, von jenen behelligt zu werden. >>>

[3] LVZ-Online vom 07.12.2012

[4] neben Marcus W. sind dies u.a. die „Twins“, Dittmar und Andreas Sch., der NPD-Stadtratskandidat Andreas Siegel oder Istvan Repaczki, ehemals führender Kopf der Leipziger Naziszene

[5] <http://www.chronikle.org/ereignis/lok-fangruppierung-blue-caps-bewirbt-demonstration-jn>

[6] <http://www.chronikle.org/ereignis/lok-leipzig-neonazis-trauermarsch-verstorbenen>

[7] <http://forum.football-thugs.net/hooligans-deutschland/1-fc-lokomotive-leipzig-230/1-fc-lokomotive-leipzig-5461/index9.html>

[8] Dieser Reim stammt aus dem Titel „Das Ende“ der neonazistischen Band Sleipnir: „Man macht uns zu Verbrechern, zu finsternen Gestalten, doch so lange Deutschland fällt, werden wir die Stellung halten.“

[9] www.chronikle.org/ereignis/nazidrohungen-beenden-sommerfest-leipziger-kunstvereins

[10] Das ganze Zitat lautet: „Unsrer Väter heißes Sehnen/-Deutschlands Einheit – ist erstritten./ Unsre Söhne haben freudig/ Für das Reich den Tod erlitten./ Enkel mögen kraftvoll walten./ Schwer Errungnes zu erhalten!“ Das Motto fand sich unter anderem auf dem 1946 abgerissenen Siegesdenkmal in der Leipziger Innenstadt, welches an den deutsch-französischen Krieg 1870/71 erinnerte. In der patriotisch-nationalistischen Stimmung des Kaiserreichs spielte es auch in der Gründungszeit des DFB eine wichtige Rolle. Zur Eröffnung des Bruno-Plache-Stadions soll der damalige Vereinspräsident das Motto ebenfalls zitiert haben. Vgl. u.a.: Havemann, Nils: Fußball unterm Hakenkreuz, Mainz 2005. S. 34. Zum Siegesdenkmal: <http://www.leipzig-lexikon.de/DENKMAL/sieg.htm>

Seitdem versucht SCENARIO sich als der große und starke Einheitsbringer innerhalb der Fanszene zu gerieren. Noch nach der Auflösung der BLUE SIDE veröffentlichten die verbliebenen Gruppierungen SCENARIO und BLUE CAPS ein Fanzine unter dem Titel FANZENE LOK LEIPZIG, in welchem jene Einheit gepriesen wurde. BLUE SIDE wird hier sogar noch als gleichberechtigte Gruppierung erwähnt, allerdings ungefragt, weil aufgelöst. Alle Versuche von SCENARIO, etwas „Neues“ aufzubauen, fanden bisher noch keine große Würdigung der restlichen Fans. Das mag auch an der praktischen Kreativitätslosigkeit der Nazis liegen, die zwar Spruchbänder malern und Fangesänge initiieren, an martialisch-heroischer Dämlichkeit aber kaum zu übertreffen sind.

Wissend um den eigenen Ruf orakelten die Gelegenheitsdichter beim Spiel 1. FC LOK gegen den 1. FC MAGDEBURG am 31.10.2012 auf einem Transparent: „Man macht uns zu Verbrechern, zu finsternen Gestalten – doch selbst wenn LOK LEIPZIG fällt werden wir die Stellung halten. SCENARIO LOK“^[8] Ob sie selbst einen Zusammenhang herstellen wollten zwischen dem Wirken ihrer Gruppe und dem soldatischen Ableben des Vereins LOK LEIPZIG, ist eher unwahrscheinlich. Die Tatsache, dass SCENARIO als einzige aktive Gruppe innerhalb der Fanszene übrig geblieben ist, mag auch erklären, dass der Verein seine Nazis derzeit gewähren lässt – denn ohne SCENARIO wäre da gar nichts mehr. Beispielhaft dafür ein weiterer Eintrag des Users „Nordland“ (Marcus W.) im LOK-Forum, der die Hoffnungen der SCENARIOS Ende 2011 spiegelt:

„Dies [die erstmalige Anwesenheit der ehemaligen Stadionverbotler / die Redaktion] ist auch der Grund, warum Stimmung vom Tor 1 zu diesem Spiel aus ging, denn die aktive Szene formiert sich unter SL komplett neu und man kann durch geballte Kraft und unter gesamter Gruppenstärke endlich etwas Großes (inklusive Stimmung) bei Lok aufbauen. Hoffentlich lässt man uns in Ruhe an der Sache arbeiten und legt uns nicht Steine in Form von erneuerten SV's und Hausverboten in den Weg.“

Geballte Kraft und Gruppenstärke - das mag beim Hooliganschlagabtausch auf der Wiese helfen, „Stimmung“ ist aber nicht automatisch „inklusive“, wie Scenariio nachhaltig beweist.

SCENARIO 2012 - Tonangebend im Stadion, schlagkräftig gegen politische Gegner_innen

„Geballte Kraft“ und „Gruppenstärke“ bewies man auch an anderer Stelle, außerhalb des Stadions. Während einer Sommerparty im Nazizentrum in der Odermannstraße 8 am 18.8.2012 zog SCENARIO das Auge der Ordnungshüter_innen auf sich. Einigen SL-Anhänger_innen wurde es im Innenhof der Trutzburg, aus dem u.a. Musik der Nazi-Band GIGI UND DIE BRAUNEN STADTMUSIKANTEN schallte, scheinbar zu eng. Sie suchten die Sommerfeier eines benachbarten Kunstvereins auf, bepöbelten und bedrohten dessen Gäste. Es fielen Sprüche wie „Scheiß Zecken“ und „Jud Süß“, ebenso wurde Gewalt angedroht.^[9]

Die Polizei verhinderte in dieser Nacht, dass es zu tätlichen Angriffen der Fußball-Anhänger auf die Kunstvereinsgäste kam, wurde beim Zurückdrängen der Meute ins Nazizentrum allerdings selbst, u.a. mit Pflastersteinen, attackiert, wobei vier Beamte_innen verletzt wurden. Mehrere der Angreifer trugen das SCENARIO-Motto-Shirt mit der Aufschrift „Leipziger Tradition“. Auf der Rückseite prangt das patriotisch-nationalistische, aus der Kaiserzeit stammende Motto: „Enkel mögen kraftvoll walten, schwer Errungnes zu erhalten.“^[10] Dieses T-Shirt erlebte sein offizielles Verkaufsdebüt erst eine Woche später am 26.8. am Verkaufsstand von SCENARIO beim LOK-Heimspiel. Eine weitere Woche später säumte es die Reihen des Fanmarsches zum Leipziger Zentralstadion, wo das als Sicherheitsspiel eingestufte Derby zwischen REDBULL-LEIPZIG und LOK stattfinden sollte.

Mit dem eigens organisierten und angemeldeten Fanmarsch, an dem an die 2000 LOK-Fans teilnahmen, erreichten die Aktivitäten von SCENARIO einen vorläufigen Höhepunkt. Selbst die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG wies im Vorfeld darauf hin, dass die Organisatoren als „LOK-Problemanhänger aus dem rechten Spektrum“

gelten. Der Sicherheitsbeauftragte des Vereins, Steffen Kubald, wusste darauf nicht mehr zu sagen, als dass der „Umzug nichts mit dem Verein zu tun“ habe. Ein Lippenbekenntnis, denn im Umgang mit der Fangruppe und ihren Devotionalien gibt sich der Verein gelassen. Das auch bei den Bedrohungs- und Übergriffsaktionen in der Odermannstraße aufgetauchte „Leipziger Tradition“-T-Shirt wurde während des Derbys nicht nur von großen Teilen des Fanmarsches getragen, sondern auch von Spielern und Betreuer_innen des Vereins selbst. Das geschützte offizielle LOK-Logo, dessen Nutzung vom Verein eigentlich freigegeben werden muss, ist Bestandteil des grafischen Dilettantismus auf den „Traditions“-Shirt. Das Vereinslogo prangte auch auf dem Riesentransparent, das SCENARIO während des Derbys gegen RedBull-Leipzig enthüllte. Darunter stand die Formel „Ehre und Stolz“^[11], eine Formel nationalistischer, reaktionärer Bewegungen und beliebtes Motiv auf Nazi-Bekleidung. Für die Anfertigung des Transparentes nutzten die SCENARIO-GängerInnen augenscheinlich das Vereinsgelände des 1. FC LOKOMOTIVE. Immer wieder kehrendes Thema der Choreografien ist auch das seit Anfang 2012 in neuer Trägerschaft arbeitende Leipziger Fußball-Fanprojekt, das von SCENARIO abgelehnt wird. „OUTLAW boykottieren – Zusammenhalt demonstrieren“, so eine der entsprechenden propagandistischen Interventionen im Stadion.

Hat auch Tradition: Ignorieren und Leugnen

Das Problem starker und gewaltsam auftretender rechter Fans beim 1. FC LOKOMOTIVE LEIPZIG ist seit Jahren hinlänglich bekannt. Doch nicht einmal dies zuzugeben, ist der Verein bereit. Wurde bei den BLUE CAPS auf öffentlichen Druck hin noch reagiert, verweigert LOK bezüglich SCENARIO jeglichen Kommentar. Von Handeln kann erst recht keine Rede sein. Dabei ist den Altvorderen des Vereins, allen voran dem gegenwärtigen Sicherheitschef und Vereinspräsidenten a.D. Steffen Kubald, durchaus bekannt, wie es Bestrebungen von Fans und Fangruppen ergeht, die in Abgrenzung oder einfach neben SCENARIO LOK ihren Platz im Stadion such(t)en. SCENARIO reagiert

mit Drohungen und im äußersten mit Gewalt. Mit sozialpädagogisch ausgerichteten Fußballfanprojekt wird nicht kooperiert. Verschiedene Kommunikationsversuche und Verabredungen werden seitens des Vereins ausgesessen.

Es verwundert vor diesem Hintergrund kaum, dass als neuer Vereinsfanbeauftragter ausgerechnet Udo Ueberschär im Gespräch ist. Ueberschär war Chef des ehemaligen Fanprojektes, das Nazis über Jahre Räume und Ressourcen bot und einen mehr als mangelhaften sozialpädagogischen Anspruch aufwies. Ueberschär verhinderte über mehr als zwei Jahre mit dem sächsischen Innenministerium im Rücken den von den Gremien des Stadtrates beschlossenen und dem DFB unterstützten Übergang der Trägerschaft für die unabhängige Fußballfanarbeit an den neuen Träger OUTLAW GMBH. Jetzt verhindert das Duo Kubald-Ueberschär eine offene Problemanalyse der LOK-Fanszene und das Tätigwerden des neuen Fanprojektes, das explizit im Sinne einer demokratischen, toleranten Fankultur arbeitet. Um den eigenen Unwillen zu kaschieren, gibt der Verein die Unfähigkeit des Fanprojektes vor, Zugang zur Fanschaft zu finden. Mit dieser Tatsachenverdrehung beantragte LOK im Herbst 2012 beim Innenministerium die Finanzierung eines eigenen Fanprojektes, was allerdings abgelehnt wurde. Anfragen von Medien bezüglich des Umgangs mit SCENARIO und dessen Neonazi-Protagonisten sitzt der Verein aus. Kein Wunder, denn angesichts von Verkaufsständen bei Spielen und der scheinbar unwidersprochenen und durch zahlreiche Vereinsprotagonist_innen sogar unterstützten Verbreitung des „Leipziger Tradition“-T-Shirts, müsste der Verein die Unterstützung einer sogar vom SÄCHSISCHEN LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ als „rechtsextremistisch“ eingestuftem Gruppierung öffentlich eingestehen. Die STADT LEIPZIG scheint ebenfalls nicht gewillt, den



Klares politisches Bekenntnis: Ultras Lok Leipzig mit ihrer Zaunsfahne vor dem Eingang des ehemaligen Leipziger Fanprojektgebäudes

[11] http://web331.webgo24-server6.de/scenario/2012_lok_rb/IMG_8999.html

[12] <http://jule.linxxnet.de/index.php/2012/11/antwort-auf-anfrage-zu-neonazistischen-bestrebungen-beim-1-fc-lok>

[13] http://www.leipzig.de/imperia/md/content/52_sport-undbaederamt/spof__rl_endfassung.pdf

Verein zum Handeln zu bringen. Obwohl dem zuständigen Sportamt Informationen über die neueren Erkenntnisse des Verfassungsschutzes vorliegen, lautet die Antwort auf eine öffentliche Stadtratsanfrage: „Das LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ hat an die STADT LEIPZIG bisher keine Erkenntnisse hinsichtlich beobachteter Fanggruppierungen des 1. FC LOKOMOTIVE übermittelt.“^[12]

Auch der Rest der Antwort zeugt vom Unwillen der Stadt, das offensichtliche Problem zu benennen. Vielmehr wird der ebenso untätige Verein in Schutz genommen. So bewegen sich laut Antwort „Fanggruppierungen im Umfeld des Sportvereins 1. FC LOK, ohne aber zugehörig zu sein und ohne dass das Einverständnis des Vereins für diese einseitige Sympathie vorliegt“. Diese fadenscheinige Behauptung wird nicht nur durch die massive und geduldete Präsenz von SCENARIO bei jedem Spiel oder die benannten Verkaufsstände am Stadion widerlegt, sondern auch durch Informationen aus anderen Gremien. So gibt es laut Sicherheitschef Steffen Kubald Absprachen und Vereinbarungen mit SCENARIO. Absprachen lassen sich allerdings nur treffen, wenn auch miteinander gesprochen wird. Die Schwierigkeit der „Identifizierung gewaltbereiter und rechtsextremistischer Fans“, die Vereinschef Notzon in einem Brief an das Sportamt entschuldigend vorbringt, ist zudem unglaublich: Sowohl Steffen Kubald als auch Udo Ueberschär kennen aus den Zeiten des alten Fanprojektes den harten Kern von SCENARIO sehr gut. Die STADT LEIPZIG hätte, wenn sie wollte, ausreichend Möglichkeiten den Verein unter Druck zu setzen. In die 2010 novellierte Sportförderungsrichtlinie ist explizit ein Antidiskriminierungsparagraf aufgenommen worden. Demnach darf der/die Empfänger/in von Sportförderungsmitteln „kein gewalttätiges, rassistisches, antisemitisches oder anderweitig diskriminierendes Gedankengut“ pflegen oder verbreiten, sonst drohen Ausschluss aus der Förderungen oder sogar Rückforderungen.^[13] Auch das derzeitige Interesse des 1. FC LOK, das Erbbaupachtrecht für das BRUNO-PLACHE-STADION mit Unterstützung der Stadt vom Insolvenzverwalter zurückzukaufen, könnte an die Bedingung geknüpft werden, einen adäquaten Umgang mit neonazistischen Fans an den Tag zu legen.

Das Stadion ist der Tellerrand?

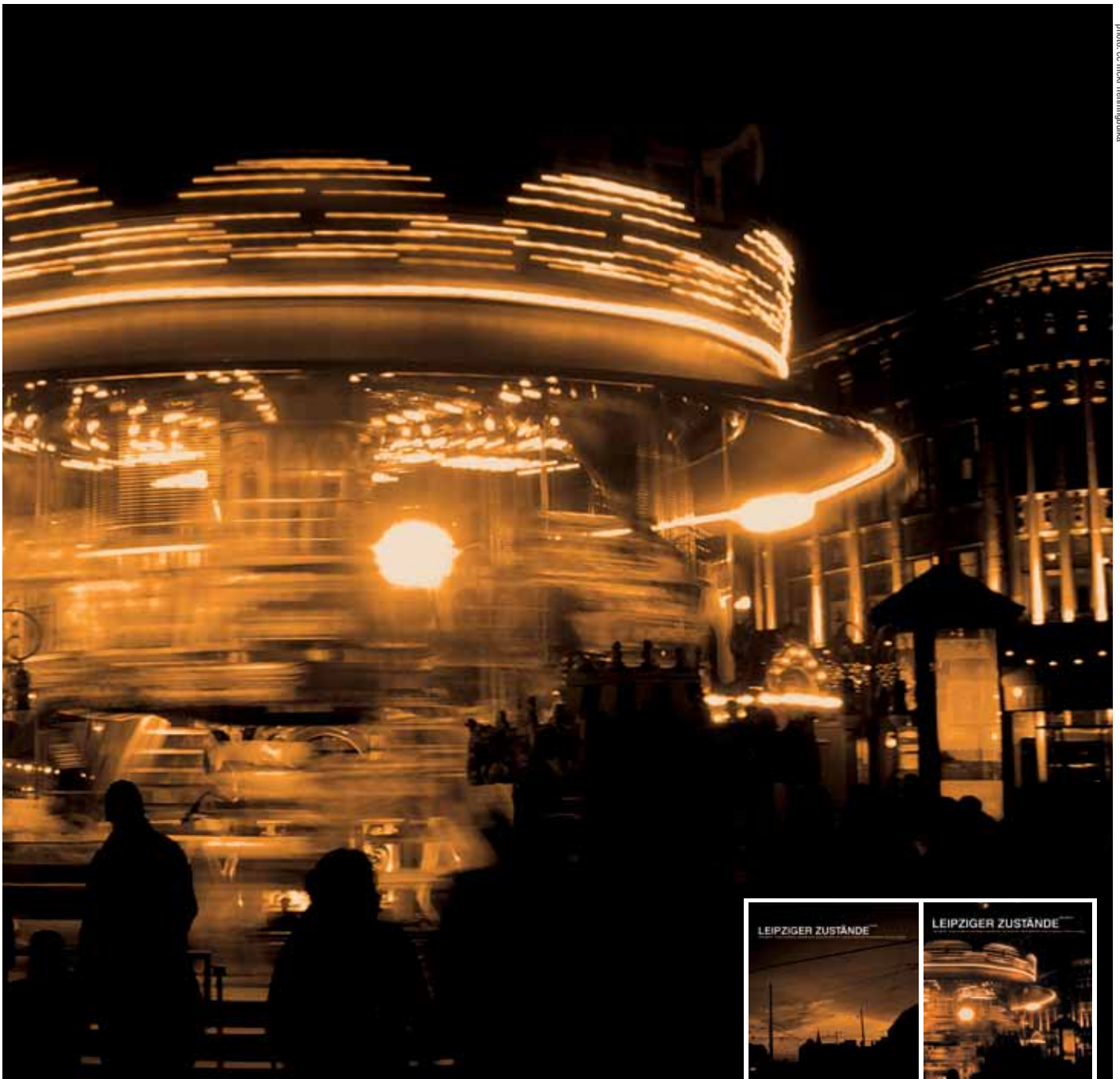
Doch Stadt und Verein reden sich mit einer alten und

beliebten Formel raus: Unsere Zuständigkeit endet am Ausgang des Stadions. Wenn SCENARIO also anderswo menschenverachtende Ideologien propagiert oder bspw. in und um das Nazizentrum in der Odermannstraße Gewalt gegen Menschen ausübt, die nicht in ihr Weltbild passen, hätte das nichts mit ihrem Status als LOK-Fanggruppe zu tun. Über die Feinheit des Verwendens des LOK-Vereinslogos wird hinweg gesehen. Viel schlimmer aber noch, wird so die gesellschaftliche Verantwortung, die sowohl Sportvereine als auch Stadtverwaltungen haben, geleugnet.

Im JUGENDHILFEAUSSCHUSS DER STADT LEIPZIG verdeutlichte im September 2012 der Bericht eines Jugendclubs aus Liebertwolkwitz sehr gut, worum es geht: Nach Aussagen des dort tätigen Sozialarbeiters hätten sich nach der Sommerparty von SCENARIO einige etwa 14-jährige Clubbesucher bekannt, bei jener Veranstaltung im NPD-Zentrum gewesen zu sein und zu SCENARIO zu gehören. SCENARIO macht also Jugendarbeit, die natürlich über die Zeit im Stadion hinausgeht und den Einstieg in die Neonazi-Szene ebnet. SCENARIO ist für viele jugendliche Fans der zentrale Identifikationspunkt ihres Fanlebens, die, die im Stadion die Stimmung machen und die auch nach dem Spiel eine verschworene Gemeinschaft bilden.

Zumindest der Beirat des Leipziger Fanprojektes, der sich aus Repräsentant_innen und Akteur_innen aus Politik, Fußball, Polizei, Wissenschaft und Verwaltung zusammensetzt, nimmt das Problem ernster als das zuständige Fachamt. In seiner Novembersitzung gab es dort einen längeren Austausch über den (Nicht-)Umgang mit problematischen LOK-Fans. Die Botschaft sowohl von Fußballverband und Polizei als auch Politik war: Der Verein muss sich der Problematik stellen und die Blockadehaltung gegenüber dem Fanprojekt aufgeben.

Wenn der Verein nicht endlich aktiv wird, wird er perspektivisch für nicht-rechte Menschen noch unattraktiver werden. Schon jetzt lässt sich eine Abnahme der Besucher_innenzahlen bei Spielen konstatieren, was nicht nur an den mäßigen sportlichen Erfolgen des Vereins liegt. Es steht die Frage ob der Verein, flankiert durch die Stadt, einer nicht-rechten, demokratisch orientierten Fanschaft den Weg ebnet oder doch sein Stillhalte-Abkommen mit den Nazis von SCENARIO LOK aufrecht erhalten will. Letzteres wäre wohl eher die Fortsetzung einer düsteren Leipziger Tradition - ein braunes Szenario.



03 KAPITEL

ZUSTÄNDE



Zustände gibt es in Leipzig schon sehr lange. Leipziger Zustände erst seit 2009. Vergangene Ausgaben können bei chronik.LE bestellt werden.



OBDACHLOSE ALS OPFER...

...sozialdarwinistisch motivierter Gewalt

Von Lucius Teidelbaum

Am 1. Juni 2011 verstarb der Obdachlose André K. in einem Leipziger Krankenhaus an den Folgen eines Angriffs. Er war am 27. Mai 2011 in Oschatz am Südbahnhof der Kleinbahn „Wilder Robert“ von mindestens fünf Männern mit über 30 Schlägen und Tritten schwer misshandelt worden. Am darauf folgenden Morgen wurde er in einem Warthäuschen mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden. Bei der Betrachtung der Tat fällt auf, dass der Mord an André K. in bestimmten Aspekten geradezu typisch für Gewalt gegen obdachlose Menschen und die Schwierigkeiten im Umgang damit ist.

Das Problem bei der Betrachtung von Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik beginnt schon bei der Begrifflichkeit und der unsicheren Faktenlage. Es werden nämlich von den deutschen Behörden keine Statistiken zur Zahl der Wohnungslosen geführt. Schätzungen der BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT WOHNUNGSLOSENHILFE (BAGW) zufolge gab es in Deutschland im Jahr 2010 ungefähr 250.000 Wohnungslose, d.h. Menschen, die nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügten. Damit sind vor allem Menschen gemeint, die von verdeckter oder latenter Wohnungslosigkeit betroffen sind. Von den 250.000 Wohnungslosen waren ‚nur‘ etwa 22.000 ohne jede Unterkunft, lebten also auf der Straße und waren damit obdachlos. Gewalt gegen Obdachlose ist kein Randphänomen, sondern eine häufig vorkommende Art von Hassverbrechen. Ihr schlimmstes Ergebnis ist der Mord an einem Menschen. Die bekannte Chronik der Zeitung DIE ZEIT verzeichnet von 1989 bis 2010 mindestens 28 ermordete Obdachlose durch rechte Gewalt.^[1] Eine von der BAG WOHNUNGSLOSENHILFE geführte Statistik verzeichnet für den Zeitraum 1989 bis 2011 sogar 167 wohnungslose Menschen, die von Täter_innen außerhalb der Wohnungslosenszene getötet wurden. Ein Todesopfer von Gewalt gegen Obdachlose war der 50-jährige André K. aus Oschatz.

Der Mord an André K.

Die Strafverfolgung gegen die Täter war relativ schnell erfolgreich. Am 8. Juni 2011 nahm die Polizei drei Männer im Alter von 25 bis 36 Jahren fest. Wenig später wurden auch die restlichen Täter ermittelt. Im Februar 2012 begann der Prozess gegen die sechs Tat-

beteiligten Sebastian B. (26), Silvio H. (36), Tommy J. (19), Chris K. (16), David O. (16) und Ronny S. (27). Die Täter waren damit mehrheitlich Jugendliche und heranwachsende Männer. Genau das entspricht auch dem typischen Täter_innen-Profil von sozialdarwinistisch motivierter Gewalt gegen obdachlose Menschen.

Wie bereits vor Prozessbeginn bekannt wurde, befand sich unter den Festgenommenen mit dem 27-jährigen Ronny S. aus Oschatz ein Täter, der den ehemaligen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) OSCHATZ bzw. deren Nachfolgeorganisation JN NORDSACHSEN zuzurechnen ist. Neben dem Täter Ronny S. und seiner organisatorischen Verstrickung mit der extremen Rechten, wurden von einer Kennerin der Lage vor Ort noch zwei weitere Personen aus der Tätergruppe der rechten Szene zugerechnet.

Gewalt vor allem von Neonazis

Laut der Straßenzeitung MOTZ werden Gewalttaten gegen Obdachlose seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend von rechten Täter_innengruppen verübt – in Ostdeutschland wie auch in den alten Bundesländern. Seit 1998 sind es kaum noch Einzeltäter_innen, sondern zunehmend kleine Trupps von vier bis fünf Täter_innen. Neonazis haben zwar nicht das „Monopol“ auf sozialdarwinistisch motivierte Gewalt, aber sie finden sich in vielen Fällen auf der Täter_innen-seite. Allerdings lassen sich im Oschatzer Fall nicht alle der Täter eindeutig der rechten Szene zuordnen.

Dass viele Täter_innen von relativ eindeutig sozialdarwinistisch motivierter Gewalt gegen Obdachlose von den Behörden und Medien als „unpolitisch“ eingestuft werden, liegt an einem seltsamen Verständnis von rechten Taten. Demnach lassen sich rechte Taten allein durch die eindeutige Zuordnung der Täter_innen zur rechten Szene bestimmen. Eigentlich sollte jedoch vor allem die Täter_innengesinnung entscheidend sein. Gesinnungen aber sind häufig nicht durch äußere Anzeichen erkennbar, sondern verraten sich erst in Wort und Tat. Sowohl die Tat an sich, als auch die Tat-Rechtfertigung durch die Angeklagten vor Gericht bzw. in ihrem Umfeld verraten in vielen Fällen häufig erst die politische Dimension der Tat.

Nahe des Südbahnhofs in Oschatz wurde am 27. Mai 2011 der Obdachlose André K. zu Tode geprügelt.

Der Artikel erschien erstmalig in der Online-Broschüre „Nordsächsische Zustände“ im September 2012.

[1] www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/todesopfer-rechter-gewalt

„Im Suff einen sinnlosen Grund eingeredet“

Lange Zeit wurde in den Medien das Eintreiben von Schulden als Haupt-Tatmotiv im Fall von Andre K. vermutet. In anderen Fällen von Gewalt gegen Obdachlose wird Raub als Haupt-Motiv angegeben. Doch stellt sich hier die Frage warum gerade die Ärmsten der Armen als Opfer für einen Überfall ausgewählt wurden? Das leitet zu der Mutmaßung über, dass die Täter_innen erstens glauben nichts Falsches zu tun und zweitens denken, damit ungestraft davonkommen zu können. Auch im Oschatzer Fall gab der Täter Sebastian B. vor Gericht zu, dass es nicht wirklich um das Eintreiben von Schulden ging: „Es gab sicher keinen Anlass gegen Herrn K. vorzugehen. Wir haben uns im Suff einen sinnlosen Grund eingeredet.“

Ebenfalls auffällig und typisch sind die langen Tatzeiten und die enthemmte Gewalt. Das Gericht sprach im Fall von Oschatz von einer „Gewaltorgie“. Der Täter Sebastian B. versuchte sogar, das Opfer mit einem Samuraischwert zu attackieren. Nach Aussagen des Zeugen H. hatten zwei der Angeklagten den Schwerverletzten noch nach der Tat mit dem Kopf auf die Eisenbahnschienen gelegt. Solche Tatvorgänge lassen erkennen, dass das wahre Motiv nicht das Schulden-eintreiben, sondern Sozialdarwinismus war. André K. war für die Täter kein vollwertiger Mensch, sondern nur ein Obdachloser, der aufgesucht wurde, um ihm „eine Abreibung zu verpassen“, wie es ein Täter vor Gericht beschrieb. Diese Enthemmung der Täter ist ein klarer Hinweis auf ein sozialdarwinistisches Weltbild der Täter, das Menschen in „lebenswert“ und „nicht lebenswert“ einteilt. Wie andere Opfergruppen von Sozialdarwinismus (z.B. Langzeitarbeitslose, Menschen mit geistiger Behinderung) werden Obdachlose durch die Täter_innen entmenschlicht und abgewertet. Dabei geht die verbale Gewalt häufig der körperlichen Gewalt voraus, etwa wenn die Täter_innen von „menschlichem Schrott“ sprechen. Wie bei rassistisch motivierten Taten, so sind auch sozialdarwinistisch motivierte Taten Ausdruck einer weit verbreiteten gesellschaftlichen Einstellung. In den Taten manifestiert sich lediglich ein bereits vorhandener Sozialdarwinismus. Laut einer repräsentativen Studie äußerten sich im Jahr 2007 38,8 Prozent der Befragten negativ über Obdachlose. 34 Prozent sprachen sich dafür aus, Bettelnde aus den Fußgängerzonen zu entfernen.^[2] Die spezifische Feindschaft gegenüber Obdachlosen ist Ausdruck einer allgemeinen Abwertung von sozial Benachteiligten in der Gesellschaft. Für die bürgerliche Mitte geht es dabei um die Verteidigung von so genannten Etabliertenvorrechten. Professor Wilhelm Heitmeyer von der UNIVER-

SITÄT BIELEFELD äußerte sich dazu 2012 in einem Interview: „Für die soziale Gruppe der Besserverdienenden steht Leistungsgerechtigkeit im Zentrum ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen. Daran, was jemand unter Gerechtigkeit versteht, zeigen sich klare soziale Unterschiede. Die Besserverdienenden setzen ganz selbstverständlich auf Leistungsgerechtigkeit und bei dieser Gruppe funktioniert entsprechend das Muster der Abwertung von Menschen, wenn eine geforderte Leistung nicht erbracht wird oder nur vermeintlich nicht erbracht wird.“^[3]

Diese Abwertung von Menschen auf Grund ökonomischer Leistungskriterien ist Resultat der Verfasstheit der Gesellschaft als Ellenbogen-Gesellschaft nach kapitalistischen Leistungsprinzipien. Menschen werden nach ökonomischen Kriterien in einer sozialen Hierarchie eingeordnet. Ganz unten auf der Leiter stehen dabei Obdachlose. Dass in einigen Fällen die Täter_innen selbst auch relativ weit unten in der sozialen Hierarchie stehen, ändert nichts am sozialdarwinistischen Motiv. Hier dient die Gewalt gegen Schwächere offenbar der Aufwertung des eigenen Status und der Kompensation eines allgemeinen Unterlegenheitsgefühls. Im Sozialdarwinismus wird die real existierende soziale Ungleichheit zur „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ transformiert. Wer ganz unten steht, muss – so die Überzeugung im Kapitalismus mit seinem (oft unerfüllten) Glücksversprechen – daran irgendwie selber Schuld sein.

Obdachlose als besonders gefährdete und unbeachtete Opfergruppe

Im Gegensatz zu anderen Formen rechter Gewalt ist die Gewalt gegen Obdachlose mehrheitlich wohl eher situativ als geplant. Die Täter_innen entschließen sich meist spontan zur Gewaltausübung. Obdachlose verfügen im Gegensatz zum Rest der Bevölkerung über keinen Schutz- und Rückzugsraum und sind häufig

[2] Heitmeyer, Wilhelm (2007): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main, S. 28.

[3] www.weiterdenken.de/downloads/publikation_frage_der_klasse_mittelstand.pdf „Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten“, S. 13



Ein Jahr nach der Tat, am 1. Juni 2012, versammelten sich knapp 40 Personen am Oschatzer Südbahnhof, um der Ermordung von André K. ein Jahr zuvor zu gedenken.

auch Einzelgänger_innen. Damit sind sie für ihre Täter_innen quasi ideale Opfer. Genau diese Ausgangssituation zeichnet Obdachlose als spezielle Opfergruppe noch einmal besonders aus.

Ihre frei zugänglichen Übernachtungs- und Aufenthalts-Gelegenheiten sind nicht selten allgemein bekannt, wenn sie seit längerem in einer Stadt oder einem Viertel leben. Häufig wissen die Täter_innen daher genau, wo sich ihre Opfer aufhalten bzw. aufhalten könnten. Als im Oschatzer Fall die Männerclique nach André K. suchte, machte sie sich zuerst auf dem Weg in den Park, wo der stadtbekannt Obdachlose sich des Öfteren aufhielt. Als sie ihn dort nicht fanden, zogen sie weiter zum Südbahnhof, wo sie ihn schlafend in einem Wartehäuschen antrafen.

Kaum Öffentlichkeit für obdachlose Mordopfer

Obdachlose Opfer rechter Gewalt bleiben zumeist ohne Aufmerksamkeit. Obdachlose Mordopfer rechter Gewalt sind „Tote ohne Anerkennung“. Sie sind die unterste Opfer-Kategorie in der Aufmerksamkeits-hierarchie. Bewusste und auch unbewusst arbeitende Schweigekartelle aus Presse, Regierung, Justiz und Polizei helfen mit, sozialdarwinistische Gewalt gegen Obdachlose zu verschweigen, zu verschleiern und zu entpolitisieren, um das Ansehen des Ortes nicht zusätzlich zu beschädigen. Manchmal gelingt es unabhängigen Initiativen oder Einzelpersonen, durch eine eigene Öffentlichkeitsarbeit Druck auf Behörden und Justiz ausüben, damit die rechten Tatmotive benannt werden. Häufig erfahren Obdachlose von den Behörden aber auch nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie andere Betroffene. Wie die Opferhilfsorganisation RAA berichtet, wurde die Familie des Verstorbenen durch die Polizei nicht informiert. Als die Angehörigen die Todesnachricht erhielten, war André K. bereits beerdigt – wo und wie, darauf konnten sie keinen Einfluss mehr nehmen. Aber die Kosten für das Urnensozialgrab werden ihnen vermutlich von den Behörden in Rechnung gestellt. Die Familie kümmerte sich zusammen mit der RAA um eine würdige Ruhestätte für André K.

In der Gesellschaft stehen Obdachlose in der Aufmerksamkeitshierarchie allgemein ganz unten. Auf genau dem Nährboden von solch sozialer Ausgrenzung baut die Gewalt gegen Obdachlose bis hin zum Mord auf. Eben diese scheinbare Gesetzmäßigkeit muss wenigstens in der Nachbearbeitung zu einer Tat durchbrochen werden. Im Oschatzer Fall wurden dazu die richtigen Schritte gemacht. Ein Jahr nach der Tat, am 1. Juni 2012, versammelten sich knapp 40 Personen am Oschatzer

Südbahnhof, um der Ermordung von André K. ein Jahr zuvor zu gedenken. Ihm wurde damit eine Aufmerksamkeit zuteil, die er zu Lebzeiten sicherlich nicht hatte.

Der Mord an Karl-Heinz Teichmann

André K. ist nicht das einzige obdachlose Mordopfer rechter Gewalt in Sachsen gewesen. Am 23. August 2008 wurde zwischen 1.30 und 2 Uhr der 59-jährige Obdachlose Karl-Heinz Teichmann in der Leipziger Innenstadt von einem 18-jährigen Neonazi aus dem Leipziger Umland angegriffen. Teichmann hatte schlafend auf einer Parkbank gelegen, als er von einem Jugendlichen, der auf dem Rückweg von der Mahnwache „Todesstrafe für Kinderschänder“ der Nazi-Kameradschaft FREIE KRÄFTE LEIPZIG am 22. August war, tödlich angegriffen wurde. Neben den Kopfverletzungen wurden ihm auch Prellungen am ganzen Körper zugefügt. In der Anklageschrift ist von Brüchen im Gesicht, einer Halswirbelfraktur sowie Hirnquetschungen und -blutungen die Rede. Der Täter unterbrach seinen Angriff für eine halbe Stunde, um sich mit Freunden zu treffen. Das Opfer wurde am Morgen des 23. August 6 Uhr auf einer Parkbank am Schwanenteich bei der Oper entdeckt. Die Polizei ignorierte die Meldung zuerst, so dass das Opfer erst 7.30 Uhr Hilfe erhielt. Zwei Wochen später, am 6. September 2008, erlag Teichmann seinen Verletzungen (massive Kopfverletzungen, Prellungen am ganzen Körper).

Am 27. März 2009 wurde der mittlerweile 19-jährige Täter und Lehrling für Holzbearbeitung Michael H. aus Delitzsch nach vier Prozesstagen wegen heimtückischen Mordes zu einer Haftstrafe von acht Jahren und drei Monaten verurteilt. Ein 21-jähriger Freund aus Wurzen von Michael H., der während der Tat dabei gewesen sein soll, blieb unbehelligt. Nach dem Vernehmungsprotokoll hatte Michael H. während der Übergriffe zu dem Obdachlosen gesagt, dieser solle „nicht hier schlafen“. Ein Zeuge, der bei dem Angriff tatenlos zugeesehen hatte, sagte aus, der Täter habe den Schlafenden angeschrien: „Du hast hier nicht zu pennen.“ Obwohl selbst der Verteidiger des Täters in der Tat ein rechtes Motiv sah („Das kann man nicht wegdiskutieren, eine Tat mit rechtem Hintergrund. Natürlich.“), taucht die Tat in der Statistik politisch rechts motivierter Tötungsdelikte in Sachsen nicht auf.

Lucius Teidelbaum ist (Mit-)Betreiber des Internetblog berberinfo.blogspot.de sowie den Antiziganismus-Watchblog antizig.blogspot.de

WAS IST ANTIZIGANISMUS?

Ein kulturell tief verankertes Ressentiment im Aufwind Von Lucius Teidelbaum

Sinti und Roma

Wichtig bei dem Thema Antiziganismus ist die strikte Trennung zwischen der real-existierenden Minderheit und dem Ressentiment, also zwischen Sinti und Roma einerseits und den „Zigeuner“-Klischees und -bildern andererseits. Roma ist die Bezeichnung für die gesamte Minderheitsgruppe, die bis zu 12 Millionen Menschen in Europa umfasst. Daneben gibt es noch Namen für Roma-Untergruppen, so sind Sinti die größte Roma-Gruppe im deutschsprachigen Raum. Die verschiedenen Roma-Gruppen weltweit verbindet unter anderem die Romanes-Sprachen, gewisse kulturelle Ausprägungen, aber auch gemeinsame Diskriminierungserfahrungen bzw. eine Verfolgungsgeschichte.

Die Geschichte der Minderheit

Die im späten Absolutismus einsetzende Aufklärung und der sich dazu parallel entwickelnde Frühkapitalismus stellen eine wichtige Zäsur in der Entwicklung des Antiziganismus dar. In dieser Zeit entsteht der moderne Typ des Staates. Die Staatssouveränität wird ausgebaut und erstmals werden alle Untertanen erfasst. Mit der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols kommt es bspw. in Österreich-Ungarn zu einer Zwangsassimilierung von Roma. Gleichzeitig führt der entstehende Kapitalismus zu schwerwiegenden ökonomischen Veränderungen. Die moderne Arbeits- und Disziplinargesellschaft entsteht. In ihr verlieren Bettler an Ansehen, weil sie nicht der kapitalistisch und protestantisch geprägten Arbeitsethik entsprechen und für ihr Schicksal selbst verantwortlich gemacht werden. Genau das geschieht auch mit den Roma. Mit Entstehen moderner Wissenschaft kommt es zur scheinbaren Rationalisierung und Verwissenschaftlichung alter Vorurteile. Dadurch entsteht der rassistische Antiziganismus, der die Diskriminierung biologisiert. Die Eigenschaften des „Zigeuners“ werden ihm wesenhaft und unveränderlich zugeschrieben, damit scheidet eine Zwangsassimilierung als „Lösung“ aus.

Im Nationalsozialismus findet parallel zu der Behandlung von Jüd_innen eine zunehmende Ausgrenzung auch bei Sinti und Roma statt. Gesetze engten immer mehr den Alltag ein. Tatsächliche und auch nur vermeintliche Angehörige der Gruppe wurden erfasst. Auf diese Erfassung erfolgte die Internierung in KZs. Ebenso kam es zu Zwangssterilisationen und Zwangsarbeit. So wurden beispielsweise in Taucha Roma-Zwangsarbeiter_innen eingesetzt. Schließlich gipfelte der NS-Antiziganismus im Porrajmos (deutsch: „das alles Verschlingende“, Romanes-Wort, der den Völkermord an den europäischen Roma in der Zeit des NS). Europaweit wurden ungefähr 500.000 Sinti und Roma ermordet. Erst 1982 wurde der Völkermord an den Sinti und Roma von der Bundesregierung offiziell anerkannt.

Die Fläche für Projektion und Ressentiment: „Zigeuner“

Nach Daniel Strauß ist Antiziganismus ein Rassismus, „der sich in Vorurteilsstrukturen ausbildet“, aber „nicht einfach [...] eine Va-

riante von Ressentiments gegenüber Fremden [...], sondern als ein zweites Grundmuster von Xenophobie neben dem Antisemitismus“. Konkret definiert Strauß Antiziganismus wie folgt: „Mit Antiziganismus bezeichnen wir sowohl die Gegnerschaft gegenüber Sinti und Roma im Rahmen politischer Bewegungen mit nationalistischen und rassistischen Programmen als auch die Gesamtheit der Bilder und Mythen vom »Zigeuner«, also die gängigen Klischees, die Bestandteil des kulturellen Erbes in der Literatur, der Musik und anderen gesellschaftlichen Bereichen geworden sind.“ Nach Wippermann hat Antiziganismus eine sozialrassistische und eine rassenanthropologische Komponente. Erstere richtet sich gegen „Zigeuner“ als sozial marginalisierte Randgruppe, letztere sieht in ihnen eine rassistisch definierte Gruppe, die unveränderliche und vererbare Merkmale aufweist. Beide Komponenten schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich. Allgemein dienen „Zigeuner“ als Instrument der Homogenisierung bzw. zur Abgrenzung des konstruierten Wir-Kollektivs der Mehrheitsgesellschaft. Dies ist nicht nur im nationalistischen Sinn zu verstehen, sondern auch im sozialen. „Zigeunerbilder“ entsprechen der Beschreibung des Prototyps eines „deklassierten Plebejers“. Im Bild vom „Zigeuner“ bündeln sich als Negativschablone alle abgelehnten Eigenschaften der bürgerlichen Gesellschaft. Der „Zigeuner“ ist der „Prototyp des amoralischen, gemeinschaftsschädlichen Übeltäters“ und wird zum „mythischen Gegentypus des bürgerlichen Subjekts“. Die Bestrafung des „Zigeuners“ für seine Eigenschaften ist damit auch gleich eine Abschreckung für die gesamte Gesellschaft. Auffällig ist beim Antiziganismus auch, dass sich hier sowohl Romantisierung als auch Stigmatisierung finden. Neben eindeutig negativen Vorurteilen wie der Vorwurf der Neigung zu Diebstahl, Bettelei und Arbeitsscheue gibt es Stereotype die zwischen ‚negativen‘ und ‚positiven‘ Zuschreibungen schwanken. Zum Beispiel Primitivität vs. Wildheit und Nomadismus, Magie vs. Fluch-Begabung oder die Verbindung von „Zigeunerweibern“ mit Sexualität und Erotik. In dieselbe Kerbe schlägt oft die Annahme besonderer Affinität zu Musik und Tanz. Diese Stereotype verdichten sich zu einem Gesamtbild „des Zigeuners“, dass sich über die Jahrhunderte als besonders konstant und überlebensfähig erwiesen hat. Antiziganismus kann deshalb ähnlich wie Antisemitismus als tief verankerter kultureller Code verstanden werden.

Lesetipps

- Markus End, Kathrin Herold, Yvonne Robel (Hg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments, Münster 2009
- Volker Hedemann: „Zigeuner!“ Zusatztitel zur Kontinuität der rassistischen Diskriminierung in der alten Bundesrepublik, Hamburg/Münster 2007
- Ännecke Winckel: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland, Münster 2002
- Till Bastian: Sinti und Roma im Dritten Reich. Geschichte einer Verfolgung, Nördlingen 2001
- iz3w Nr 334 (Januar / Februar 2013) – Antiziganismus



photo: Leonard John Matthews

ES IST IMMER NOCH DEUTSCH IN KALTLAND^[1]

Zur Verdrängung Wohnungsloser in Leipzig

Von AG Sozialdarwinismus

Auch in Leipzig wird Obdachlosigkeit vor allem als das Problem Einzelner dargestellt und die Verantwortung auf individuelle Verfehlungen der Betroffenen reduziert. Wie bei anderen Themen dominiert hier die neoliberale Deutungshoheit, wonach jede ihres eigenen Unglückes Schmied sei. So ist es auch nicht verwunderlich, dass das Gerede über die von Obdachlosigkeit Betroffenen oft von sozialdarwinistischer Hetze begleitet wird.

Architektonische Verdrängung

Ein Beispiel für architektonische Veränderungen und ihre Konsequenzen ist die Umgestaltung der Grimmischen Straße in Leipzig. Was in der Beschreibung der Architekt_innen als eine „Skulptur“, als eine „Landschaft, die zum Spielen und Verweilen einlädt“^[4], dargestellt wird, meint Sitzgelegenheiten, die ausschließlich zur kurzen Verweildauer von Konsument_innen bestimmt sind. Alle Sitzgelegenheiten entlang der Straße sind kantig oder rund und nicht dazu geeignet, sich darauf zu legen. Lärm durch Spiel und Wasser verhindert das Schlafen. Damit einher geht der Umbau von unübersichtlichen Ecken, damit sie ihre Funktion als Rückzugsmöglichkeit verlieren. Bänke, welche durch ihre Konstruktion zum Schlafen ungeeignet sind, konzentrieren sich jedoch nicht nur auf die konsumorientierte Innenstadt, sondern finden sich in Parkanlagen und Haltestellen im gesamten Stadtgebiet. In anderen Städten wie München und Hamburg werden sogar Licht- und Tonsignale explizit eingesetzt, um nicht-gewünschte Nutzungen zu unterbinden. Auch in städtischen Einkaufszentren gibt es nur eine gewünschte Nutzung: den Konsum. Durch zahlreiche Untersuchungen wurden Lichteffekte, Farben und Musik herausgearbeitet, welche die gewünschte Nutzung befördern und das bloße Verweilen behindern sollen.

Kontrollierte Überwachung

Ein weiterer Mechanismus der Verdrängung hat in Leipzig eine besonders lange „Tradition“ – die Überwachung. Mehr als 700 private und öffentliche Kameras sind in Leipzig zur Kriminalitätsprävention und -bekämpfung installiert. Mit sechs Kameras überwacht die Leipziger Polizei bereits seit 1996 fünf öffentliche Plätze und ist damit „Vorreiter bei der Überwachung von Straßen und Plätzen“^[5]. Erweist sich Kameraüberwachung zu ihrem eigentlichen Zweck als höchst unproduktiv, sorgt sie dafür, unerwünschte Personen wie

In Kommentaren zum Thema kann man auf LVZ-ONLINE lesen, dass die Lage der Wohnungslosen selbst bestimmt sei und eine Verbesserung ihrer Lage davon abhängen würde, dass sie „es geistig verarbeiten können, das es ein „besseres“ Leben gibt“^[2]. Auch die in Leipzig regierende SPD reiht sich auf dieser Seite ein. So werden neben Drogenkonsument_innen und Sexarbeiter_innen auch Wohnungslose zu „Personengruppen mit selbst- oder fremdgefährdenden Verhaltensweisen“^[3] gezählt und damit kriminalisiert, um sie dem Kontrollbereich zwischen Verwaltungsbehörden und Polizei zu überlassen.

Demgegenüber werden die strukturellen Ursachen für Wohnungslosigkeit, wie beispielsweise steigende Mieten, damit einhergehende Zwangsräumungen und Repressionen durch Hartz-IV-Gesetze bei Beteiligten der Debatte oft ausgeblendet. Kein Wunder, dass der Umgang mit dem „Problem Obdachlosigkeit“ seitens vieler offizieller Stellen keine Hilfe für die Betroffenen ist – vielmehr trägt die derzeit herrschende Stadtentwicklungspolitik dazu bei, die Situation noch zu verschärfen und die Betroffenen weiter zu vereinzeln. Vielerorts wird die Stadt und der öffentliche Raum bewusst gegen die Bedürfnisse Wohnungsloser konstruiert, um ihnen die letzten gebliebenen Rückzugsräume zu nehmen und sie möglichst aus dem Bild der Öffentlichkeit zu verbannen.

Im Folgenden sollen einige Beispiele für städtische Verdrängungsweisen und deren Konsequenzen für Wohnungslose aufgezeigt werden.

[1] „Deutsch in Kaltland“ ist ein 1994 erschienener Song der Punkband Toxoplasma; Youtube-Video: <http://goo.gl/CE69E>

[2] Kommentare in LVZ Online: www.lvz-online.de/leipzig-citynews/bisher-kaelteste-nacht-in-deutschland-wolken-schuetzen-leipzig-stadt-ruft-zur-hilfe-fuer-obdachlose-auf/r-citynews-a-123970.html

[3] Antrag der Leipziger SPD zur Strafensozialarbeit <http://notes.leipzig.de/appl/laura/wp5/kais02.nsf/421c7000e5b38e83c1256db4004ef9c1/814b2f2316fb0117c12576d500313e7e?OpenDocument>

[4] Siegerentwurf zur Grimmischen Straße: treibhausberlin.de

[5] Die Gewerkschaft der Polizei zur Videoüberwachung, bei der Leipzig als positives Beispiel gilt [www.gdp.de/id/Posa/\\$file/PosVideo.pdf](http://www.gdp.de/id/Posa/$file/PosVideo.pdf)

Wohnungslose aufgrund deren Erscheinungsbildes zu exkludieren. Da Wohnungslose nicht über einen privaten Raum verfügen, findet ihre gesamte Privatsphäre in der Öffentlichkeit statt. Durch die Videoüberwachung sind sie in ihrer Privatheit staatlichen und privaten Institutionen vollständig ausgeliefert und meiden notwendigerweise diese Orte. Polizeipräsenz und die Anwesenheit des 2006 eingerichteten BÜRGERDIENST LE, der das „Sicherheitsgefühl der Leipziger_innen“ steigern und für Ruhe und Ordnung sorgen soll, führen zur weiteren Exklusion von Menschen, deren Handeln nicht der verordneten Norm entspricht.

Private Öffentlichkeit

Die Privatisierung öffentlicher und das damit einhergehende Verschließen privater Räume sind ein weiterer Punkt stadtpolitischer Verdrängung. Von zentraler Bedeutung für Wohnungslose sind immer noch die Bahnhöfe, auch wenn ein Aufenthalt in diesen immer schwieriger wird. Im Leipziger Bahnhof, der Anfang der 90er Jahre privatisiert worden ist, sorgen BUNDESPOLIZEI, Sicherheitskräfte und die DEUTSCHE BAHN AG dafür, dass dieser nur zum Zwecke des Konsums und der Bahnfahrt genutzt wird. Das „Sitzen und Liegen auf dem Boden, auf Treppen und Zugängen“, das „Durchsuchen von Abfallbehältern“ und das „Betteln und Belästigen von Personen“^[6] sind verboten. In der Nacht ist der Bahnhof sowieso verschlossen und kann damit nicht als Schlafplatz genutzt werden. Ähnliches wird in Leipziger Sparkassen immer mehr zur Praxis. Aufgrund von „auftretender Verunreinigung“ blieben und bleiben viele Filialen im Winter zwischen 21 und 6 Uhr geschlossen und verhindern damit, dass sich Wohnungslose zum Schutz vor Kälte in ihnen aufhalten können. Damit den Nutzer_innen dadurch keine Behinderungen entstehen, wurde mindestens an der SPARKASSE am Connewitz Kreuz vorgesorgt und ein nur von außen zugänglicher Bankautomat installiert. Solche und ähnliche Maßnahmen haben schwere Konsequenzen für die Betroffenen: Die BUNDESGEMEINSCHAFT WOHNUNGSLOSENHILFE E.V. zählt mindestens 274 Wohnungslose, die seit 1991 im Freien erfroren sind, weil sie keinen Schutz gefunden haben.^[7]

Gesetzliche Restriktionen

Damit sind die Mittel der Verdrängung noch lange

nicht ausgeschöpft. Diskutierte man im März/April 2012 auf Antrag der CDU noch um die dauerhafte Einführung von Alkoholverbotzonen in Leipzig, sind diese in anderen Städten wie Berlin längst Praxis. Dort werden Verstöße mit Platzverweisen und Geldstrafen geahndet. Dabei zeigt sich ganz deutlich die Intention: nicht der Konsum von Alkohol wird hier in Frage gestellt, denn dieser ist ja weiterhin in privaten Schankwirtschaften erlaubt, sondern die Konsument_innen, die sich das Bier in der Kneipe nicht leisten können und deswegen im öffentlichen Raum verweilen, sind Ziel dieses Verbotes.

Als weiteres gesetzliches Mittel ist es Polizist_innen nach § 21 des Sächsischen Polizeigesetzes erlaubt, Aufenthaltsverbote zu verhängen, wenn „eine hinreichende Wahrscheinlichkeit für die Begehung oder eines Beitrags zur Begehung von Straftaten“^[8] besteht. Auch eine Generalprävention für das öffentliche Interesse kann ein Aufenthaltsverbot begründen. Da in den Augen der Leipziger SPD Wohnungslose per se fremdgefährdend sind, können diese leicht Opfer willkürlicher Aufenthaltsverbote werden. Aus Berlin ist bekannt, dass dies eine stark praktizierte Methode ist, bei der mit rassistischen und sozialdarwinistischen Klassifikationen vorgegangen wird und häufig Wohnungslose betroffen sind. Diese werden so ihrem Aufenthaltsort bis zu drei Monaten verwiesen.

Städtische Kontrolle

Wenn man nun nach Gründen für diese Maßnahmen sucht, dann greift ein parolenhafter Sozialdarwinismusvorwurf an die Stadtverwaltungen und an die politischen Entscheidungsträger_innen zu kurz.

Restriktive Maßnahmen der Kommunen gegenüber Wohnungslosen waren immer schon Bestandteil der städtischen Raumkontrolle durch Stadtplanung. Sie waren in erster Linie dadurch gekennzeichnet, dass Wohnungslose in an den Stadträndern gelegene Obdachlosensiedlungen verbracht wurden; Betteln und Landstreicherei waren Straftatbestände. Mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates veränderte sich Ende der 1960er Jahre auch die Ausrichtung der Politik bezüglich Wohnungsloser. Das sozialstaatliche Fürsorgesystem wurde ausgebaut und Obdachlosigkeit weitestgehend entkriminalisiert. Demgegenüber sorgen die gesellschaftliche Veränderungen der letzten Jahrzehnte für eine Rückbesinnung auf restriktivere Techniken der

[6] Hausordnung der Deutschen Bahn <http://www.deutschebahn.com/file/2179238/data/hausordnung.pdf>

[7] Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. <http://www.bagw.de/>

[8] Polizeigesetz Sachsen: www.polizeirecht-sachsen.de/%A7%2021%20S%E4chsPolG.html



[9] Kippe – Die Leipziger
Straßenzeitung; 19. Jahrgang;
Ausgabe 161.

[10] Siehe den Artikel auf Seite
52 in dieser Broschüre

[11] Initiativkreis Antirassis-
mus: initiativkreis.blogspot.de

sozialen Kontrolle, wie sie gerade beschrieben wurden. Viele Stadtverwaltungen und -planungen sehen sich selbst in einer zunehmenden globalen Konkurrenzsituation, stehen den damit einhergehenden Sachzwängen jedoch affirmativ gegenüber.

Neoliberales Stadtmarketing ist dabei in erster Linie nicht auf die Bedürfnisse ihrer Bewohner_innen ausgerichtet, sondern darauf den gesellschaftlichen Raum profitorientiert umzugestalten, um ihn verwertbarer zu machen. Marginalisierte Gruppen, wie beispielsweise Wohnungslose, Drogenkonsument_innen und Punks schaden dem so uniformen wie sterilen Wunsch-Image der Städte. Oberflächlich und abstrakt wirkende Parolen wie „Sauberkeit und Sicherheit“, welche das Verwertungsinteresse garantieren sollen, können für die Marginalisierten zur handfesten Bedrohung werden. Denn sie symbolisieren in der kapitalistischen Lesart das unproduktive, das nicht-verwertbare – und das gilt es bekanntlich so klein wie möglich zu halten.

Der städtische Lösungsansatz, der sich in den beschriebenen Strategien herauskristallisiert, sieht so aus: Wohnungslose, Punks und andere marginalisierte Gruppen sollen aus dem Stadtbild und damit aus dem öffentlichen Raum verbannt werden.

Schlechte Gesellschaft

Neben dem Zugriff durch Behörden, welche die Wohnungslosen mit verschiedenen Verordnungen ent-rechten, drohen ihnen aber auch Gefahren durch Gewalt der Bevölkerung. Nach den Zahlen der BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT WOHNUNGSLOSENHILFE E.V. sind von 1989 bis 2009 mindestens 167 Tötungs-

delikte gegen Wohnungslose verübt worden, bei denen die Täter_innen selbst nicht von Wohnungslosigkeit betroffen waren. Bei 28 der Taten sieht man die gene-relle Ablehnung Wohnungsloser als Tatmotiv als be-stätigt, aber nur sieben dieser Taten werden in den of-fiziellen Statistiken der Behörden zu rechten Morden erfasst^[9]. Die BAG WOHNUNGSLOSENHILFE E.V. geht dementsprechend von vier bis neun Opfern jähr-lich aus. Dass die Täter_innen, welche aus „Hass auf Wohnungslose“ morden, sich dabei als „Vollstrecker des Volkswillens“ verstehen, ist kein Zufall. Die um-fassende Stigmatisierung und Vereinzeln der Be-troffenen macht es rechten Mördern einfach, ihre Taten vor sich und der Gesellschaft zu rechtfertigen. Mörder von Wohnungslosen empfinden in erster Linie die Mittel und Wege zur Bearbeitung des „Problems Wohnungslose“ durch staatliche Stellen als weniger wirksam, weil diese in ihren Augen nicht entschlossen genug oder schlicht nicht endgültig sind. Für diese sind Wohnungslose „Penner“ und „Assis“, sie dürfen beleidigt, bespuckt und getreten werden, sie gelten als „le-bensunwertes Leben“ – und werden als solche Opfer rechter Gewalt. Langläufig werden jedoch eindeutige Hinweise zur Motivlage bei der Urteilsfindung zu sol-chen Taten ignoriert, wie die Taten gegen Karl Heinz T. (2008, Leipzig) und André K. (2011, Oschatz)^[10] und deren anschließende rechtliche Bewertung zeigen. In beiden Fällen war der Alkoholpegel der Täter für den verantwortlichen Richter Norbert Göbel von deutlich größerem Interesse als die Hinweise zu Verbindungen zu organisierten Neonazis, geschweige denn eine Be-trachtung des rechten Tatmotivs^[11].

Wohnungslose werden so einer doppelten Entrechtung durch eine „schlechte Gesellschaft“ und die kontroll-affine Stadtpolitik ausgesetzt. Die Politik der Verdrän-gung durch die Behörden geht so unweigerlich mit der Politik der Vernichtung durch rechte Mörder Hand in Hand. Neben der Hilfe für Betroffene sozialdarwinisti-scher Diskriminierung und das Gedenken an die Opfer rechter Morde, ist deshalb der Einsatz für mehr Rechte für Wohnungslose unabdingbar. Dazu muss man ak-zeptieren, dass Wohnungslose Teil dieser Gesellschaft sind und ihre Plätze im öffentlichen Raum gegen staat-liche Repression – möge sie noch so subtil sein – und gegen rechte Gewalt verteidigen.

„Es ist Deutsch in Kaltland in dem Land der sauberen Bürgersteige
Wo die Ordnung mehr als alles andere zählt
Es ist Deutsch in Kaltland in dem Land der glänzenden Fassaden
Wo man die wahre Reinheit für die reine Wahrheit hält“
Toxoplasma in „Deutsch in Kaltland“ (1994)

Weitere Infos:

Infos zur postmodernen Stadtentwicklung und „Law and Order“ in Städten:

- Ronneberger, Klaus; Lanz, Stephan u. Jahn, Walther (1999): *Die Stadt als Beute*. Bonn, Dietz Verlag.

Infos zur Verdrängung von Wohnungslosen in Berlin:

- Neupert, Paul (2010): *Geographie der Obdachlosigkeit in Berlin. Verdrängung durch die Kommodifizierung des öffentlichen Raums in Berlin.* (=Berliner Geographische Blätter 1). Berlin. Digital verfügbar unter www.geo.fu-berlin.de

Infos zu Überwachung in Leipzig:

- Leipziger Kamera: leipzigerkamera.twoday.net



EINE SCHNITTSTELLE ZWISCHEN RECHTEM RAND UND MAINSTREAM

Verschwörungstheoretisches Denken auf dem Vormarsch

Von Tilman Loos
 Jugendpolitischer Sprecher der Partei DIE LINKE in Sachsen

Verschwörungstheorien finden nicht nur unter Neonazis sondern in breiten Teilen der Gesellschaft Anhänger_innen. Auch in Leipzig zeugen zahlreiche Befunde davon. Die Vorstellung, fremden Mächten ausgeliefert zu sein und von ihnen gesteuert zu werden, lähmt viele Menschen in der Wahrnehmung ihrer politischen Einflussmöglichkeiten. Gleichzeitig befördert sie Hass auf jene Bevölkerungsteile, denen eine Mittäterschaft an der Verschwörung zugeschrieben wird. Unter Umständen eine sehr gefährliche Entwicklung.

Letztes setzte sich zu einer kleinen Runde, in der ich in einer Bar in der Dresdner Neustadt war, bei Tabakdunst und zu fortgeschrittener Stunde ein allen anderen unbekannter junger Mann mit dazu. Dieser war bereits recht angetrunken und wie es häufig so ist, wächst mit steigendem Alkoholgehalt im Blut anscheinend auch das Interesse an abstrakten Gesprächen über Politik und das Weltgeschehen im allgemeinen. Kneipenphilosophie in Reinform also. Dass dabei die Statements der beteiligten in der Regel qualitativ verbesserungswürdig sind, ist geschenkt. Gleichwohl offenbaren sich zuweilen nette Einblicke in das Innenleben der Menschen und unserer Gesellschaft. Der unbekannte Dresdner erklärte nach einer Weile, dass er auf Wahlzetteln grundsätzlich „einen großen Strich verteilt“ – also ungültig wählt. So weit, so gut, denn das kann man ja machen. Die Begründung dafür fiel zunächst recht seicht aus: „die da oben machen eh was sie wollen“, er als einzelner hätte „keine Chance gegen das gelenkte System“ und überhaupt werden ständig alle „belogen und verarscht“ und er „mache da nicht mehr mit“, denn er hätte „das Spiel durchschaut“. Das sind mehrheitlich Sätze, die gerade in deutschen Kneipen eher zum Standardreportoire gehören, als dass sie die Ausnahme sind. Wirkliches Augenrollen stellte sich bei mir deshalb auch erst ein, als der Fremde mir erklärte, wie gefährlich es mittlerweile sei, den wie er es nannte „großen Strich“ bei Wahlen zu verteilen. Denn

einem Freund von ihm, der ebenfalls ungültig gewählt hatte, sei am nächsten Tag die Heckscheibe seines Autos eingeschlagen worden. Nach einigen verdutzten Rückfragen meinerseits war schnell klar, dass die Geschichte mit dem ungültig wählen und der zerstörten Heckscheibe am nächsten Tag tatsächlich so gemeint war, dass das eine (die kaputte Heckscheibe) direkte Folge des anderen (ungültiger Stimmzettel) gewesen sein soll. Jeder Versuch meinerseits zu erklären, dass es sich lediglich um einen temporalen (zeitlich passiert erst das eine, dann das andere) Zusammenhang jedoch keinen kausalen Zusammenhang (weil das eine passiert, passiert das andere) handelt, wurde zunächst mit Verweis auf die oben genannten Allgemeinplätze („wir werden kontrolliert“, „ist doch klar, dass die da so was machen“) abgewiesen und letztlich wütend erklärt, ich sei „leichtgläubig“ und würde das „nicht verstehen können“.

Ich erzähle diese Geschichte, weil sie für das Thema dieses Artikels einerseits beispielhaft ist und andererseits zeigt, wie sich verschwörungsideologisches Denken zwischen konkreten Wahnvorstellungen einerseits und weitgehend akzeptierten Allgemeinplätzen andererseits bewegt.

Verschwörungsideologisches Denken

Wenn es an dieser Stelle um die Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien gehen soll, müssen wir jedoch kurz Begrifflichkeiten klären. In der Alltagssprache hat sich weitgehend durchgesetzt, dass der Begriff Verschwörungstheorie eine behauptete, irrealer Verschwörung bezeichnet. Der Begriff selbst ist dabei insofern etwas unglücklich, als dass der zweite Teil des Begriffs nahelegt, es handle sich um eine Theorie im wissenschaftlichen Sinne. Verschwörungstheorien sind jedoch gerade keine nach den Regeln wissenschaftlichen Arbeitens aufgestellte Theorien, die überprüfbar und im Zweifelsfall auch falsifizierbar sind. Zwar gibt es auch wissenschaftliche Theorien über Verschwö-





schon besser. Kurz gesagt: jeder Nazi ist Verschwörungsideologe, aber nicht alle der vielen verschwörungsideologisch denkenden Menschen sind Nazis. In der jüngsten Vergangenheit hat das Angebot verschwörungstheoretischer Literatur und anderen medialen Angeboten deutlich zugenommen. Die Esoterikabteilungen der Buchläden, in denen sich zahlreiche verschwörungstheoretische Literatur findet, sind in den letzten Jahren stark gewachsen, was man auch in den beiden großen Leipziger City-Buchhandlungen beobachten kann. Neben dem größeren Unterhaltungswert und der besseren „Verständlichkeit“ verschwörungstheoretischer Erklärungsansätze gegenüber komplexen und wissenschaftlichen Erklärungen für Phänomene unserer Zeit, sollte die „wirtschaftliche“ Bedeutung nicht unterschätzt werden. Mit verschwörungstheoretischen Publikationen lässt sich mittlerweile gut Geld verdienen und selbst Publikationen, die sonst nicht gerade als ideologische Fahnenträger gelten, wie die Fernsehzeitschrift HÖRZU wissen, dass man mit Verschwörungstheorien einen Nerv trifft und haben deshalb in einer Novemberausgabe 2012 „die größten Verschwörungen“ auf’s Titelblatt gesetzt. Nicht nur ein Fall, bei dem prominente Verschwörungsideologen abseits ihrer Eigenproduktionen zur Sprache kommen.

Leipziger Phänomenlagen

Zum Jahrestag der Anschläge vom 11. September beispielsweise hat die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG (LVZ) den Antisemiten und Verschwörungstheoretiker Mathias Bröckers viel Platz für ein Interview im vorderen Teil der Zeitung eingeräumt und auch im Fernsehen können krude Theorien mittlerweile auch abseits von N24 und anderen Kleinst-Sendern angetroffen werden. Auf der anderen Seite gibt es mehrere Verlage, Online-shops oder Versandhandel die sich auf das Metier fokussiert haben. Der wohl bekannteste unter ihnen ist der rechtsoffene KOPP-VERLAG bei deren selbstproduzierter „Nachrichtensendung“ bis vor Kurzem auch die ehemalige Tagesschaumoderatorin Eva Herman als SprecherIn fungierte. Aus einem anderem Hause, dem Hause des KAI-HOMILIUS-VERLAGES, kommt das vor zwei Jahren gestartete COMPACT-Magazin, das von dem nach Leipzig gezogenen Querfrontler Jürgen Elsässer herausgegeben wird. Überhaupt tummeln sich in Leipzig mehrere verschwörungstheoretische Gruppen: der NUOVISO-STAMMTISCH eines ebenfalls

in Leipzig lebenden „Filmemachers“ lud bereits vor zwei Jahren Jürgen Elsässer zu einer Veranstaltung ein, musste die jedoch auf Grund von Protesten absagen. Im vergangenen Jahr (2011) fand weiterhin ein Kongress unter dem Titel „Inside 9/11“ des COMPACT-MAGAZINS im nahegelegenen Schkeuditz statt und wurde ebenfalls maßgeblich von Elsässer mitorganisiert. Neben Elsässer selbst und anderen Prominenten Verschwörungsideologen, Antisemiten und Rechtskonservativen ist dort auch eben jener Mathias Bröckers aufgetreten, der in der LVZ seine verschwörungstheoretischen Einlassungen zu den Terroranschlägen vom 11. September platzieren durfte.

Leicht unterschätzbare Bedrohung

Nun könnte man fragen, warum dies alles überhaupt interessieren sollte und man nicht einfach kopfschüttelnd oder lachend über die zum Teil übertrieben obskuren und offensichtlich wahnwitzigen Verschwörungstheorien hinwegsehen kann. Neben einigen zweifelsfrei vorhandenen Geschichten über Nazi-Ufos und Pendel-Magie, die wohl weiterhin nur eine kleine Gruppe Freaks erreichen wird, ist verschwörungsideologisches Denken auf dem Vormarsch. Diese irrationalen-rationalen Erklärungen weisen gegenüber beispielsweise religiösen Erklärungen unverstandener Phänomene jedoch einen großen Unterschied auf: während klassischer Glaube das nicht-Verstandene ins Reich des jenseits oder fiktiven projiziert, finden Verschwörungstheorien die vermeintlichen Verschwörer und damit Schuldigen am Elend immer im Diesseits. Kombiniert mit der zur verschwörungstheoretischen Erzählung gehörenden angeblichen Macht der Verschwörer und in dem Wissen, dass die konstruierten Verschwörergruppen niemals die Mehrheitsgesellschaft selbst oder besonders große Gruppen aus dieser sind, sondern fast immer Personengruppen, gegen die bereits manifeste gesellschaftliche Ressentiments bestehen, wird die Gefahr von Verschwörungstheorien und verschwörungsideologischem Denken deutlich: das Schlechte in der Welt wird einigen wenigen, bereits Vorurteilen ausgesetzten und angeblich besonders mächtigen Personen, in die Schuhe geschoben. Der so produzierte Hass hat sich nicht nur historisch in Gewalt niedergeschlagen, sondern muss auch heute bei antisemitischen Übergriffen in Deutschland immer mitgedacht werden. Der Wahnsinn wird schnell gewalttätig.



photo: CC Flickr by Ey Lou Flynn

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL AUS

LEIPZIG CHRONIK

14.11.2012 Die als Arbeitgeber fungierende ARBEITSAGENTUR LEIPZIG hatte einen an Muskelschwund leidenden 54-jährigen Sachbearbeiter zunächst in die Position eines Teamassistenten ins Berufs- und Informationszentrum versetzt, in dem der seit 2003 auf einen Rollstuhl angewiesene Mann hausmeisterähnliche Tätigkeiten verrichten musste. Anstatt ihn in seinem ursprünglichen, seinen Fähigkeiten durchaus entsprechenden Bereich zu beschäftigen, kündigte der Arbeitgeber dem Betroffenen – mit dem Hinweis auf dessen angebliche Unfähigkeit, die ihm ohnehin nicht zumutbaren körperlichen Arbeiten zu verrichten.

02.09.2012 Am 2. September 2012 fand im Zentralstadion das Regionalliga-Derby zwischen LOK LEIPZIG und RB LEIPZIG statt. Vor dem Regionalliga-Derby zwischen LOK LEIPZIG und RB führten 2.000 LOK-Anhänger einen Fanmarsch durch. Der Aufzug war von der rechtsgerichteten Ultra-Gruppe SCENARIO organisiert und beworben worden. SCENARIO verkaufte beim vorausgegangenen Heimspiel Motto-Shirts, die viele der Teilnehmer trugen. Auch Auswechselspieler und Betreuer von LOK hatten offenbar bei den Kameraden eingekauft. Nach dem Spiel griffen rechte LOK-Anhänger auf der Jahnallee zwei Journalisten an und beleidigten diese als „Juden“ und „Zecken“. Die Reporter mussten von der Polizei in Sicherheit gebracht werden.

18.08.2012 Ein Sommerfest eines Kunstvereins in Lindenau musste aufgrund von Beleidigungen, Drohungen und massiven Einschüchterungen von Neonazis aus dem nahegelegenen Nazizentrum in der Odermannstraße 8 vorzeitig beendet werden. Die Nazigruppe, die schließlich 20 bis 30 Männer umfasste, musste durch die Polizei in die Odermannstraße zurückgedrängt werden. Von dort warfen Neonazis Pflastersteine in Richtung des Kunstvereins sowie der Polizeibeamten. Dabei wurden vier Polizeibeamte leicht verletzt. Im Umfeld der Odermannstraße kam es zu weiteren Angriffen auf Personen.

07.08.2012 Im Rahmen ihrer „Deutschlandfahrt“ hielt die NPD am 7. August auch in Leipzig eine Kundgebung ab. Mit ihrem als „Flaggschiff“ bezeichneten Werbe-LKW fanden sich ca. 30 Neonazis in der Goethestraße nahe des Augustplatzes ein – unmittelbar vor dem Denkmal für die deportierten Sinti und Roma. Als Redner traten der NPD-Bundesparteivorsitzende Holger Apfel, der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Andreas Storr sowie der NPD-Fraktionsvorsitzende Mecklenburg-Vorpommerns und NPD-Bundesvize Udo Pastörs auf. Auch der sächsische NPD-Vizevorsitzende und Mitbegründer des FREIEN NETZES Maik Scheffler, der LOK-Hooligan Nils Larisch, der auch das NPD-Zentrum in der Leipziger Odermannstraße betreut, sowie der JN-Vorsitzende Nordsachsens Paul Rzehaczek waren anwesend. In ihren Redebeiträgen hetzten die NPD-Oberen unablässlich gegen Menschen mit Migrationshintergrund, gegen Europa, gegen moderne Familienpolitik und ganz allgemeinen gegen „die Politiker“.

15.07.2012 Unbekannte brachten an die Fassade eines Aldi-Supermarkts Hakenkreuze an, zudem wurde ein S-Bahnwartehäuschen mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

28.06.2012 Nach dem Spiel Deutschland gegen Italien bei der Fußball-Europameisterschaft der Männer befand sich eine Gruppe von Deutschland-Fans auf dem Heimweg vom „Public Viewing“. Etwa fünf in Deutschland-Fahnen eingehüllte junge Männer wankten stark alkoholisiert durch Plagwitz. Anwohner_innen beobachteten, wie die Gruppe an verschiedenen Haustüren in der Straße klingelte, mit großen Stiften an Haustüren taggte und zwischendurch immer wieder sang bzw. rief: „Wo sind die Juden?“. Ob sie welche gefunden haben und was sie dann mit ihnen machen wollten, bleibt offen.

09.06.2012 Beim Stadtteilderby zwischen der SG LEIPZIG-LEUTZSCH (SGLL) und der BSG CHEMIE LEIPZIG grölten Fans der BSG CHEMIE, unter ihnen auch die als antirassistisch und antisexistisch geltende Ultragruppierung „Diablos“, mehrfach lautstark „Warum seid ihr Huren so wenige?“. Dieser wurde daraufhin von Anhänger_innen der SG LEIPZIG LEUTZSCH wortgleich erwidert. Fans der SGLL grölten außerdem die nationalistische Parole „Nur ein Leutzscher ist ein Deutscher“. Die Losung wird nach wie vor als Teil eines Traditionsrepertoires angesehen und wurde während des Spiels auch auf Spruchbändern in mehreren Sprachen präsentiert. Gleichzeitig, so berichten Augenzeug_innen, erhoben einzelne Fans mehrfach den Arm zum Hitlergruß.

30.05.2012 Am Seminargebäude der Universität Leipzig wurde direkt neben den Räumen des Student_innenrats eine größere Schmiererei hinterlassen, die sich auf den sogenannten NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND (NSU) bezieht. Der Schriftzug „NSU‘=BRDDR=USRAEL“ soll vermutlich suggerieren, die neonazistische Terrorgruppe sei ein Konstrukt staatlicher Institutionen. Die Bundesrepublik wird dabei mit der DDR auf eine Stufe gestellt und die USA in anti-amerikanischer und antisemitischer Manier als von Israel bzw. einer israelischen Lobby dominiert dargestellt.

08.05.2012 Unbekannte brachten in der Nacht zum 9. Mai in der Queckstraße in Lindenau mehrere neonazistische Schriftzüge mit Bezug zum 8. Mai an. So wurde die Parolen „Frei, Sozial und National“, „8. Mai - Wir feiern nicht!“ und „8. Mai - Tag der Schande“ an Häuserwände gesprüht. Weiterhin schmierten die Täter/innen hinter eine der Parolen ein Hakenkreuz. Die Kapitulation NAZI-DEUTSCHLANDS am 8. Mai 1945 durch den militärischen Sieg der Alliierten bedeutete das Ende des NS-Systems und damit auch die Befrei-

ung der Überlebenden der Konzentrationslager. Heutige Nazis trauern dem System jedoch nach, weswegen sie den Tag nicht als Befreiung sehen.

20.04.2012 Der NPD Kreisverband hat pünktlich zum Jahrestag des Geburtstags von Adolf Hitler zu einem „gemütlichen Beisammensein“ ins „Nationale Zentrum“ in der Odermannstraße 8 (Leipzig Lindenau) eingeladen. Für die inhaltliche Ausgestaltung des Abends sorgte die Antisemitin und Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck.

17.04.2012 Ein junger Mann überquerte zu Fuß die Lützner Straße in Leipzig Lindenau. Auf dem Gehweg hatte er einen offensichtlich stark alkoholisierten, etwa 30-jährigen Mann überholt, der ihm unvermittelt hinterherrief: „Bleib‘ stehen, Du Schwuchtel“. Durch die anlasslose Aggressivität der homophoben Pöbelei beunruhigt, begann der junge Mann seinen Schritt zu beschleunigen. Daraufhin fing der alkoholisierte Mann an, ihn, ebenfalls schneller, zu verfolgen. Aus Angst, dem verbalen Angriff würde auch ein physischer folgen, floh der Verfolgte in ein nahe gelegenes Kulturprojekt. Als dem Verfolger durch die überraschten Besucher_innen des Kulturraums der Zutritt verwehrt wurde, baute dieser sich vor dem Eingang auf und verlangte in aggressivem Ton die Herausgabe des Geflüchteten, weil er mit diesem „reden“ wolle. Die bereits bei Eintreffen des Flüchtlings alarmierte Polizei hatte mitgeteilt, dass sie nicht sofort kommen könne, und blieb der Szene bis zu ihrem Ende fern.

27.03.2012 Bei der Vernehmung eines wichtigen Zeugen im Prozess wegen der brutalen Tötung des Wohnungslosen André K. in Oschatz äußerte sich der Richter am 27. März herabwürdigend über Arbeitslose. „Sie müssen sich doch erinnern können, Sie haben als Arbeitsloser doch sonst nichts zu tun“, hielt Richter Norbert Göbel dem Zeugen vor

und versuchte ihn auf diese Weise unglaublich zu machen. Und das ausgerechnet in einem Verfahren, bei dem Sozialdarwinismus als Tatmotiv vermutet werden kann.

03.03.2012 Am Abend spielte der Nazi-Liedermacher Frank Rennie auf Einladung der NPD im Nazizentrum in der Odermannstraße 8 in Lindenau. Bereits 2009 durfte der Barde, zweimaliger Bundespräsidentschaftskandidat der NPD, im NPD-Zentrum seine neonazistische Blut-und-Boden-Ideologie und seine geschichtsrevisionistischen Lobgesänge auf die NS-Zeit zum Besten geben. Seinen neuerlichen Auftritt in Leipzig dokumentiert Rennie auch in einem YOUTUBE-Video, indem er sich unter anderem über den „Gas-Antrieb“ seines Autos äußert, auf den er stolz sei, obwohl es „politisch unkorrekt“ wäre, dass zu äußern.

04.02.2012 Am Abend fand im Leipziger NPD-Zentrum ein Vortrag eines ehemaligen Leipziger SS-Unterscharführer eingeladen wurde: Referent soll Rolf D. gewesen sein, der wiederum nach einem Bericht des neonazistischen AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN über seine Jugend, über die Zeit in russischer Kriegsgefangenschaft sowie das Leben im „entnazifizierten“ Deutschland berichtet haben soll.

27.01.2012 In der Nacht zum 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, ist die Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers Abtaundorf an der Theklaer Straße mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert worden. Dort war ab 1943 ein Außenlager des KZ BUCHENWALD, dessen Insassen zur Rüstungsproduktion gezwungen wurden. Vor dem Herannahen der amerikanischen Truppen wurden die etwa 500 Häftlinge im April 1945 auf einen Todesmarsch in Richtung Wurzen getrieben. Die verbliebenen kranken und marschunfähigen Häftlinge wurden während des MASSAKERS VON ABTNAUNDORF bestialisch ermordet. An das Verbrechen erinnert seit 1958 ein Obelisk, dessen Inschrift lautet: „An dieser Stelle wurden am 18. April 1945 80 Wi-

derstandskämpfer von SS-Mördern lebendig verbrannt. Ihr Tod sei uns immer Mahnung.“

16.01.2012 Eine Serie von Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffen gegen einen jungen Mann aus Mockau durch eine Gruppe Neonazis fand am Montag ihren Höhepunkt. In der Tram 1 von Mockau nach Lausen wurde der Mann durch mehrere Nazis, die ihm bereits mehrfach aufgelauert hatte, bedroht. Sie forderten ihn auf, den Stadtteil zu verlassen, andernfalls würden sie ihn töten. Die Neonazis gaben sich durch ihr Outfit als Anhänger der FREIEN KRÄFTE zu erkennen.

13.01.2012 In der Lindenauer Odermannstraße kam es in der Nacht zu massiven Drohungen und Angriffen gegen zwei Passanten – die Täter kamen unmittelbar aus dem NPD-Zentrum. Die Betroffenen wurden von einem jungen Mann durch eine Tür im Zaun des NPD-Zentrums in aggressivem Ton gefragt, was sie denn dort zu suchen hätten. Anschließend ging er zurück ins NPD-Zentrum, offenbar, um Verstärkung zu holen. Wenige Sekunden später öffnete sich das Tor und ein Auto mit 6 Nazis fuhr zu den jungen Männern vor. Der Wortführer der äußerst aggressiv auftretenden Gruppe machte die beiden verantwortlich für die Beschädigung eines Türschlosses am NPD-Zentrum und verlangte die Herausgabe der Personalausweise - andernfalls würde er die Polizei verständigen. Angesichts dieser Bedrohungssituation beschloss nun einer der Betroffenen selbst die Polizei zu rufen. Als er sein Mobiltelefon zur Hand nahm, bekam er vom Wortführer der Angreifer sofort einen Faustschlag ins Gesicht, verlor sein Handy, bekam zwei weitere Schläge und stürzte. Der Angegriffene flüchtete aus der Odermannstraße, dabei wurde er von einem der Nazis verfolgt. Währenddessen wurde auch der zweite Betroffene in der Odermannstraße mehrfach von den zurück gebliebenen Nazis geschlagen.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL AUS

LEIPZIGS UMLAND CHRONIK

25.11.2012, Geithain Am Sonntag marschierten rund 110 Menschen unter dem Motto „Höchststrafe für Kinderschänder“ durch Geithain. Unter ihnen befanden sich größtenteils Neonazis aus Geithain und den umliegenden Orten des Landkreises Leipzig sowie aus Mittelsachsen, Nordsachsen und Chemnitz. Als Anmelder fungierte der NPD-Stadtrat Manuel Tripp.

06.10.2012, Wurzen Drei Vermummte sprühten Hakenkreuze an Fenster und Türen des Vereinssitzes des NETZWERKS FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR (NDK) und bewarfen das Haus mit Eiern. Auch bei einem vietnamesischen Gemüseladen wurde eine Scheibe eingeworfen und die beiden Holzplatten an der Tür eingetreten sowie „rechte Parolen“ skandiert. Beim indischem Restaurant „Bollywood“ flogen ähnlich wie beim NDK Eier gegen die Schaufensterscheibe. Ein Mitarbeiter berichtete der LVZ, dass die Scheibe zuletzt nach dem Stadtfest eingeschmissen und zuvor schon am Männertag beschädigt wurde.

21.08.2012, Bennewitz Im Jugendhaus in Bennewitz (bei Wurzen) wurde ein 15-jähriger, nicht-rechter Jugendlichen von einem Neonazi ins Gesicht geschlagen. Die Polizei, die im Nachgang verständigt wurde nahm noch vor Ort die Personendaten des Täters, der Zeuginnen sowie des Betroffenen auf.

08.07.2012, Rackwitz Ein 34-jähriger Mann drohte mehreren Personen auf einem Parkplatz an der Schlaitzer Bucht Prügel an. Er belästigte die letzten Gäste, die gerade von einer Strandparty kamen und zu ihren Fahrzeugen gehen wollten. Der Mann äußerte sich beleidigend gegenüber Jüd_innen und Migrant_innen. Er schlug zudem einem weiteren Mann ins Gesicht, der gegen die diskriminierenden Äußerungen intervenierte.

08.06.2012, Grimma Mehrere Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren griffen in Dürrweitzschen bei

Grimma einen rumänischen Erntehelfer an. Dabei riefen sie laut Polizeiangaben „ausländerfeindliche Parolen“. Die jugendlichen Angreifer hatten wiederholt versucht, sich Zutritt zu den Wohnheimen für Erntehelfer_innen zu verschaffen und waren schließlich über einen Zaun geklettert. In einem der Wohngebäude trafen sie auf einen Bewohner, den sie anpöbelten. In der Folge kam es zu Handgreiflichkeiten, bei denen jedoch niemand verletzt wurde.

14.06.2012, Borna Ein 70-jähriger hat in Borna einen 27 Jahre alten Tunesier angespuckt und „Ausländer raus“ gerufen. Der Betroffene erstattete Anzeige bei der Polizei.

29.05.2012, Grimma Wie schon den vorangegangenen Tagen wurden in Grimms wiederholt neonazistische Parolen geschmiert. Unbekannte beschmierten die Schaufensterscheiben des ALDI-Marktes mit dem Zahlencode „88“ (steht für „Heil Hitler“) sowie zwei Sig-Runen und der Parole „Nationaler Widerstand“.

28.05.2012, Geithain Im Geithainer LVZ-Redaktionsbüro in der Leipziger Straße wurden in der Nacht zum Montag mehrere Scheiben eingeworfen worden. Landespolizeipräsident Bernd Merbitz schloss am Montag einen „Zusammenhang zu den aktuellen Ereignissen“ in der Stadt nicht aus, eine Zufall erscheine unwahrscheinlich. Die SONDERKOMMISSION RECHTS-EXTREMISMUS des LKA, die seit dem 12. Mai wegen den Angriffen auf die Pizzeria „Bollywood“ in Geithain ermittelt, wird laut Merbitz nun auch die Steinwürfe auf das LVZ-Büro mit untersuchen. In Geithain kam es zuvor wiederholt zu Anschlägen auf die Pizzeria.

23.05.2012, Borna Unbekannte haben an der Umfriedungsmauer an der Bornaer Sachsenallee 36 ein Hakenkreuz aufgesprüht. Bereits in den Tagen zuvor wurden immer wieder neonazistische Parolen in Borna gesprüht.

Bereits am 13.05. wurde ein Wartehäuschen und der Fahrplanaushang des Haltepunkts mit Hakenkreuzen sowie der antisemitischen Parole „Juden DD Hools“ beschmiert.

17.05.2012, Leipziger Umland Am sogenannten „Männertag“ wurden in Delitzsch zwei Personen von mindestens zehn Männern angepöbelt und als „Scheiß Zecken“ beschimpft. Anschließend wurden sie aus dieser Gruppe heraus brutal angegriffen und verletzt. Augenzeug_innen zufolge handelte es sich bei den Angreifern um Nazis aus dem Umfeld der sogenannten „Freien Kräfte“. In Grimma riefen Unbekannte die rassistische Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“. In Bahren verständigte ein Bewohner der Asylsuchenden-Unterkunft die Polizei, um auf einen möglichen Angriff von mehreren unbekannt Personen hinzuweisen. Diese näherten sich der Unterkunft und grölten dabei rassistische Parolen. In Mügeln versammelten sich ca. 15 verummte Anhänger der lokalen Neonaziszene auf dem Markt. Mindestens eine Person war mit einem großen Pfefferpray bewaffnet. Sie zündeten bengalische Feuer und grölten neonazistische Parolen wie „Nationaler Sozialismus Jetzt“.

12.05.2012, Geithain Nur eine Woche nach einem rassistischen Angriff auf die Pizzeria „Bollywood“ in der Katharinenstraße, an dem zehn Personen beteiligt gewesen sein sollen, kam es in der Nacht zum 12. Mai zu einem Sprengstoffanschlag auf den Laden. Kurz nach Mitternacht explodierte unmittelbar vor der Pizzeria ein selbstgebauter Sprengsatz, wodurch die Einrichtung des Bollywood zerfetzt wurde. Die Pizzeria war zu diesem Zeitpunkt geschlossen, aus den Wohnungen über dem Lokal mussten jedoch 15 Personen evakuiert werden. Dem Besitzer sei ein Schaden von 10.000 Euro entstanden. Es gab bereits mehr als vier Angriffe seit Beginn des Jahres gegen das Lokal. Die Angreifer scheinen damit ihre Drohung gegenüber den Betreibern sowie ihren Angestellten wahr machen zu wollen: „Du bist Ausländer, du musst hier von Geithain weggehen. Die Pizzeria musst du zumachen, sonst machen wir dich tot“, hatten die Angreifer eine Woche zuvor gedroht.

12.05.2012, Mügeln Unbekannte sprühten in der Nacht zum 13. Mai im gesamten Stadtgebiet mehrere neonazistische und antisemitische Parolen wie „Fuck

Antifa“ und „NS Jetzt!“. Zudem wurden mehrere durchgestrichene Davidsterne angebracht.

08.05.2012, Eilenburg Unbekannte verunglimpften das Andenken an die im 2. Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten, die auf dem Ostfriedhof beerdigt wurden. Sie legten ein weißes Laken auf das Mahnmal, auf dem mit roter Farbe „Mörder“ geschrieben stand. Auf seinem TWITTER-Account bezieht sich das neonazistische AKTIONSBÜRO NORDSACHSEN positiv auf die Tat.

04.05.2012, Delitzsch Vier Neonazis überfielen in Delitzsch einen Punk in seiner Wohnung. Zunächst klingelte die Gruppe an der Wohnungstür. Nachdem diese durch den Bewohner geöffnet wurde, fragten sie in einem neonazistischen Vokabular, ob der Betroffene eine „Zecke“ sei. Als der sich als Punk verstehende Mann dies bejahte, drangen die Neonazis in die Wohnung ein und schlugen ihn zu Boden.

02.05.2012, Wurzen Während einer Diskussionsveranstaltung des Wurzener BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE GEGEN NEONAZISMUS im Plenarsaal des Stadthauses ist es zu tumultähnlichen Szenen und verbalen Ausschreitungen gekommen. Mit der Veranstaltung sollte über das vom Bündnis geplante Vorhaben einer künstlerischen Umgestaltung und Kommentierung des Denkmals für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges am Wurzener Bahnhof informiert werden. Dazu waren verschiedene Künstler_innen angereist, z.T. aus dem Ausland. Neben den Statements mehrerer Neonazis aus dem Umfeld der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) kam es auch aus der so genannten bürgerlichen Mitte zu lautstarken fremdenfeindlichen und beleidigenden Äußerungen gegen die Künstler_innen. Der mit auf dem Podium sitzende Oberbürgermeister Jörg Röglin (parteilos), Mitglied des BÜNDNISSES GEGEN NEONAZISMUS, versäumte es, sein Recht als Hausherr wahrzunehmen und die Neonazis des Saales zu verweisen. Beiträge von vor allem Wurzener CDU-Akteur_innen ernteten großen Beifall der rund 15 anwesenden Neonazis, was ohne Widerspruch oder Distanzierung hingenommen wurde.

20.04.2012, Geithain Rund um das Bürgerhaus in Geithain wurden neonazistische und rassistische Paro-

len auf den Fußweg geschmiert, die sich gegen Bürgermeisterin Romy Bauer (CDU) sowie den Journalisten Günter Wallraff richteten. Der Schriftsteller war im Bürgerhaus bei zwei u.a. von der örtlichen INITIATIVE FÜR EIN WELTOFFENES GEITHAIN organisierte Veranstaltungen zu Gast berichtete von seinen Erfahrungen mit alltäglichem Rassismus in Deutschland. Dem hatten die örtlichen Neonazis nur Beleidigungen wie „WallrAFFE nach Afrika“ entgegenzusetzen. Unter den Kreide-Sprüchen war auch ein Verweis auf die Internetseite des neonazistischen FREIEN NETZ BORNA-GEITHAIN.

31.03.2012, Staupitz bei Torgau Wieder hat in Nordsachsen ein Konzert der Neonazisszene stattgefunden. Auf dem Konzert unter dem Motto „Ein Sturm zieht auf...“ soll auch die ungarische BLOOD & HONOUR-Band „Fehér Törvény“ aufgetreten sein. BLOOD & HONOUR (deutsch: Blut und Ehre) ist ein europaweites Netzwerk von Neonazis, das in Sachsen auch zum Unterstützer-Netzwerk des NSU gezählt wird. In Deutschland ist BLOOD & HONOUR seit September 2000 zwar verboten, das Netzwerk bestand jedoch weiter und ist zu großen Teilen unter neuen Namen weiterhin sehr aktiv. Staupitz nahe Torgau ist bereits seit mehreren Jahren eine der wichtigsten Konzertstätten der sächsischen NS-Musikszene.

25.03.2012, Colditz Rund 30 schwarz gekleidete Neonazis mit weißen Gesichtsmasken versammelten sich im Colditzer Schloss (Landkreis Leipzig), um an diesem historischen Ort (das Schloss diente den Nazis ab 1933 zunächst als „Schutzhaft“-Lager für Systemgegner_innen und ab 1939 als Lager für gefangene alliierte Offiziere) einen Propaganda-Clip für die sogenannte „Volkstod“- bzw. „Werde unsterblich“-Kampagne zu drehen. Die maskierten Personen trugen Pappschilder u.a. mit der Aufschrift „Volkstod stoppen“, „Deutschland muss leben“, „Demokratie? Nein danke“, „Eure Repression – unsere Bestätigung“.

18.03.2012, Delitzsch Nachts wurden in Delitzsch acht Personen von Neonazis brutal angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Die Gäste eines Konzerts im DELITZSCHER JUGENHAUS YOZ, unter ihnen der Konzertveranstalter, hatten die Veranstaltung gerade

verlassen, als sie einen Neonazi bemerkten, der aufgeregt telefonierte. Kurz darauf wurden sie in der Nähe des Nordplatzes von ca. 20 Neonazis zielgerichtet und äußerst brutal angegriffen und zusammengeschlagen. Offenbar hatten es die Angreifer gezielt auf den Konzertveranstalter abgesehen, sein Name und „Wir kriegen dich!“ wurde mehrmals gerufen. Bei dem Überfall kamen auch Waffen zum Einsatz: Ein Musiker wurde mit einer Glasflasche bzw. einem Schlagring so schwer am Auge verletzt, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Dort wurde er mehrfach am Auge operiert, mit hoher Wahrscheinlichkeit wird er jedoch einseitig erblinden. Der Konzertveranstalter und seine Freundin erlitten durch Schläge ins Gesicht und Tritte „erhebliche Verletzungen“. Laut den Betroffenen waren unter den Angreifern mehrere stadtbekannte Neonazis. Der lokalen Neonazisszene sind das YOZ und seine nicht-rechten Besucher_innen seit Jahren ein Dorn im Auge bei dem Versuch, eine so genannte „nationalbefreite Zone“ in Delitzsch zu etablieren.

07.02.2012, Eilenburg Am Dienstag Abend warfen drei bislang unbekannte Männer einen Mann aus seinem Rollstuhl und ließen ihn vor Ort liegen. Der 63-jährige Rollstuhlfahrer begab sich vor sein Wohnhaus in der Torgauer Landstraße, um den Müll zu entsorgen. Dabei wurde er von drei Personen attackiert. Die Täter kippten den Rollstuhl so, dass das Opfer in den Schnee stürzte. Anschließend entwendeten sie den Rollstuhl und entfernten sich. Unter großen Mühen gelangte der Zurückgelassene über eine Rampe in den Kellerbereich und per Fahrstuhl in seine Wohnung.

29.01.2012, Taucha Ein elfjähriger Junge „mit Migrationshintergrund“ wurde in einem Bus der LVB von einem jungen Mann mit einem Messer und einem Baseballschläger bedroht. Der Bus fuhr im Schienenersatzverkehr auf der Leipziger Straße von der Haltestelle „Portitzer Allee“ bis Taucha. In der Nähe befindet sich ein Heim für Asylsuchende. Der unbekannte Täter habe den Jungen genötigt, „Fragen zu beantworten“. Ein „ausländerfeindlicher bzw. rechtsgerichteter Hintergrund“ wurde durch die Polizei nicht ausgeschlossen.

ADB – Das Antidiskriminierungsbüro in Leipzig

Bildung, Beratung und Information

Das ANTIDISKRIMINIERUNGSBÜRO (ADB) ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für von Diskriminierung Betroffene. Wir unterstützen Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zum Schutz vor konkreten Benachteiligungen wegen: rassistischer/ethnischer Zuschreibungen, des Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Behinderung, des Lebensalters und der Religion bzw. Weltanschauung. Unsere Arbeit umfasst drei Tätigkeitsfelder:

1. Weiterbildung

Wir bieten Weiterbildungen in Form von Workshops und Seminaren zu Antidiskriminierungsrecht oder Mobbing, interkultureller Kompetenz oder Diversitykonzepten sowie präventive Strategien gegen Benachteiligung an. Die Bildungsangebote richten sich an privatwirtschaftliche Unternehmen und den öffentlichen Dienst, an Vereine und Verbände sowie an Behörden.

2. Beraten, stärken, vermitteln

Das Beratungsangebot des Antidiskriminierungsbüros bietet Betroffenen zeitnahe und direkte Unterstützung durch Einzelfallhilfe mit professioneller Beratung, emotionale Unterstützung und Stärkung des Selbsthilfepotentials. Wir bemühen uns um Konflikt-schlichtungen durch Mediation, helfen Ihnen durch aufsuchende Beratung und vermitteln im Bedarfsfall an spezifische Fachberatungsstellen und Rechtsanwält_innen.

3. Informieren, Koordinieren, Kooperieren

Das Antidiskriminierungsbüro stellt Antidiskriminierungsarbeit auf eine breite gesellschaftliche Basis. Wir organisieren Informationsveranstaltungen, Foren und Tagungen in Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Antidiskriminierungsinitiativen. Wir veröffentlichen thematisches Aufklärungs- und Informationsmaterial, stehen in Kooperation mit lokalen, regionalen und bundesweiten Initiativen gegen Diskriminierung und Betroffenenverbänden und arbeiten aktiv im NETZWERK TOLERANTES SACHSEN mit.

Antidiskriminierungsbüro e.V.

Kochstraße 14
04275 Leipzig
Telefon: 0341 – 30 39 492
info@adb-sachsen.de
www.adb-sachsen.de

Unterstützen Sie die Arbeit des ADB mit einer Spende:

Kontonummer: 110 03913 35
BLZ: 860 555 92
Sparkasse Leipzig
Verwendungszweck: Spende

RAA – Die Opferberatung in Sachsen

Beraten, Betreuen, Begleiten – kostenlos und anonym

Opfer von rassistischer und rechtsmotivierter Diskriminierung und Gewalt wird man unverhofft und ohne Schuld. Solch ein Erlebnis löst immer psychische, soziale und materielle Folgen aus. Die Betroffenen bleiben häufig allein mit der körperlichen Beeinträchtigung, mit ihren Ängsten, ihren Folgekosten und nicht zuletzt im Gerichtssaal, wenn sie auf die Täter_innen treffen.

Die Opferberatung des RAA SACHSEN e.V. und der RAA LEIPZIG hilft Menschen, die aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Opfer von Gewalt und Diskriminierung geworden sind. Wir treten parteilich an ihre Seite und unterstützen sie schnell und unbürokratisch. Wir helfen bei der Klärung der recht-

lichen Situation oder im Umgang mit Polizei und Gericht um berechnete Interessen auf finanzielle Entschädigung oder Wiedergutmachung durchzusetzen. Außerdem haben wir Zeit für ausführliche Gespräche über die Gewalttat und aller damit zusammenhängenden Umstände. Zusammen mit den Betroffenen versuchen wir Wege zu finden, verlorene Selbstachtung und Selbstbewusstsein zurückzugewinnen sowie den Schutz vor weiteren Gewalterfahrungen zu organisieren. Dabei wahren wir die Grenzen, welche die Betroffenen selbst setzen - nach ihren Entscheidungen und Bedürfnissen gestaltet sich der Beratungsprozess. Nach Bedarf wenden wir uns auch an die Öffentlichkeit um für die Situation der Betroffenen zu sensibilisieren, oder vermitteln zu anderen relevanten Ansprechpartner_innen. Unser Angebot ist kostenlos, wir arbeiten parteilich für das Opfer und auf Wunsch anonym.

RAA Sachsen e.V.

Peterssteinweg 3
04107 Leipzig
Telefon: 0341 - 26 18 647
opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Unterstützen Sie die Arbeit der RAA mit einer Spende:

Kontonummer: 110 052 0194
BLZ: 860 555 92
Sparkasse Leipzig
Verwendungszweck: Opferberatung

Engagierte Initiativen in Leipzig und Umgebung

Engagierte Wissenschaft e.V.	www.engagiertewissenschaft.de
RAA Sachsen e.V.:	www.raa-sachsen.de
Chronik Nordsachsen:	www.chronikLE.org/nordsachsen
Kulturbüro Sachsen:	www.kulturbuero-sachsen.de
Netzwerk Demokratie & Courage (NDC):	www.netzwerk-courage.de
Mein Name ist Mensch:	www.mein-name-ist-mensch.de
E-Werk Oschatz:	www.ewerk-oschatz.de
Chronik Oschatz:	chronik.blogspot.de
Netzwerk 360 Grad:	www.netzwerk-360-grad.org
NDK Wurzen:	www.ndk-wurzen.de
Bon Courage Borna:	www.boncourage.de
Netzwerk Naunhof:	www.netzwerk-naunhof.org
Netzwerk gegen Islamophobie und Rassismus:	nir-leipzig.net

Informationen zu Neonazis in Sachsen

Leipzig/Sachsen:	gamma.noblogs.org
Leipzig und Umgebung:	www.chronikle.org
Dresden:	venceremos.sytes.net/artdd.html
Chemnitz:	wachsam-in-chemnitz.de
Zwickau:	zwickau.blogspot.de

Informationen zu Neonazis bundesweit

bundesweit:	www.apabiz.de
bundesweit:	www.bnr.de
Sachsen-Anhalt:	www.infothek-dessau.de
Nordthüringen:	artnordth.wordpress.com
Berlin:	blog.schattenbericht.de
Berlin:	antifa-berlin.info/fight-back
Brandenburg:	recherchegruppe.wordpress.com
Norddeutschland:	www.recherche-nord.com
Rhein-Main:	www.infobuero.org
München:	www.aida-archiv.de

Informationen zu Asyl, Flucht & Migration in Leipzig

Flüchtlingsrat Leipzig:	www.fluechtlingsrat-lpz.org
Initiative Grenzenlos:	grenzenlos.antira.info
Initiativkreis NoHeim:	initiativkreisintegration.blogspot.de
Medinetz:	www.medinetz-leipzig.de
Interkult. Konversationscafé:	www.konversationscafe.de
Initiativkreis Menschen.Würdig:	www.menschen-wuerdig.org

Weitere Kampagnen und Blogs:

Initiativkreis: Antirassismus:	initiativkreis.blogspot.de
Der schwarze Blog:	blog.derbraunemob.info
Rassismus Tötet (Leipzig):	www.rassismus-toetet-leipzig.org
Rassismus Tötet:	www.rassismus-toetet.de
Rassismus Tötet (youtube):	youtube.com/user/rassismustoetet
Berberinfo:	berberinfo.blogspot.de
VS auflösen statt ausstellen:	wegmitdemvs.blogspot.eu
Kampagne Alle bleiben!	www.alle-bleiben.info
Netzwerk Asyl, Migration, Flucht Dresden:	namf.blogspot.de

Zeitschriften

Antifa-Infoblatt:	www.antifainfoblatt.de
Der Rechte Rand:	www.der-rechte-rand.de
Lotta (NRW):	projekte.free.de/lotta



Chronik Nordsachsen: Nordsächsische Zustände

Ungefähr drei Jahre ist es her, dass nordsächsische Neonazis ankündigten, den Landkreis zu einer „Modellregion“ für ihre Aktivitäten machen zu wollen. Für chronik.LE und die RAA SACHSEN war dies Anlaß, sich in dem Projekt CHRONIK NORDSACHSEN zusammenzutun, um einen intensiveren Blick auf den Landkreis zu werfen. Viele engagieren sich dort gegen Diskriminierung jeglicher Art und für ein vielfältiges und friedliches Zusammenleben aller Menschen. Sie kämpfen dabei nicht nur gegen Nazis und Rassist_innen, sondern sehr oft auch gegen Teile der Bevölkerung, die solche Probleme ignorieren oder gar leugnen. In der 68-seitigen Broschüre haben wir versucht, das Ausmaß der Problemlagen, zumindest in Teilen, sichtbar zu machen. Wir geben einen Überblick zu Neonazi-Strukturen und klären auf über die Situation in einzelnen Regionen Nordsachsens – Schkeuditz, Delitzsch, Eilenburg, Torgau und Oschatz. Die Broschüre kann gegen eine Versandgebühr bestellt werden.

www.chronikLE.org/Nordsachsen

Leipziger Zustände 2012
ISSN 2191-3501

Herausgeberin: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

Redaktionsschluß: Dezember 2012
Die Publikation spiegelt die Position der Herausgeberin wider. Dargestellte chronologische Ereignisse beruhen auf verifizierten Daten.

Rechte: © bei den Autorinnen und Autoren und dem Projekt chronik.LE. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf_innen. Titelbild: chronik.LE

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich.

Die Broschüre steht unter www.chronikLE.org zum Download zur Verfügung. Die Broschüre kann bestellt werden gegen eine Versandgebühr. „Leipziger Zustände“ wird in Leipzig und an ausgewählten Orten ausgelegt.

V.i.S.d.P.: J.Frohburg, chronik.LE
Engagierte Wissenschaft e.V.
Kochstraße 132 04277 Leipzig

Kontakt:
chronik.LE@engagiertewissenschaft.de
www.chronikLE.org
twitter.com/chronik_le
Facebook: <http://tinyurl.com/bt69nye>

Wir freuen uns über Ihre Spenden:
Engagierte Wissenschaft e.V.
Kontonummer: 34 70 201
BLZ: 860 205 00
Bank für Sozialwirtschaft
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

chronik.LE – Ein Projekt bei Engagierte Wissenschaft e.V.

chronik.LE

ENGAGIERTE
WISSENSCHAFT e.V.

Gefördert im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“



Stadt Leipzig

LEIPZIGER ZUSTÄNDE 2012
WWW.CHRONIKLE.ORG

